

MONATSBERICHTE DER BANK DEUTSCHER LÄNDER

APRIL 1949

Inhalt:	Seite
Die Wirtschaftslage des westdeutschen Währungsgebietes März—April 1949	1
Geld und Kredit	1
Öffentliche Finanzen	10
Außenwirtschaft	14
Beschäftigung, Produktion und Absatz	19
Preise und Löhne	23
Die Gesamtlage und das Problem der Investitionsfinanzierung	25
Die Währungsbeziehungen zwischen Westberlin und dem westdeutschen Währungsgebiet	29
Das gegenwärtige Volkseinkommen und die Sparfähigkeit	31
Statistischer Teil	41

Die Wirtschaftslage des westdeutschen Währungsgebietes März—April 1949¹⁾

Geld und Kredit

Kurzfristiger Bankkredit und Bankeinlagen

Am 22. März 1949 war durch Beschluß des Zentralbankrats die seit dem 16. November 1948 in Kraft gewesene grundsätzliche Beschränkung des Kreditvolumens der Geldinstitute (die sogenannte Kreditkontingentierung) aufgehoben worden. Damit war — wie bereits im letzten Monatsbericht ausgeführt — nicht beabsichtigt, einer neuen starken Expansion des Bankkredits Tür und Tor zu öffnen. Der Bankkredit sollte vielmehr wieder durch die normalen Mittel der Bankpolitik, insbesondere also durch den Zins und die private Kreditauslese, reguliert werden. Der Zentralbankrat erwartete dabei, daß sich die Geldinstitute auf Grund der inzwischen gemachten Erfahrungen von selbst diejenige Zurückhaltung in der Gewährung

kurzfristiger Kredite auferlegen würden, die im Interesse der Währung und einer gesunden Bankpolitik geboten ist. Diese Erwartung hat sich bisher bestätigt. Nach den Ergebnissen der wöchentlichen Bankenstatistik, die im Augenblick der Drucklegung dieses Berichtes bis einschließlich 23. April 1949 vorliegen, hat sich die Zunahme der Bankkredite in den ersten fünf Wochen nach Aufhebung der Restriktion zwar weiter fortgesetzt, aber kaum beschleunigt.

Die Zunahme der kurzfristigen Kredite an
Nichtbanken bei den 112 Geldinstituten der
wöchentlichen Bankenstatistik
in Mill. DM

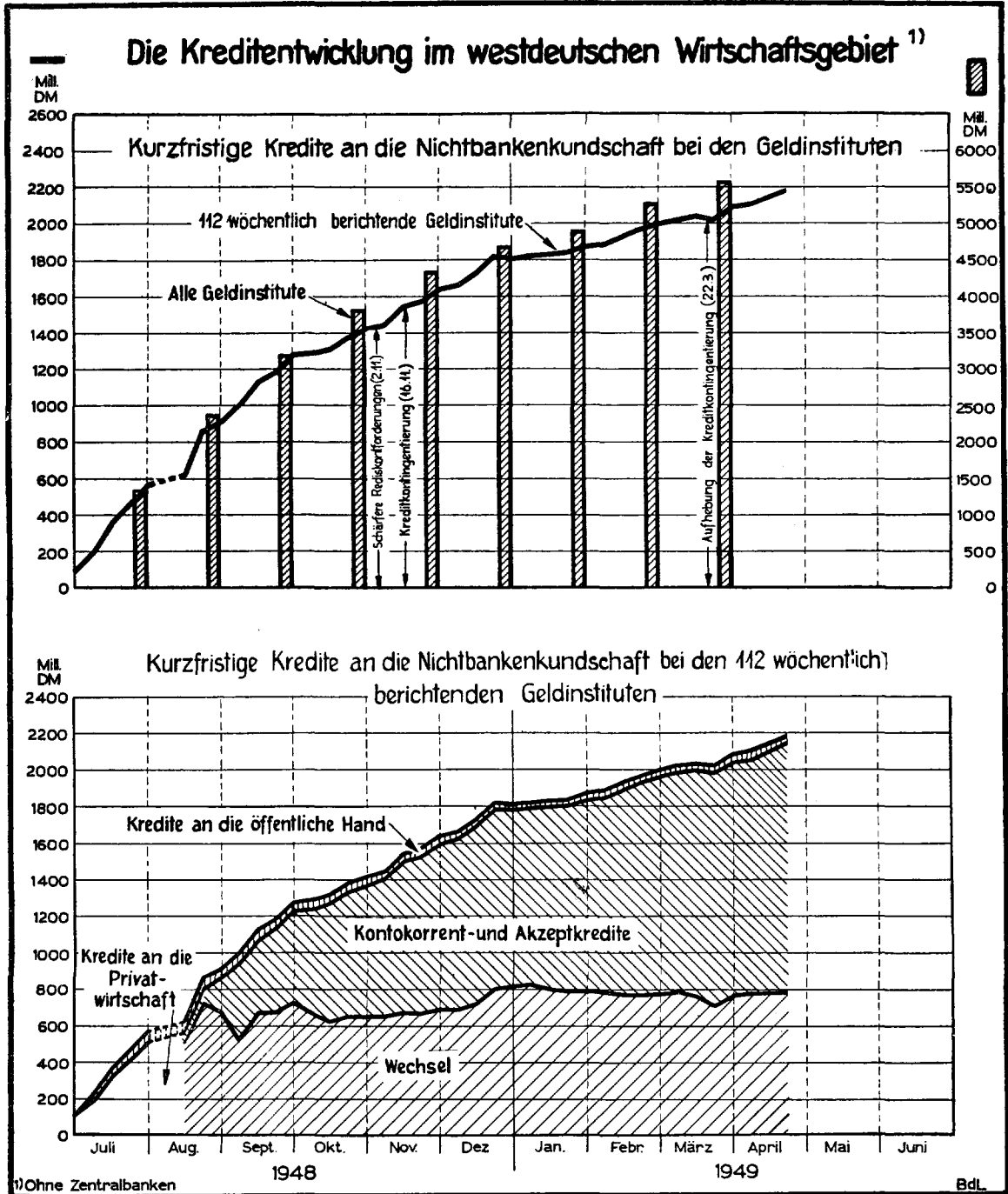
Im Wochendurchschnitt vom
1. November 1948 bis 15. März 1949 + 34

Im Wochendurchschnitt vom
15. März bis 23. April 1949 + 36

¹⁾ Abgeschlossen am 28. April 1949.

In der obigen Tabelle ist die 3. Märzwoche bereits der Zeit nach Aufhebung der Kontingentierung zugerechnet worden, obwohl der entsprechende Beschluß erst am 22. März gefaßt wurde. Seinen Grund hat dies darin, daß in der 3. Woche statistisch ein Rückgang der Kredite (-15 Mill. DM), in der 4. Woche dagegen eine um so stärkere Zunahme (+64 Mill.

DM) zu verzeichnen war, ein Umstand, der im wesentlichen nur auf einige verspätete Wechselprolongationen zurückzuführen war und der, weil er seiner Natur nach zusammengehört, auch statistisch zusammen betrachtet werden muß. Insgesamt war die Zunahme der Kredite in den fünf Wochen seit dem 15. März kaum größer als in den 18 vorangegangenen Wochen.



Vom 1. April bis zum 23. April ist allein bei den 112 wöchentlich berichtenden Geldinstituten eine Zunahme der Kredite um 100 Mill. DM zu verzeichnen. Sehr wesentlich ist hieran die Hansestadt Hamburg (+14 Mill. DM) beteiligt, bei der allerdings in der Wochenstatistik 79 v. H. des gesamten Kreditvolumens erfaßt werden. Weiterhin ist vor allem Nordrhein-Westfalen mit einer Zunahme von 22 Mill. DM erwähnenswert, obwohl sich diese nur auf etwa 20 v. H. des gesamten Kreditvolumens bezieht. Bei Zugrundelegung des Verhältnisses, das die Wochenstatistik der einzelnen Länder im März zu den Zahlen der jeweiligen Monatsstatistik aufwies, würde die Gesamtzunahme der Bankkredite in den ersten drei Aprilwochen auf etwa 260 Mill. DM zu schätzen sein. Damit wäre die Gesamtzunahme des Monats März, die nach der Monatsstatistik 286 Mill. DM betrug, fast erreicht. Bezogen auf das gesamte Kreditvolumen dürfte die April-Zunahme insgesamt rund 6 v. H. betragen. Wenn auch daran, wie die Ziffern Hamburgs andeuten, die Finanzierung des Außenhandels — vor allem des Imports — bedeutenden Anteil hat, so dürften doch auch Betriebskredite, wahrscheinlich aber auch Kredite zur Zwischenfinanzierung bestimmter in Durchführung begriffener Investitionsvorhaben, an der Kreditausdehnung beteiligt sein. Auf jeden Fall kam die Zunahme der kurzfristigen Bankkredite bei den 112 Instituten auch im April wieder — ebenso wie die Gesamtzunahme im März, von der nur der geringfügige Betrag von 3 Mill. DM auf die öffentliche Hand entfällt — fast ausschließlich Wirtschaftsunternehmen und Privaten zugute. Die oft gehörten Klagen, daß Bankkredit nicht oder jedenfalls nicht in genügendem Umfange zu erhalten sei, werden durch die vorliegenden Zahlen also keinesfalls gestützt. Die Klagen würden im Gegenteil unverständlich erscheinen, wenn nicht die Knappheit an mittel- und langfristigen Krediten die Wirtschaft stärker als bankmäßig vertretbar auf den kurzfristigen Bankkredit abdrängen und so das Bild eines relativen Mangels hervorrufen würde.

Was die Zusammensetzung der Kredite anbelangt, so verteilte sich die Zunahme im März — im Gegensatz zu den vorangegangenen Monaten — mit je 5 v. H. gleichmäßig auf Wechsel-

kredite und Kontokorrent- und Akzeptkredite. Im April sind, wenigstens bei den wöchentlich berichtenden Banken, hauptsächlich die Kontokorrent- und Akzeptkredite, dagegen wenig die Wechselkredite gestiegen.

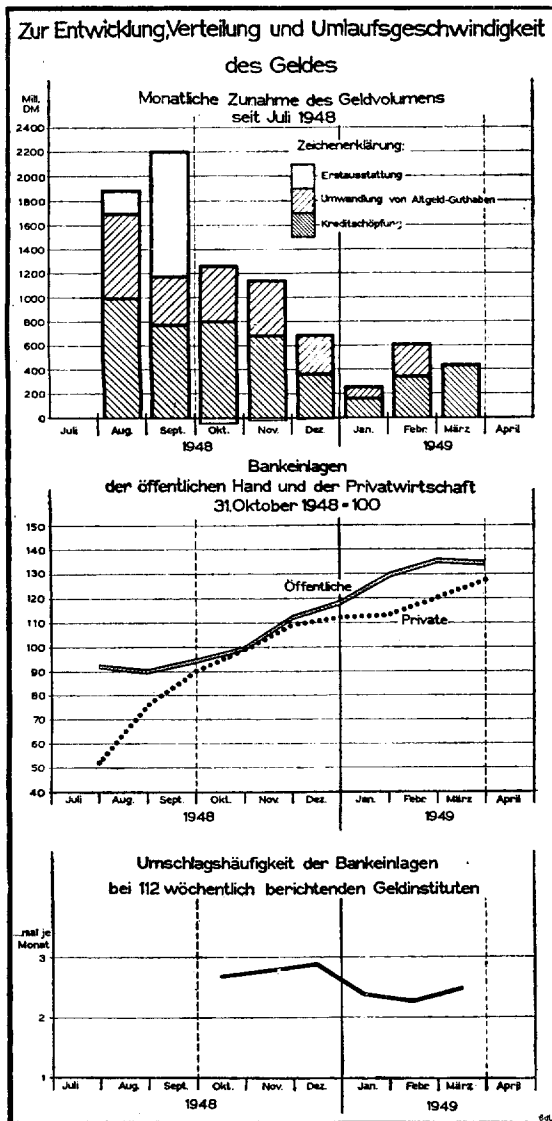
Das gesamte kurzfristige Kreditvolumen der Geschäftsbanken hat sich Ende März nach der Monatsstatistik auf 5 551 Mill. DM belaufen. Für den 23. April wäre es nach dem Obengesagten auf über 5 800 Mill. DM zu schätzen, für Ende April voraussichtlich auf 5 900 Mill. DM.

Das Zentralbanksystem brauchte der Ausweitung der Bankkredite weder im März noch im April wesentliche direkte Hilfestellung zu geben. Die Beanspruchung von Zentralbankkredit durch die Geldinstitute war Mitte April mit 1 611 Mill. DM nur um 52 Mill. DM über den Stand von Ende Februar gestiegen. Indessen war die indirekte Hilfe des Zentralbanksystems bedeutend. Allein durch die Abwicklung der DM-Seite des Auslandsgeschäfts und die in dieser Kontengruppe enthaltenen sonstigen Zahlungen entstanden von Ende Februar bis Mitte April 222 Mill. DM neues Zentralbankgeld, wovon allerdings ca. 90 Mill. DM bis zur Drucklegung dieses Berichts nicht abdisponiert waren. Außerdem nahmen aber auch die Kredite des Zentralbanksystems an die öffentliche Hand im gleichen Zeitraum um 117 Mill. DM zu, wobei der Finanzbedarf der Eisenbahn eine sehr wesentliche Rolle spielte.

Die Einlagen, die von der Nichtbankenkundschaft bei den Geldinstituten gehalten werden, sind im März mit 433 Mill. DM um fast den gleichen Betrag gestiegen wie die Bankkredite der Geschäftsbanken und des Zentralbanksystems an Nichtbanken (einschließlich Saldo aus Auslandsgeschäft). Dagegen waren sowohl der Notenumlauf (ohne Berlin) als auch die Nichtbankeneinlagen im Zentralbanksystem Ende März gegenüber dem Vormonatsstand nahezu unverändert.¹⁾ Aus dem gleichmäßigen Steigen der Kredite und der Einlagen rechtfertigt sich der Schluß, daß die Umwandlung alter RM-Einlagen in DM-Einlagen und die Auflösung des Festkontos im März keine große Be-

¹⁾ Notenumlauf (ohne Berlin) — 29 Mill. DM.
Nichtbankeneinlagen im Zentralbanksystem + 7 Mill. DM.

deutung mehr gehabt haben können. Es ist zu vermuten, daß die in den Büchern der Geldinstitute noch in Reichsmark geführten Konten überwiegend solche Fälle betreffen, die entweder noch einer zeitraubenden finanzamtlichen Nachprüfung unterliegen oder sich allmählich als überhaupt nicht mehr umwandlungsfähig herausstellen.



Ende März belief sich das gesamte frei verfügbare Geldvolumen des Währungsgebiets auf 18.4 Mrd. DM. Daneben bestanden noch 545 Mill. DM gesperrte Konten, von denen der größte Teil auf das Anlagekonto entfällt. Gegenüber dem Vormonat ist somit eine Steigerung des frei verfügbaren

Teils des Geldvolumens um 420 Mill. DM eingetreten, während der gesperrte Teil — durch die fortschreitende Auflösung des Festkontos — um rd. 60 Mill. DM kleiner geworden ist. Bis zum 23. April muß das Geldvolumen auf Grund der Kreditschöpfung weiter nicht unbeträchtlich gewachsen sein. Die Einlagensteigerung betrug bis zu diesem Tag bei den 112 wöchentlich berichtenden Geldinstituten 280 Mill. DM (ohne Einlagen von Geldinstituten), im Zentralbanksystem 370 Mill. DM (allerdings einschließlich des durch die Freigabe von counterpart-funds entstandenen, bisher aber noch nicht in Anspruch genommenen Guthabens der Kreditanstalt für Wiederaufbau¹⁾). Da der Hauptteil der Einlagensteigerung auf die Konten der öffentlichen Hand entfällt, was mit dem Quartals-Steuertermin vom 10. April zusammenhängt, liegt der Schluß nahe, daß die Kreditschöpfung großenteils — direkt oder indirekt — den Liquiditätsbedarf für fällige Steuerzahlungen befriedigt hat.

Die Liquidität der Banken

Die Ausdehnung der Kredite ist bisher keineswegs bei allen Banken gleichmäßig vor sich gegangen. Neben Instituten, die sich in der Kreditgewährung stark zurückgehalten haben, stehen andere, die in dieser Hinsicht der Grenze des Vertretbaren nahegerückt sein dürften. Im Durchschnitt haben Ende März bei den Nachfolgeinstituten der Großbanken die kurzfristigen Kredite 86 v. H. der Einlagen auf Freikonto betragen, bei den Regional- und Lokalbanken 79 v. H. In beiden Gruppen aber gibt es namhafte Institute, deren ausstehender Kredit wesentlich über den Betrag der bei ihnen unterhaltenen Kundschaftseinlagen hinausgeht, was naturgemäß fast immer mit besonders starkem Refinanzierungsbedarf verbunden war. Daß darüber hinaus bei fast allen Banken sowohl Kredite wie Verbindlichkeiten, gemessen an den durch die Währungsgesetzgebung zugebilligten Eigenkapitalien, außerordentlich hoch sind, bedarf angesichts der Geringfügigkeit dieser Kapitalausstattung keiner besonderen Erwähnung; die Einräumung von Refinanzierungskrediten durch die Landeszentralbanken konnte dem-

¹⁾ Vergl. S. 9

gemäß die in jahrzehntelanger anerkannter Notenbankpraxis bewährten Maßstäbe vielfach nicht einhalten.

Indessen war die Liquiditätslage der Banken, von Ausnahmen abgesehen, im ganzen nach wie vor durchaus befriedigend. Liquiditätserwägungen dürften daher bei der weitaus überwiegen- den Mehrzahl der Geldinstitute für sich allein kein Hindernis für die weitere Zurverfügung- stellung von Krediten bilden. Dies umsoweniger, als die Ausweitung des Bankkredits ceteris pari- bus zunächst nicht den Notenumlauf beeinflusst, da dieser in erster Linie von der Lohn- und Ge- haltssumme bzw. den Einzelhandelsumsätzen abhängt, und da demzufolge auch die Liquidität der Geldinstitute, sofern die Kredite gleichmäßig bei allen Instituten ausgeweitet werden, zu- nächst nicht angegriffen zu werden braucht. Durch zunehmende Kreditgewährung steigen zwangsläufig lediglich die Einlagen und mit ihnen das Mindestreserve-Soll. Da die Aufbrin- gung dieser steigenden Mindestreserve vorläufig aber kein Problem bildet, werden die Geld- institute die von der Wirtschaft benötigten Kre- dite — vor allem natürlich die kurzfristigen und hier wieder die, welche gegen Wechsel in An- spruch genommen werden — auch weiterhin reibungslos zur Verfügung stellen können.

Die Liquidität der Banken erscheint vor allem durch die im ganzen noch immer hohen Über- schußreserven — d. h. den Betrag an Zentral- bankguthaben, der über das gesetzliche Min- destreserve-Erfordernis hinausgeht — in gün- stigem Licht. Die Überschußreserven betru- gen sowohl im Februar als auch im März monatsdurchschnittlich reichlich 22 v. H. des Solls. Bei stichtageweiser Berechnung wären sie, entsprechend dem zeitweiligen Rück- gang des Notenumlaufs, am Ende der drit- ten Märzwoche mit 32 v. H. vorübergehend noch wesentlich höher gewesen, während Mitte April wieder ein erheblicher Rückgang bis auf 16 v. H. eintrat — in der Hauptsache wohl deshalb, weil sich der April-Termin für die ver- anlagte Einkommens- und Körperschafts- steuer (im Gegensatz zum entsprechenden Steuertermin im Januar) diesmal vornehmlich in einer Zunahme der öffentlichen Gelder beim

Zentralbanksystem, nur wenig dagegen in Stei- gerung der öffentlichen Guthaben bei den Mit- gliedsbanken, ausgewirkt hat.¹⁾ Die Verteilung der Überschußreserven war jedoch äußerst un- gleichmäßig. Nach den Reservemeldungen für März wurden nicht weniger als 50 v. H. aller Überschußreserven, nämlich 138 Mill. DM, von den Girozentralen gehalten, bei ebenfalls un- gleichmäßiger Verteilung im einzelnen; weitere 51 Mill. DM Überschußreserven lagen bei der Gruppe „Regionalbanken“ und diese ebenfalls zum großen Teil bei einigen Instituten. Die durchschnittlichen Überschußreserven der Nach- folgeinstitute der Großbanken beliefen sich demgegenüber im März auf 12 v. H., die der Privatbanken und Sparkassen auf 5 bzw. 8 v. H.

Geldinstitute, die das gesetzliche Reserve- Soll nicht erfüllten, fanden sich hauptsächlich unter den Privatbanken sowie den gewerb- lichen und ländlichen Kreditgenossenschaften. Die Fehlbeträge waren jedoch nur bei den ge- werblichen Kreditgenossenschaften so groß, daß damit das Reserve-Soll der gesamten Gruppe, wenn auch nur leicht (mit 2 v. H.) unterschrit- ten wurde. Wie weit die Fehlbeträge im einzel- nen auf tatsächliche Liquiditätsschwierigkeiten zurückgehen und wie weit sie nur fehlerhaften Gelddispositionen oder etwa dem Wunsche nach Anlage im Kreditgeschäft entspringen, ent- zieht sich der genauen Beurteilung. Insgesamt scheinen wesentliche Schwierigkeiten nicht zu bestehen. Jedenfalls ging die Beanspruchung des Zentralbankkredits durch die Geldinstitute sogar trotz der Übertragung erheblicher Steuer- gelder auf die Konten bei den Landeszentral- banken in der Zeit vom 7. bis 23. April leicht zurück.

Für die tatsächliche Liquiditätslage in vielen Fällen entscheidender als die aus Rentabilitäts- gründen möglichst auf das gesetzliche und geld- technische Minimum reduzierte Barliquidität ist im Grunde genommen auch die Entwicklung der

¹⁾ Die Guthaben öffentlicher Körperschaften beim Zen- tralbanksystem stiegen vom 7. bis 23. April um 327 Mill. DM, davon 240 Mill. DM auf Konten von Staats- kassen. Besonders angespannt war die Geldlage um den 20. April.

Wechselbestände, mit deren Hilfe die Geldinstitute sich im Prinzip jederzeit Zentralbankgeld beschaffen können. Die Wechselbestände blieben aber auch im März und April erheblich. Ende März betrug der Wechselbestand abzüglich eigene Akzepte bei allen Geldinstituten rund 1 415 Mill. DM = 12 v. H. der Einlagen auf Freikonto (einschließlich Einlagen von Geldinstituten). Die Nachfolgeinstitute der Großbanken wiesen zum gleichen Termin 388 Mill. DM Wechsel (ohne eigene Akzepte) = 16 v. H. der Einlagen auf Freikonto aus, die Regional- und Lokalbanken 217 Mill. DM = 15 v. H. der Einlagen auf Freikonto. Bis zum 23. April, dem letzten Stichtag, zu dem die wöchentliche Bankenstatistik im Zeitpunkt der Drucklegung des Berichts vorliegt, haben sich die Wechselbestände noch vermehrt. Sie betragen zu diesem Termin bei den 112 in dieser Statistik erfaßten Geldinstituten rund 817 Mill. DM (ohne eigene Akzepte) = 18 v. H. der Einlagen auf Freikonto.

Eine gewisse weitere Verflüssigung des Bankenapparates ist für die nächste Zukunft wahrscheinlich. Denn einmal wird die Abwicklung des Auslandsgeschäft vermutlich weiter neues Zentralbankgeld in den Kreislauf bringen, zum anderen aber muß sich die nunmehr in Gang gekommene Teilfreigabe von counterpartfunds liquidisierend auf die Banken auswirken. Das Ausmaß dieses Prozesses sowie die eventuell kompensierenden Faktoren lassen sich im Augenblick noch nicht übersehen.

Geldkapitalbildung und langfristiger Kredit

Etwa seit der Jahreswende ist der Prozeß ständiger Beanspruchung von Geldkapital für Zwecke des Konsums, der insbesondere im Auszahlungsüberschuß auf Sparkonten in Erscheinung getreten war, zum Stillstand gekommen und durch eine über die Kreditschöpfung hinausgehende Neubildung von Geldkapital abgelöst worden. Zwar ist es infolge unvollständiger statistischer Unterlagen im Augenblick noch schwierig, hierüber exakte Ziffern zu

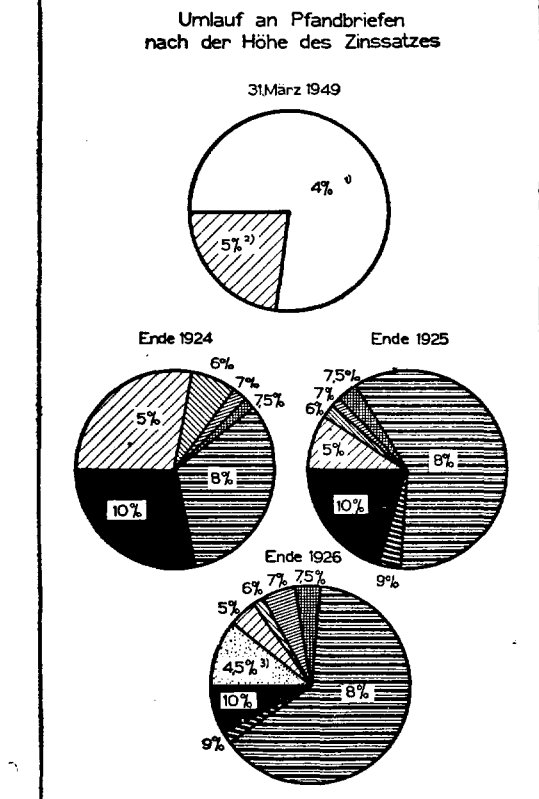
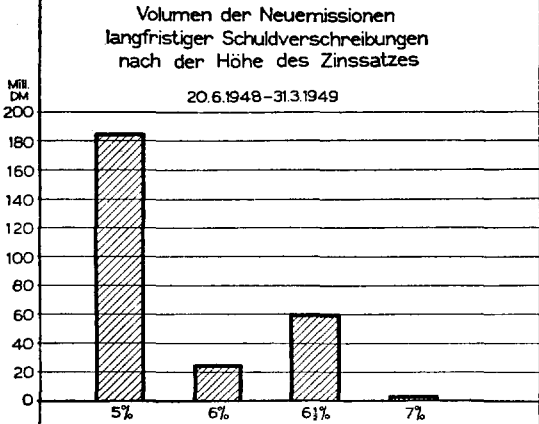
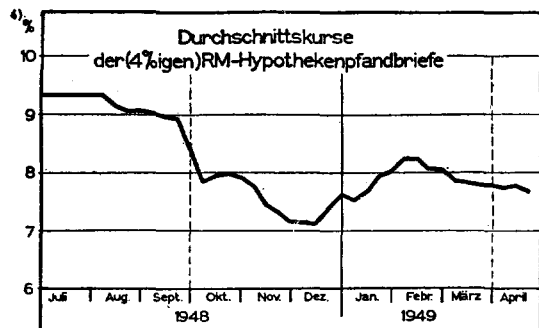
geben, jedoch liegen Teilergebnisse vor, die eine Schätzung der in Betracht kommenden Größenordnungen gestatten.

Der Spareinlagenbestand bei allen Geldinstituten stieg nach der monatlichen Bankenstatistik im 1. Quartal 1949 um 509 Mill. DM auf 2 108 Mill. DM.¹⁾ Hierin sind Zuflüsse enthalten, die aus der Umwandlung von RM-Spareinlagen herrühren. Nach der Entwicklung des Barverkehrs auf Sparkonten (241 Mill. DM Einzahlungen, 312 Mill. DM Auszahlungen), kann jedoch angenommen werden, daß der echte, nach Ausgliederung der Umwandlung verbleibende Zugang an Spareinlagen im 1. Vierteljahr 1949 einschließlich der Zinsgutschriften etwa 100 Mill. DM betragen hat. Gegenüber dieser an und für sich nicht ungünstigen Entwicklung darf allerdings nicht übersehen werden, daß nach wie vor eine ziemlich große Labilität der Sparguthaben besteht, weil das kurzfristige Zwecksparen für Anschaffung von Konsumgütern höherer Ordnung heute einen verhältnismäßig breiten Raum einnimmt. Der Spareinlagenbestand ist damit insgesamt schwankungsanfälliger geworden.

Am organisierten Kapitalmarkt wurden im 1. Vierteljahr 1949 226 Mill. DM Neuemissionen langfristiger festverzinslicher Schuldverschreibungen aufgelegt; bei recht unterschiedlichen Erfolgen im Einzelfall fanden sie indessen nur mit etwa 84 Mill. DM Absatz. Rund die Hälfte dieser untergebrachten Summe waren Pfandbriefe. Ein im einzelnen nicht bekannter Teil der Emissionen ist jedoch nicht beim Publikum, sondern bei Kapitalsammelbecken, vor allem bei Versicherungsgesellschaften, untergebracht worden. Die Unterbringungsmöglichkeit war bei den einzelnen Wertpapierarten sehr verschieden. Während Industrieobligationen mit 6^{1/2}oiger Verzinsung zunächst verhältnismäßig glatt aufgenommen wurden, begegnete der Absatz der mit nur 5o verzinslichen Pfandbriefe teilweise größeren Schwierigkeiten. Sie dürften einesteils dadurch

¹⁾ Zum Vergleich sei erwähnt, daß Ende 1925 der Spareinlagenbestand im gesamten damaligen Reichsgebiet 2400 Mill. RM betragen hatte.

Zur Entwicklung des Kapitalmarktes



0) Die im Gebiet der Westzonen ausgegebenen RM-Pfandbriefe, eingesetzt mit $\frac{1}{4}$ ihres Nominalwertes.
 1) Neuemissionen an Pfandbriefen seit der Währungsreform.
 2) Aufwertungspfandbriefe.
 3) In % des RM-Nominalwertes.

verursacht sein, daß für Hypothekengelder oft Zinssätze von $6\frac{1}{2}\%$ und mehr geboten werden, so daß Großanleger, die auf den Vorteil börsenmäßiger Verwertbarkeit ihrer Kapitalausleihungen nicht angewiesen sind, aus Zinsgründen einen bedeutenden Teil ihrer Kapitalien an die Kreditnehmer direkt ausleihen; andererseits dürfte sich der weitere Rückgang der Börsenkurse für 4%ige RM-Pfandbriefe, die bis 23. April auf durchschnittlich $7,7\%$ (= 77% des DM-Betrages) sanken und damit eine Rendite von $5,6\%$ aufwiesen, auf den Absatz der bei der Ausgabe nur mit $5,1-5,2\%$ rentierenden neuemittierten Pfandbriefe hemmend auswirken. Unter diesen Umständen wird lebhaft die Frage diskutiert, ob sich bei den künftigen Pfandbriefemissionen die bisherige Zinsausstattung von nur 5% wird halten lassen. Für Kleinanleger werden Pfandbriefe auch der bisherigen Zinsausstattung allerdings schon dadurch attraktiv, daß ihr Erwerb steuerbegünstigt ist, der von Industrieobligationen aber nicht. Eine Stadtgemeinde ist von dem bisher üblichen Zinsfuß abgegangen und hat mit anscheinend gutem Erfolg 3 Mill. DM Namensschuldsscheine mit 7% iger Verzinsung zum Emissionskurs von $99\frac{1}{4}\%$ aufgelegt.

Am Aktienmarkt herrscht nach wie vor Emissionsstille. Sie ist auf die noch immer ungeklärte Bewertungs- und Ertragslage der Industrie zurückzuführen. Lediglich in Sonderfällen kam es zu Emissionen, die allerdings nicht vom breiten Publikum aufgenommen wurden. Von der neu gegründeten Industriebank in Düsseldorf wurden 20 Mill. DM Aktien zur Zeichnung aufgelegt, wovon jedoch nur 12 Mill. DM untergebracht werden konnten; das Kreditinstitut ist daher auf dieser Kapitalbasis gegründet worden.

Bei den privaten und öffentlichen Lebensversicherungsunternehmen der Westzonen sind in den drei Monaten Januar bis März rund 75 Mill. DM zur Anlage gekommen, nachdem im 2. Halbjahr 1948 ungefähr der gleiche Betrag angelegt worden war. Diese 150

Mill. DM verteilen sich nach erhaltenen Angaben auf folgende Anlagegruppen:

Wohnungsbauhypotheken und eigene Wohnbauten	42 v. H.
Industriedarlehen	36 v. H.
Kommunaldarlehen und Wiederherstellung kommunaler Einrichtungen	15,5 v. H.
Wertpapiere (Pfandbriefe, Industrieobligationen)	6,5 v. H.
	<hr/>
	100,0 v. H.

Vom 1. Januar 1949 bis 31. März 1949 wurden von dem insgesamt angelegten Kapital von 75 Mill. rd. 5 Mill. in Wertpapieren angelegt; es verbleiben also als Geldkapitalbildung vom 1. Januar 1949 bis 31. März 1949 ohne Wertpapieranlagen 70 Mill. DM. Hierzu kommt noch die Kapitalbildung der sonstigen Versicherungen (insbesondere Sachversicherer) mit rd. 12 Mill. DM und die der privaten und öffentlichen Bausparkassen mit rd. 13 Mill. DM, beides im 1. Vierteljahr 1949.

Relativ bedeutend waren im 1. Vierteljahr 1949 die Überschüsse der öffentlichen Haushalte. Ist es doch eine zwangsläufige Wirkung der derzeitigen hohen Steuersätze, daß ein Teil der möglichen volkswirtschaftlichen Sparrate nicht bei Privaten, sondern bei der öffentlichen Hand anfällt, der damit die Verpflichtung erwächst, sie für dringliche, oft aber im privatwirtschaftlichen Sinne nicht rentierliche Investitionen einzusetzen. Die Gebietskörperschaften, also Länder und Gemeinden, haben im 1. Vierteljahr 1949 Haushaltsüberschüsse von schätzungsweise 200 Mill. DM gehabt, wobei in Rechnung gestellt wurde, daß die Gemeinden nach den vorhandenen Anhaltspunkten insgesamt ein Defizit aufwiesen. Diese latente Kapitalbildung (die die etatisierten Investitionen nicht einschließt, also nicht mit der Sachkapitalbildung bei den Gebietskörperschaften identisch ist), dürfte sich bisher größtenteils in Gestalt steigender Bankguthaben niedergeschlagen haben und erst allmählich ihren Weg in die Investition finden.

Hinzu kommt noch die Kapitalbildung über den Arbeitsstock (die übrigen Zweige der Sozialversicherung können keine Überschüsse bilden). Sie ist in den vergangenen drei Monaten zwar ständig zurückgegangen, da sich bei rückläufigen Einnahmen die Ausgabeverpflichtungen laufend erhöhten und relativ hohe Beträge für die Arbeitslosenfürsorgeunterstützung verauslagt wurden, die von einzelnen Ländern nur zum kleineren Teil erstattet wurden; indessen darf sie doch für die drei Monate Januar bis März insgesamt mit rund 40 Mill. DM angesetzt werden.

Alles in allem wäre nach dem Vorgesagten die Geldkapitalbildung im 1. Vierteljahr 1949 wie folgt zu schätzen:

Geschätzte Geldkapitalbildung im 1. Vierteljahr 1949
in Mill. DM

1. Zuwachs auf Sparkonten (ohne Umwandlung)	100
2. Untergebrachte langfristige festverzinsliche Schuldverschreibungen	84
davon nicht im Publikum mindestens	<u>10</u> 74
3. Untergebrachte Aktienemissionen	12
4. Langfristige Ausleihungen der Lebensversicherungen und der sonstigen Versicherungen	87
5. Langfristige Ausleihungen der Bausparkassen	13
6. Nettohaushaltsüberschuß der Gebietskörperschaften	200
7. Überschuß des Arbeitsstocks	40
	<hr/>
Geldkapitalbildung Januar — März 1949 insgesamt etwa	526

Es wäre nun freilich falsch, zu folgern, daß diesem geschätzten Betrag der Geldkapitalbildung ein auch nur annähernd gleich großes Kapitalangebot entsprochen hätte. So können die Sparkassen keineswegs den Gesamtbetrag der Spareinlagen langfristig ausleihen, vielmehr müssen sie daneben sowohl für die Gewährung mittel- und kurzfristiger Kredite an Wirtschaft und Kommunen ihres Bezirks wie auch für die Haltung der vorgeschriebenen Liquiditätsreserven sorgen. Die Haushaltsüberschüsse, die die öffentliche Hand erzielt hat, dürften sogar zu-

nächst fast ausschließlich stillliegen und etwa in den Kassenreserven einzelner Länder stecken; erst in jüngster Zeit macht sich eine größere Investitionsneigung der öffentlichen Hand bemerkbar, wobei sich die Durchführung der Programme jedoch über einen längeren Zeitraum erstrecken dürfte. Ebenso sind die Überschüsse des Arbeitsstocks zunächst fast ausschließlich am Geldmarkt angelegt worden. Insgesamt ist es somit wahrscheinlich, daß bedeutend weniger als die Hälfte der für das 1. Vierteljahr 1949 geschätzten Geldkapitalbildung tatsächlich für Investitionszwecke angeboten wurde.

An sich hätte die sinkende Ausgabeneigung wahrscheinlich eine noch stärkere Sparkapitalbildung erlaubt. Indessen bedingt das starke Liquiditätsbedürfnis des Publikums, daß „Spar“-beträge vorläufig noch möglichst verfügbar gehalten werden, also oft nicht einmal mit der geringen Bindung der gesetzlichen Rückzahlungsbedingungen für Sparbücher belastet werden sollen. Andererseits stellt sinkende Ausgabeneigung selbst bereits eine latente Geldkapitalbildung dar, mag sie sich zunächst auch nur als Rückgang der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes äußern. Insofern ist es nicht unberechtigt, neben den Sparkonten auch einen allerdings nicht näher bestimmbaren Teil zumindest der Termindespositen dem „Geldkapital“ zuzurechnen. Praktisch wird dem Rechnung getragen, indem stets ein gewisser Teil langfristiger Investitionen durch Bankkredit vorfinanziert zu werden pflegt.

Entscheidenden Anteil in der Finanzierung der Investitionen seit der Währungsreform hatte — neben den etatisierten Investitionen der öffentlichen Hand — die Selbstfinanzierung der Wirtschaft, die vor allem durch die bedeutenden Preissteigerungen der ersten Monate und die Ent-hortung ermöglicht wurde. Mit der Umkehr der Preiskurve bei teilweise steigenden Kosten geht nun die Selbstfinanzierung naturgemäß zurück und durch den in Aussicht genommenen Lastenausgleich dürfte sie eine weitere Einengung erfahren. Andererseits wird der Kapitalfonds neuerdings dadurch vergrößert, daß die Militärregierung nunmehr Teile der counterpart-

funds zu langfristiger Ausleihung für Investitionszwecke freigegeben hat. Die Freigabe erfolgte bisher aus den Gegenwerten für GARIOA-Lieferungen und den STEG-Erlösen, während eine Freigabe von Gegenwerten für ERP-Lieferungen durch die Marshall-Plan-Verwaltung noch nicht erfolgt ist.

Die in Aussicht gestellten Beträge gehen bereits in Hunderte von Millionen. Bekannt geworden sind bisher folgende Kreditzusagen:

220 Mill. DM für das Energie-Programm in vierteljährlichen Raten von 55 Mill. DM ab sofort

397 Mill. DM für ein wesentlich längerfristiges Energie-Programm

135 Mill. DM zur alsbaldigen Verausgabung für Investitionen im Kohlenbergbau

Mehrere 100 Mill. DM für die Eisenbahn, darunter der größte Teil zur Finanzierung der im Ausland bestellten Investitionsgüter,

und schließlich mehrere Beträge für den Bau von Wohnungen für das Luftbrückenpersonal.

Effektiv geworden sind bis 12. April allerdings nur umfangreichere Stundungen für Zahlungsverpflichtungen der Eisenbahn gegenüber der Bank deutscher Länder für im Ausland bestellte Lokomotiven und Güterwagen. Am 12. April ist sodann die erste faktische Freigabe von counterpart-funds im engeren Sinne des Wortes vorgenommen worden, und zwar in Gestalt eines Kredits an die Kreditanstalt für Wiederaufbau in Höhe von 110 Mill. DM. Der Betrag wurde zunächst auf ein Sonderkonto der Kreditanstalt für Wiederaufbau bei der Bank deutscher Länder gutgebracht, wovon bisher nur ein Teil abdisponiert worden ist.

Die Freigaben stellen nicht — wie vielfach angenommen wird — eine Kompensation stillgelegter Geldbeträge dar, die vorgenommen würde, um einen sich aus den Importüber-

schüssen vermeintlich ergebenden deflatorischen Druck zu beseitigen. Vielmehr war bisher auf den Konten der Bank deutscher Länder zur Abwicklung des Auslandsgeschäfts kein Einzahlungsüberschuß zu verzeichnen. Die Entwicklung war folgende:

Saldo der Konten zur Abwicklung des Auslandsgeschäfts bei der Bank deutscher Länder
in Mill. DM

31. 10. 1948	. . .	+ 60	
30. 11. 1948	. . .	+ 157	
31. 12. 1948	. . .	+ 168	
31. 1. 1949	. . .	+ 156	
28. 2. 1949	. . .	+ 153	
31. 3. 1949	. . .	+ 211	
7. 4. 1949	. . .	+ 240	
15. 4. 1949	. . .	+ 375	} nach Überweisung von 110 Mill. DM an die Kreditanstalt für Wiederaufbau
23. 4. 1949	. . .	+ 440	

Das Vorhandensein eines Aktivsaldo bedeutet, daß die Transaktionen, die mit dem Auslandsgeschäft im Zusammenhang stehen oder über diese Konten verbucht werden, in ihrer Gesamtheit bisher keinen Einzahlungsüberschuß bei der Bank deutscher Länder, sondern im Gegenteil einen Auszahlungsüberschuß ergeben haben. Dieses Ergebnis, das zunächst verwundern mag, erklärt sich aus einer Reihe von Ursachen, von denen das bedeutende Anwachsen der Devisenbestände seit 1. August 1948 (dem Tag der Übernahme der Gemeinsamen Außenhandelskasse durch die Bank deutscher Länder) auf 1 341 Mill. DM am 23. April, ferner der 30 cts-Kurs-Ausgleich für gewisse Im- und Exporte sowie der Abzug von Nebenkosten seitens der Importeure und schließlich die Zahlungen auf Weisung der Militärregierung (insbesondere die monatlichen Zahlungen für die Belieferung Westberlins mit Lebensmitteln und anderen lebensnotwendigen Gütern in Höhe von bisher 53 Mill. DM monatlich) besonders ins Gewicht fallen. Zudem haben die stark steigenden und oft stoßartigen Einfuhren der letzten Zeit zu gewisser finanzieller Anspannung der Importeure

teure und damit zu schleppenderem Zahlungseingang geführt.

Öffentliche Finanzen

Die Entwicklung der öffentlichen Finanzen läßt sich, da diesbezügliche Angaben noch immer verhältnismäßig spärlich sind und in der Regel erst Wochen nach der Berichtsperiode zur Verfügung stehen, selbst für den Monat März nur in groben Umrissen darstellen.

In den Länderhaushalten haben sich Einzelangaben über die Zunahme der Verschuldung und über die Entwicklung der Kassenbestände zufolge, anscheinend wieder leichte Defizite ergeben, deren Gesamtbetrag jedoch kaum über 50 Mill. DM hinausgegangen sein dürfte. Dieses Resultat ist verhältnismäßig günstig, da der Monat März den letzten Monat des Rechnungsjahres darstellt, in dem erfahrungsgemäß relativ hohe Ausgaben getätigt werden. Offenbar hat sich also dieses Mal die Ausgabensteigerung in verhältnismäßig engen Grenzen gehalten. Eine abschließende Beurteilung ist indessen noch nicht möglich, da damit zu rechnen ist, daß in den kommenden Monaten, solange die Bücher für das abgelaufene Finanzjahr noch nicht geschlossen sind, noch gewisse Ausgaben rückwirkend für das Haushaltsjahr 1948/49 zu verbuchen sein werden.

Daß die Defizite im März nicht größer waren, erklärt sich aber auch daraus, daß die Steuereingänge weiter vergleichsweise hoch waren. An sich ist der März ein „schlechter“ Steuermonat, da in ihm keine Hauptzahlungstermine für die Veranlagte Einkommensteuer und die Körperschaftssteuer liegen. Aber die wichtigsten Steuern, die allmonatlich in voller Höhe geleistet werden, nämlich die Lohnsteuer und die Umsatzsteuer, haben sich zumindest in den Ländern des Vereinigten Wirtschaftsgebiets gegenüber dem Vormonat wieder leicht erhöht, wenngleich sie noch hinter dem Januaraufkommen zurückbleiben. Für die Länder der französischen Zone ist eine solche Aufwärtsbewegung nicht festzustellen, doch ist hier der Februarstand wenigstens annähernd behauptet worden.

Die Entwicklung des Aufkommens aus der Lohnsteuer und Umsatzsteuer

Gebiet und Zeitraum	Lohnsteuer Mill. DM	Umsatz- steuer Mill. DM
Vereinigtes Wirtschaftsgebiet		
Durchschnitt Okt.—Dez. 1948	150,0	254,9
Januar 1949	163,4	309,6
Februar 1949	149,3 ¹⁾	251,2 ¹⁾
März 1949	160,0 ²⁾	266,0 ²⁾
Französische Zone		
Januar 1949	15,5	34,1
Februar 1949	13,4 ¹⁾	25,3 ¹⁾
März 1949	13,2 ²⁾	25,0 ²⁾

¹⁾ Berichtigte Zahlen

²⁾ Vorläufige Zahlen

Die gesamten Besitz- und Verkehrssteuern dürften dagegen niedriger gewesen sein als im vergangenen Monat; die Zahlungen auf die Veranlagte Einkommensteuer sind jedenfalls aus zahlungstechnischen Gründen stark zurückgegangen, wenn sie auch noch über dem Stand des letzten Monats mit gleichen Zahlungsterminen (Dezember 1948) lagen. Da bei den Verbrauchssteuern, über die allerdings noch keine vollständigen Angaben vorliegen, offenbar eine gewisse Kompensation der Rückgänge bei den Besitz- und Verkehrssteuern eingetreten ist, dürften die gesamten Steuereinnahmen im März mit etwa 1,1 Mrd. DM nur wenig niedriger gewesen sein als im Februar (1127 Mill. DM).

Die Unterschiede in der finanziellen Situation der einzelnen Länder sind nach wie vor groß. So ist, wenn man die Länderhaushalte nach Zonen zusammenfaßt, die Lage der Länder der französischen Zone dauernd erheblich prekärer gewesen als diejenige der Länder der Bizone. Von dem auf 50 Mill. DM geschätzten Defizit der elf westdeutschen Länder im Monat März entfiel der größere Teil auf die Länder der französischen Zone, obwohl über diese nur rd. 10 v. H. der Gesamtausgaben aller Haushaltsausgaben im Währungsgebiet laufen. Die Verschuldung der drei Länder Rheinland-Pfalz, Baden und Württemberg-Hohenzollern allein bei den Landeszentralbanken nahm im März um 23,5 Mill. DM zu. Da aber die Landeszentral-

banken in ihrer Kreditgewährung an die Länder beschränkt sind, mußten diese darüber hinaus noch in gewissem Umfang auf andere Kreditgeber zurückgreifen.

Im Vergleich hierzu verfügen die Länder des Vereinigten Wirtschaftsgebiets, als Ganzes betrachtet, noch immer über beachtliche Guthaben. Für Ende Februar sind hierüber von der Verwaltung für Finanzen zum ersten Male Angaben bekanntgegeben worden, die wie folgt lauten:

Kassenbestände der acht Länder des Vereinigten Wirtschaftsgebiets am 28. Februar 1949

Insgesamt	840 Mill. DM
darunter	
fremde Gelder	170 Mill. DM
zweckgebundene Kassenmittel	72 Mill. DM
verfügbare Kassenmittel	598 Mill. DM

Dieser Betrag ist nicht unerheblich, und es ist nicht anzunehmen, daß er im Verlaufe des März um mehr als 40—50 Mill. DM abgenommen hat. Außerdem bleibt offen, ob in den ausgewiesenen Kassenbeständen auch die von den Ländern seit der Währungsreform etwa neu gebildeten Rücklagen enthalten sind. In früheren Jahren pflegten die Länder Rücklagen, selbst wenn sie in der Form von Bankguthaben gehalten wurden, meist nicht im Kassenbestand auszuweisen, und es darf angenommen werden, daß sich diese Praxis nicht geändert hat und daß einzelne Länder, deren Haushaltslage in den letzten Monaten sehr günstig war, wieder angefangen haben, Reserven aufzubauen. Jedenfalls kann dies u. a. daraus geschlossen werden, daß in einzelnen Ländern während der letzten Monate sehr starke einmalige Erhöhungen der Ausgaben festzustellen waren, die nicht mit der normalen Ausgabengebarung erklärt werden können.

Allerdings ist die Liquiditätslage der einzelnen Länder auch im Vereinigten Wirtschaftsgebiet sehr verschieden. Im chronischen Defizitland Schleswig-Holstein ist die Verschuldung ebenso wie in den Ländern der französischen Zone höher als der Kassenbestand, und auch in Niedersachsen und Hessen sind die Kassenbestände im Vergleich zum monatlichen

Steueraufkommen relativ gering. In anderen Ländern dagegen erreichen die Kassenbestände nahezu die Höhe des monatlichen Steueraufkommens, ja in einem Falle betragen sie sogar beinahe das Dreifache des Steueraufkommens. Zweifellos besitzen einige Länder also eine Liquiditätsreserve, die weit über die hinausgeht, mit der die übrigen Länder auskommen müssen und zum Teil bisher auch auskommen sind.

Um diese Unterschiede in der finanziellen Lage der einzelnen Länder zu beseitigen, hatten die Finanzminister beschlossen, ab 1. April 1949 auf die Dauer eines Haushaltsjahres einen Ausgleich der Länder untereinander vorzunehmen und einen von den finanzstarken Ländern aufzubringenden Betrag in Höhe von 500 Mill. DM im Verlaufe dieses Jahres an Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern zu verteilen. Damit hätten die größten Ungleichheiten, die sich aus den hohen — lediglich durch die Erhebung am Produktionsort bedingten — Verbrauchssteuereingängen einzelner Länder und der sehr starken Belastung mit Kriegsfolgekosten in anderen Ländern ergeben, wenigstens zum Teil eingeebnet werden können. Bekanntlich ist dieser Ausgleich gescheitert, weil ein Land unter Hinweis auf die fehlende verfassungsmäßige Grundlage und den bevorstehenden Lastenausgleich seine Zustimmung zu der vorgeschlagenen Regelung verweigerte. Inzwischen hat jedoch der Wirtschaftsrat den Plan des Ausgleichs aufgegriffen und, da der finanzielle Ausgleich zwischen den einzelnen Ländern nach der bestehenden Rechtslage nicht zu seinen Aufgaben gehört, die Militärregierungen um eine entsprechende Ausdehnung seiner Kompetenz gebeten.

Das Vereinigte Wirtschaftsgebiet hat sich nach Erschöpfung seines bei der Bank deutscher Länder unterhaltenen Kassenbestandes, der Ende Februar noch 28,5 Mill. DM betragen hatte, bei der Bank deutscher Länder erneut eine Kreditlinie einräumen lassen. Die faktisch in Anspruch genommenen Beträge waren bisher jedoch gering. Der Kredit sollte in erster Linie der Sicherstellung der Zinszahlungen auf die vom Vereinigten

Wirtschaftsgebiet zu bedienenden Ausgleichsforderungen dienen. In den Monaten April und Mai ist jedoch noch mit erheblichen Eingängen zur Finanzierung des Nachtragshaushalts 1948/49 zu rechnen; außerdem haben sich beim Vollzug des ordentlichen Haushalts des Jahres 1948/49 anscheinend Überschüsse ergeben.

Der im März dem Wirtschaftsrät vorgelegte Haushaltsplan des Vereinigten Wirtschaftsgebiets für 1949/50 geht mit 951,6 Mill. DM auf der Einnahme- und der Ausgabeseite um 543,4 Mill. DM über den ursprünglichen Haushalt des vergangenen Finanzjahres hinaus. Berücksichtigt man jedoch den Nachtragshaushalt für 1948/49 in Höhe von rd. 290 Mill. DM, dessen wichtigster Posten, die Berlin-Hilfe, sich nur auf die letzten fünf Monate des Haushaltsjahres bezog, so ist die Erhöhung gegenüber dem vergangenen Jahr nicht bedeutend. Den wichtigsten Ausgabeposten des neuen Haushalts bildet wieder die mit 480 Mill. DM angesetzte Berlin-Hilfe; an weiteren großen Posten sind zu nennen 98,5 Mill. DM für Zinszahlungen auf die Ausgleichsforderungen und 22 Mill. DM für Zahlungen an die kostenmäßig benachteiligten „Grenzbetriebe“ im Kohlenbergbau. An Einnahmen sind aus der Ablieferung von Bahn und Post 274,5 Mill. DM und aus Steuern, Zöllen und sonstigen Abgaben 628 Mill. DM vorgesehen (darunter 288 Mill. DM aus dem „Notopfer Berlin“, 240 Mill. DM aus der Kaffeesteuer und 79 Mill. DM aus einer neu einzuführenden Treibstoffabgabe). Der Ausgleich von Einnahmen und Ausgaben stand allerdings bereits im Zeitpunkt der Vorlage nur noch auf dem Papier. Die auf der Einnahmeseite neben den bereits erwähnten Posten mit 15 Mill. DM eingesetzte Ausfuhrabgabe auf Kohle ist kurz vor der Vorlage am Widerspruch der Militärregierungen gescheitert, während für die Ausgabeseite gleichzeitig neue, im Etat noch nicht vorgesehene Verpflichtungen angekündigt werden mußten, darunter 50 Mill. DM für die Vorratshaltung von Getreide aus der Ernte 1948, 20 Mill. DM für das bizonale Bauprogramm und 100 Mill. DM für die Einrichtung einer Zolleitstelle und des Zollgrenzdienstes. Eine Deckung dieser Mehrausgaben soll durch

Inanspruchnahme eines Teils der Zolleinnahmen erreicht werden. Wird die im Zusammenhang mit der jüngsten Entwicklung des Finanzausgleichs vom Wirtschaftsrat erbetene Kompetenzerweiterung (s. oben) genehmigt, so wird jedoch eine weitere ganz beträchtliche Erhöhung der Ausgabeverpflichtungen durch Zahlungen an die finanzschwachen Länder eintreten, die nur durch Übertragung eines wesentlichen Teils des jetzt den Ländern zustehenden Verbrauchssteueraufkommens auf die bizonale Verwaltung zu decken sein dürfte.

Über die Lage der *Gemeinden* liegen für März und April keine Angaben vor. Da sich die Gemeindehaushalte in den letzten Monaten im allgemeinen weniger günstig entwickelt haben als die Länderhaushalte und da im Zusammenhang mit dem Jahresabschluß die Ausgaben im März wahrscheinlich relativ hoch waren, dürften eher Defizite zu verzeichnen gewesen sein.

Beim *Arbeitsstock* sind die bis Ende 1948 erzielten relativ hohen Überschüsse in letzter Zeit anscheinend stark zurückgegangen. Der Rückgang erklärt sich durch geringere Beitragseingänge und erhöhte Aufwendungen für die Arbeitslosenunterstützung. Im Februar hat der Überschuß schätzungsweise nur noch 20 Mill. DM gegen 50 Mill. DM im Dezember und 25 Mill. DM im Januar betragen, wenn man die rückständigen Zahlungsverpflichtungen einzelner Länder der britischen Zone aus der vom Arbeitsstock bevorschußten Arbeitslosenfürsorgeunterstützung absetzt, sogar nur noch rd. 9 Mill. DM. Für den März liegen noch keine Angaben vor. Da die Zahl der Arbeitslosen um rd. 100 000 und die der Unterstützungsempfänger (einschließlich Arbeitslosenfürsorgeunterstützung) um 77 000 zugenommen hat, muß mit einem weiteren Rückgang des Überschusses gerechnet werden.

Insgesamt dürfte also der seit Oktober 1948 im Gang befindliche, bisher nur im Dezember 1948 unterbrochene Prozeß der Geldstilllegung über die öffentlichen Haushalte im März abermals ausgesetzt haben. Eine gewisse Bestätigung hierfür bildet die Tatsache, daß im Berichtsmonat einmal die Verschuldung der öffentlichen

Hand gewachsen ist und zum anderen die öffentlichen Einlagen im Banksystem nicht weiter angestiegen sind.

Die durch das Zentralbanksystem gewährten Kredite an die öffentliche Hand nahmen im März um 103,8 Mill. DM auf 152,7 Mill. DM zu. Schaltet man die Kreditgewährung an die Bahn (50 Mill. DM Kassenvorschüsse der Bank deutscher Länder und 35 Mill. DM Schatzwechsel, die von der Landeszentralbank Bremen übernommen wurden) aus, so stieg die Verschuldung der hier behandelten öffentlich-rechtlichen Körperschaften an das Zentralbanksystem um 18,8 Mill. DM. Bei den Geschäftsbanken (ohne Verkehrskreditbank) betrug die Zunahme der der öffentlichen Hand eingeräumten kurzfristigen Kredite 19,3 Mill. DM. Dagegen sind die Einlagen der öffentlichen Hand bei den Geschäftsbanken praktisch unverändert geblieben (2 380 Mill. DM Ende März gegenüber 2 378 Mill. DM Ende Februar), während sie im Zentralbanksystem um 14,7 Mill. DM zugenommen haben. Nach Ausschaltung der Einlagen der Generalpostkasse und der Außenhandelsstelle Frankfurt a. M. bei der Bank deutscher Länder ergibt sich jedoch ein Rückgang um 52 Mill. DM.

Diese Entwicklung bedeutet jedoch keine grundsätzliche Umkehr der Einflüsse, die in den letzten Monaten zu einer starken Konzentration von Geldern bei der öffentlichen Hand geführt hatten. Daß die öffentliche Hand im März keine Überschüsse aufwies, ist, ebenso wie schon im Dezember 1948, lediglich durch den vom Wirtschaftsablauf weitgehend unabhängigen Rhythmus der Haushaltseinnahmen und -ausgaben bedingt, der sich aus den haushalts- und steuerrechtlichen Vorschriften ergibt. Die Einnahmen sind am Quartalsbeginn regelmäßig höher als in den beiden folgenden Monaten, während die Ausgaben zu Beginn des Haushaltsjahres meist relativ niedrig sind und sich im Dezember und März massieren. Wenn die Wirtschaftstätigkeit ihr gegenwärtiges Niveau behauptet, werden sich also in den ordentlichen Haushalten weiter Überschüsse ergeben, die für Investitionszwecke zur Verfügung gestellt werden könnten. Tatsächlich

scheint die Entwicklung der Haushalte in den ersten drei Wochen des April wieder günstig verlaufen zu sein. Im Zusammenhang mit dem Quartalstermin für die Zahlung der Veranlagten Einkommensteuer und der Körperschaftssteuer sind die öffentlichen Einlagen erneut stark angestiegen. Die Zunahme gegenüber dem 31. März betrug bei den 112 wöchentlich berichtenden Instituten in den ersten drei Wochen des April 208,8 Mill. DM und im Zentralbankensystem (ohne Einlagen der Generalpostkasse und der Außenhandelsstelle Frankfurt am Main) 236,7 Mill. DM.¹⁾ Ob und in welchem Umfang aus dem im April genehmigten Zweiten Gesetz zur vorläufigen Neuordnung von Steuern, das rückwirkend vom 1. Januar 1949 in Kraft treten soll, eine Senkung der Einnahmen zu erwarten ist, kann zur Zeit noch nicht übersehen werden. Die Finanzverwaltungen vertreten die Ansicht, daß selbst wenn von den gebotenen Möglichkeiten einer Steuererleichterung für erhöhtes Sparen reichlich Gebrauch gemacht werden sollte, die aus den Vorschriften dieses Gesetzes resultierenden Einnahmeausfälle durch die aus der Reform zu erwartende größere Steuererhrlichkeit kompensiert werden, daß also per Saldo aus diesem Gesetz nicht mit rückläufigen Steueraufkommen gerechnet zu werden brauche. Es ist daher zu begrüßen, daß auf seiten der Länder eine zunehmende Bereitschaft zur Vornahme von Investitionen festzustellen ist, die aller Voraussicht nach im laufenden Finanzjahr zu stark erhöhten öffentlichen Investitionen führen und die laufenden Überschüsse entsprechend vermindern wird.

Außenwirtschaft

Die Ausfuhr des Vereinigten Wirtschaftsgebiets²⁾ hat im März den bisher höchsten Stand der Nachkriegszeit erreicht. Mit rd. 300 Mill. DM lag sie um etwa 20 Mill. DM über dem bisherigen Höchststand von Dezember

¹⁾ Die Unterschiede zu den in Anmerkung ¹⁾ auf Seite 5 des vorliegenden Berichts enthaltenen Angaben ergeben sich durch Ausschaltung der Einlagen der Generalpostkasse und der Außenhandelskasse Frankfurt a. M.

²⁾ Für die französische Zone liegen Angaben erst bis Februar vor. Es ist beabsichtigt, in einem der nächsten Berichte auf die Außenhandelsituation der französischen Zone gesondert einzugehen.

1948. Der Rückgang im Januar ist nunmehr also mehr als wettgemacht. Vergleicht man die Ausfuhr von März mit der des Februar, so haben alle drei großen Warengruppen — Rohstoffe, Halbwaren und Fertigwaren — an der Steigerung ungefähr den gleichen Anteil. Beim Vergleich größerer Zeiträume zeigt sich jedoch eindeutig, daß der Export von bearbeiteten Waren immer mehr in den Vordergrund tritt. Im Monatsdurchschnitt des ersten Vierteljahres 1949 war die Ausfuhr von Fertigwaren um 22 v. H., die von Halbwaren um 42 v. H. höher als im Monatsdurchschnitt des zweiten Halbjahres von 1948, während sich die Rohstoffexporte nur noch um 4 v. H. erhöhten.

Die Einfuhr war demgegenüber im März etwas geringer als im Februar. Die Abnahme entfällt jedoch ganz auf die Einfuhr für den Ernährungssektor, die um 44 Mill. DM zurückging, während die gewerblichen Einfuhren um etwa 24 Mill. DM höher waren. Besonders stark war dabei die Zunahme der Einfuhr von Fertigwaren, während die Einfuhr von Rohstoffen den im Februar erreichten Stand zwar nicht ganz behauptete, mit rd. 147 Mill. DM aber noch immer mehr als die Hälfte der gesamten gewerblichen Einfuhr ausmachte. Im Vergleich zum zweiten Halbjahr 1948 war die gewerbliche Einfuhr im Monatsdurchschnitt des ersten Vierteljahres 1949 um mehr als 50 v. H. höher.

Obwohl also die Einfuhr des Vereinigten Wirtschaftsgebiets faktisch in starkem Anstieg begriffen ist, haben sich neuerdings Schwierigkeiten ergeben, alle Einfuhrmöglichkeiten, die Deutschland insbesondere auf Grund des Marshallplans geboten werden, auszunutzen. Die Lieferungen, für die die JEIA zum Teil schon vor Monaten die Einkäufe im Ausland getätigt hat, lassen sich jetzt, wo sie eintreffen, nicht mehr durchweg glatt absetzen, und auch die Neigung seitens der deutschen Importeure zu neuen Abschlüssen ist geringer als vielfach erwartet wurde. Das ist im Ausland mehrfach dahin gedeutet worden, daß Deutschland der Marshallplan-Hilfe in dem angebotenen Umfang gar nicht bedürfe und unter Umständen auch mit weniger auskommen könne.

Eine solche Interpretation geht jedoch völlig in die Irre. Deutschlands Lage ist noch immer

Außenhandel
Vereinigtes Wirtschaftsgebiet
in Mill. DM

	Einfuhr						Ausfuhr					
	Monats- durchschnitt		Jan. 1949	Febr. 1949	März 1949	Monats- durch- schnitt Jan./März 1949	Monats- durchschnitt		Jan. 1949	Febr. 1949	März 1949	Monats- durch- schnitt Jan./März 1949
	1 Halb- jahr 48	2. Halb- jahr 48					1. Halb- jahr 48	2. Halb- jahr 48				
Ernährungswirtschaft	124,5	179,6	147,0	219,0	174,8	180,2	4,6	3,5	12,4	8,8	8,2	9,8
Gewerbl. Wirtschaft	70,6	152,6	168,3	257,4	271,0	232,3	76,2	218,5	241,5	267,7	301,0	270,1
Rohstoffe	39,2	82,7	75,6	154,6	146,6	125,6	21,9	54,4	55,5	51,4	62,9	56,6
Halbwaren	24,3	51,2	65,3	67,2	68,3	67,0	23,6	66,8	81,2	96,1	106,2	94,6
Fertigwaren	7,1	18,7	27,4	35,6	56,1	39,7	30,7	97,3	104,8	120,2	131,9	118,9
Vorerzeugnisse	4,4	10,9	11,9	19,0	34,5	21,8	16,7	51,1	57,2	59,4	64,9	60,5
Enderzeugnisse	2,7	7,8	15,5	16,6	21,6	17,9	14,0	46,2	47,6	60,8	67,0	58,4
Insgesamt	195,1	332,2	315,3	476,4	445,8	412,5	80,8	222,0	253,9	276,5	309,2	279,9

so, daß es die Hilfe, die ihm das Ausland im Rahmen der jährlichen Hilfspläne zur Verfügung stellt, auch tatsächlich bis zum letzten Dollar braucht. Die Industrieproduktion des Vereinigten Wirtschaftsgebiets liegt auch heute noch um mehr als 10 v. H. unter dem Stand von 1936, obwohl die Bevölkerung dieses Gebietes gegenüber dem damaligen Stand um mehr als 20 v. H. gewachsen ist. Ebenso entspricht der in den letzten Monaten erreichte Stand der gewerblichen Einfuhr, je Kopf der Bevölkerung gerechnet, dem Volumen nach erst etwa 75 v. H. der betreffenden Einfuhren von 1936. Die Einfuhren für die Ernährungswirtschaft liegen demgegenüber im ersten Vierteljahr 1949 je Kopf der Bevölkerung zwar um gut ein Drittel über dem entsprechenden Einfuhrvolumen von 1936, aber die aus inländischer Erzeugung plus Einfuhr für das laufende Jahr verfügbare Gesamtmenge an Agrarprodukten ist je Kopf der Bevölkerung noch immer um etwa ein Drittel niedriger als in der Vorkriegszeit. Da die Verringerung der inländischen Agrarproduktion ganz überwiegend darauf zurückzuführen ist, daß an landwirtschaftlicher Nutzfläche je 100 Einwohner nur noch 26 ha zur Verfügung stehen gegenüber 41 ha im Jahre 1936, sind die Möglichkeiten, die Fehlmenge anders als durch Importe auszugleichen, auf längere Sicht eng begrenzt, ein Tatbestand, dem von der ECA auch insofern Rechnung getragen wird, als ungefähr zwei

Fünftel der im Rahmen des Marshall-Plans vorgesehenen Einfuhren auf Agrarimporte entfallen sollen.

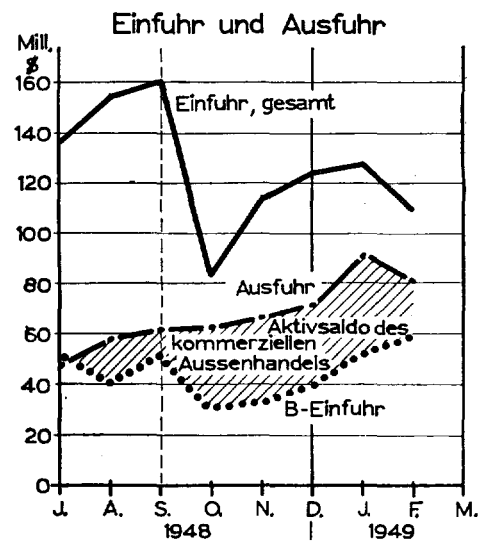
Wenn trotzdem neuerdings bei der reibungslosen Abwicklung der Einfuhrprogramme gewisse Schwierigkeiten aufgetaucht sind, so liegt das an einer Reihe von Sonderumständen, die zwangsläufig zu gewissen Klemmen geführt haben, mögen diese voraussichtlich auch nur vorübergehender Natur sein. Der westdeutsche Außenhandel wird nicht durch zwangswirtschaftliche Maßnahmen, mit deren Hilfe das Volumen der Ein- und Ausfuhren unter Umständen willkürlich erweitert oder beschränkt werden kann, bewerkstelligt, sondern er beruht, zumindest in bezug auf die internen Dispositionen, weitestgehend auf privatwirtschaftlicher Initiative und Mitwirkung. Verschiedene Faktoren stellen nun aber die Importeure vor Aufgaben, denen vermutlich keine auf dem Prinzip der freien Marktwirtschaft basierende Wirtschaft ohne weiteres gewachsen wäre.

Von ganz besonderer Bedeutung ist zunächst, daß die deutsche Wirtschaft gegenwärtig gezwungen ist, in verhältnismäßig kurzer Zeit Einfuhrgüter in einem Umfang aufzunehmen, der über die Verarbeitungsmöglichkeiten dieser Periode teilweise weit hinausgeht. Das erklärt sich daraus, daß in den ersten Monaten nach der Währungsreform, in denen infolge der rasch

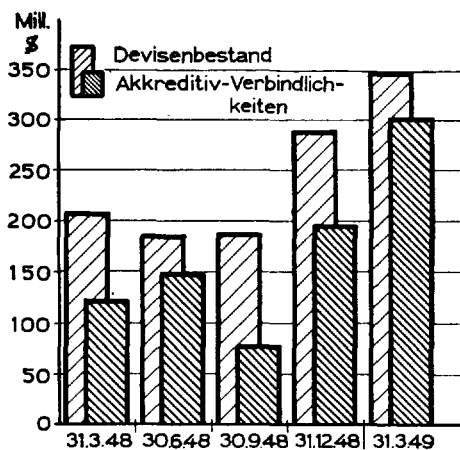
wachsenden Produktion und Kaufkraft Einfuhren dringend erforderlich gewesen wären, nur sehr beschränkte Devisenbudgets zur Verfügung gestellt wurden, so daß nunmehr ein großer Teil der Einfuhren, die eigentlich schon früher hätten stattfinden sollen, binnen weniger Wochen nachzuholen ist. Das gilt sowohl für die kommerzielle Einfuhr wie für die Marshallplan-Einfuhren. Im Bereiche seines kommerziellen Außenhandels hat das Vereinigte Wirtschaftsgebiet Monate hindurch einen Aktivsaldo aufgewiesen, d. h. die ihm aus der Ausfuhr zur Verfügung stehenden Devisen sind trotz des dringlichen Bedarfs, der namentlich im Herbst bestand, nur zum Teil für Importe eingesetzt worden. Zurückzuführen war das auf das außerordentlich langwierige seinerzeitige Einfuhrverfahren. Von der Festlegung des Einfuhr-Solls und der Einzelplanung über die erforderlichen Genehmigungen und die Spezifizierung der Aufträge bis zur Tätigkeit der JEIA-Einkäufer und dem Ablauf der Lieferfristen ergaben sich in der Regel Durchlaufzeiten von vielen Monaten. So kam es, daß Anfang Oktober 1948 trotz des damals bereits weitgehenden Verbrauchs der Lagervorräte der verfügbare Devisenbestand nur zu 41 v. H. durch eingegangene Verpflichtungen für laufende Akkreditive ausgenutzt war, während dieser Ausnutzungsgrad noch im Zeitpunkt der Währungsreform 80 v. H. betragen hatte. Insgesamt sind nach der JEIA-Statistik infolge dieser divergierenden Entwicklung zwischen Exporten und B-Importen in der Zeit von Juli 1948 bis Februar 1949 (spätere Zahlen liegen noch nicht vor) Devisenüberschüsse im kommerziellen Außenhandel in Höhe von nicht weniger als rd. 175 Mill. Dollar entstanden. Erst in letzter Zeit haben sich die Akkreditive stärker an den Devisenbestand angeglichen, so daß schon im kommerziellen Außenhandel in der nächsten Zeit mit steigenden Einfuhren zu rechnen ist.

Noch größere Einfuhrrückstände haben sich bei den Marshallplan-Einfuhren ergeben. Die Marshallplan-Hilfe für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet sollte in der Zeit von April 1948 bis März 1949 ursprünglich 414 Mill. Dollar betragen. Durch verschiedene Erhöhungen und Streichungen hat sich diese Planziffer bis zum

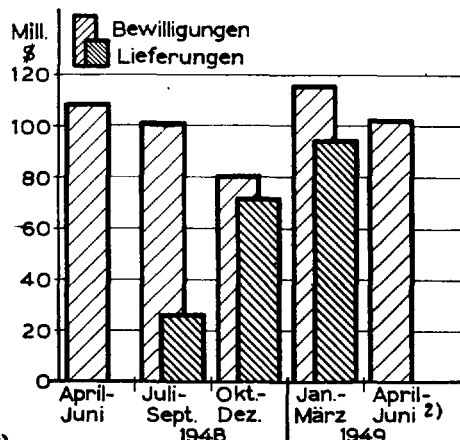
Zur Entwicklung des Aussenhandels des Vereinigten Wirtschaftsgebietes



Devisenbestand und Akkreditiv-Verbindlichkeiten



Marshallplan 1948/49¹⁾



¹⁾ Ohne Berücksichtigung zu empfangender und abzugebender drawing rights (96,8 bzw. 82,6 Mill. \$)
²⁾ vorläufig

BdL

31. März 1949 auf 408,3 Mill. Dollar verringert. Für die Monate April bis Juni 1949, das sogenannte „5. Vierteljahr des ersten Marshallplan-Abschnitts“, sind vorläufig weitere 102,9 Mill. Dollar vorgesehen. Nach Abzug der gegebenenfalls zu gewährenden Ziehungsrechte in Höhe von 82,6 Mill. Dollar bzw. der dafür zugeteilten „Conditional Aid“ soll die direkte Marshallplan-Hilfe für die Gesamt-Periode von April 1948 bis Juni 1949 428,6 Mill. Dollar betragen. Außerdem hat das Vereinigte Wirtschaftsgebiet bei entsprechenden Einfuhrüberschüssen einen Anspruch an europäische Länder in Form von Ziehungsrechten in Höhe von 98,6 Mill. Dollar, die, da sie ihrer wirtschaftlichen Bedeutung nach einen Deviseneingang darstellen, zu der direkten Hilfe hinzuzurechnen sind. Insgesamt ergibt sich dann für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet von April 1948 bis zum 30. Juni 1949 eine Marshallplan-Hilfe in Höhe von 527,2 Mill. Dollar.

Statt daß sich nun aber die auf Grund dieser Hilfe möglichen Einfuhren einigermaßen gleichmäßig verteilen, sind auch hier ganz erhebliche Lieferungsverzögerungen eingetreten. Wieder ist die Ursache dafür in der äußerst langwierigen Abwicklung zu suchen. Infolge des bürokratischen Importverfahrens und der Unsicherheit des Zustandekommens endgültiger Abschlüsse war es bis Ende des vorigen Jahres zumindest bei internationalen Mangelwaren vielfach schwierig, Lieferanten für ECA-Aufträge zu finden. Wegen dieser und ähnlicher von ihm selbst nicht verschuldeter Verzögerungen hat das Vereinigte Wirtschaftsgebiet bisher nur einen relativ geringen Teil der ihm in Aussicht gestellten Hilfe faktisch erhalten. Die bis zum 31. März 1949 eingegangenen ECA-Lieferungen beliefen sich auf 193,8 Mill. Dollar, während nach den im Programm vorgesehenen Abnahmetermenin für diesen Zeitraum Lieferungen in Höhe von 334,8 Mill. Dollar vorgesehen waren. Gegenüber den tatsächlichen Lieferungen ergab sich also ein Defizit von 141,0 Mill. Dollar. Dieser Betrag muß, wie aus einer am 12. April d. J. bekanntgegebenen Bestimmung der ECA hervorgeht, bis zum 30. Juni 1949 hereingenommen werden, wenn er nicht verfallen soll. Mit einer Übertragung

der nicht verausgabten Beträge in das neue Haushaltsjahr der Vereinigten Staaten ist an sich nicht zu rechnen, sofern es sich nicht um Verzögerungen der Einfuhr als Folge unausgenutzter Ziehungsrechte handelt. Zu Lasten des laufenden Haushaltsjahrs der Vereinigten Staaten verbleibt aber außerdem noch ein Restposten in Höhe von 73,5 Mill. Dollar, der, dem vorläufigen Programm nach, vom Vereinigten Wirtschaftsgebiet ebenfalls bis auf einen Betrag von 11,6 Mill. Dollar bis zur Jahresmitte hereingenommen werden soll. Endlich sind für das zweite Quartal 1949 noch Lieferungen in Höhe von 53,6 Mill. Dollar vorgesehen, die zu Lasten des nächsten amerikanischen Haushaltsjahres gehen sollen und für die am 31. März 1949 noch keine ECA-Genehmigungen ausgestellt waren. Müßte das Vereinigte Wirtschaftsgebiet alle diese Lieferungen, wenn sie nicht verfallen sollen, bis zum 30. Juni 1949 aufnehmen, so wären allein im Rahmen des Marshall-Plans Einfuhren in Höhe von rd. 255 Mill. Dollar zu tätigen, d. h. etwa die Hälfte dessen, was nach den eigentlichen Planziifern in der Gesamtperiode von April 1948 bis Juni 1949 aufgenommen werden sollte.

Ein derart stoßweises Einfuhrangebot stellt die Importeure begreiflicherweise vor sehr schwere Aufgaben. Die Lage ist um so komplizierter, als die Preise sowohl auf dem Weltmarkt als auch im Inland seit einiger Zeit stark rückläufig sind und es für den Importeur infolgedessen ein erhebliches Risiko bedeutet, nunmehr eine beträchtliche Menge an Waren zu importieren, mit deren Absatz nur im Verlauf einer längeren Frist gerechnet werden kann. Auch dadurch, daß das Warenangebot durch Handelsvertragsverpflichtungen teilweise schon vor längerer Zeit seiner Struktur nach festgelegt worden ist und daß sich die Verbrauchsgewohnheiten in Deutschland inzwischen stark geändert haben und noch ändern, wird es gegenwärtig außerordentlich erschwert, die umfangreichen Einfuhrkontingente reibungslos unterzubringen. Zweifellos wäre die Aufgabe wesentlich einfacher, wenn das Vereinigte Wirtschaftsgebiet die ihm eröffneten Einfuhrmöglichkeiten in einem längeren Zeitraum ausnutzen könnte.

Selbstverständlich werden aber auch so alle Anstrengungen gemacht werden, um keine Einfuhrmöglichkeiten verfallen zu lassen, sofern die Waren, die Westdeutschland auf diese Weise beziehen kann, seiner Wirtschaft auch nur einigermaßen von Nutzen sein können. Die zuständigen Stellen erwägen bereits, wie das Preis- und Absatzrisiko durch Bürgschaften angemessen verteilt und wie die für so umfangreiche Einfuhren erforderliche Kredithilfe bereitgestellt werden könnte. Man geht dabei von der richtigen Erkenntnis aus, daß, wenn der erfreuliche Produktionsanstieg, der seit der Währungsreform zu verzeichnen ist, anhält, die umfangreicheren Lagervorräte, die jetzt vielleicht gebildet werden müssen, ohne weiteres Verwendung finden, ja wahrscheinlich sogar unentbehrlich sein werden. Eine gewisse Rohstoffreserve kann der deutschen Wirtschaft auch schon deshalb erwünscht sein, als bei der scharfen Konkurrenz, der die deutsche Ausfuhr auf dem Weltmarkt allenthalben begegnet, keine Gewähr dafür gegeben ist, daß sich der Deviseneingang des Wirtschaftsgebiets in gleicher Weise erhöht wie bisher. Die Ausfuhr hat mit dem im März erreichten Stand zwar eine Jahresrate von reichlich 1 Mrd. Dollar erreicht, sie liegt damit aber noch immer um fast 2 Mrd. Dollar unter dem im long term-Plan für das Jahr 1952/53 gesteckten Ziel. Es wird erheblicher Investitionen, die Deutschland im erforderlichen Zeitraum und Ausmaß nicht ohne fremde Hilfe vornehmen kann, bedürfen, um die Exportindustrien so zu rationalisieren, daß sie die ihnen gestellten Aufgaben erfüllen können.

Was die Geldbewegungen im Auslandsgeschäft anbelangt, so führten die steigenden Einfuhren im März zu einer weiteren beträchtlichen Erhöhung der Einzahlungen von seiten der Importeure bei der Bank deutscher Länder. Der auf die kommerziellen Importe entfallende Anteil erhöhte sich im 1. Vierteljahr 1949 auf 42 v. H. gegenüber 37 v. H. im 4. Vierteljahr 1948 und 23 v. H. im 3. Vierteljahr 1948.

Im Zusammenhang mit dem ständig steigenden Export haben sich die Auszahlungen an die Exporteure gleichfalls weiter erhöht. Auch die sonstigen Auszahlungen, die auf Weisung der Militärregierungen zu Lasten der Gegen-

Einzahlungen der Importeure in Mill. DM

Im Monatsdurchschnitt bzw. Monat 1948/49	GARIOA-, ERP- und STEG-Importe	B-Im- porte	Importe insgesamt
Juli - September	171,5	52,3	223,8
Oktober - Dezember	182,3	109,2	291,5
Januar - März	229,1	167,9	397,0
Januar	184,3	132,4	316,7
Februar	224,7	152,8	377,5
März	278,3	218,5	496,8

werte für deferred imports erfolgen, erreichten im März den bisherigen Monatshöchststand seit Bestehen der Bank. Insgesamt waren, wie in den Vormonaten, so auch im März, die Auszahlungen über die Konten zur Abwicklung des Auslandsgeschäfts der Bank deutscher Länder höher als die Einzahlungen. Der Auszahlungsüberschuß, also die Kreditausdehnung über die Auslandskonten, erhöhte sich um rd. 60 Mill. DM.

Die Beteiligung des Vereinigten Wirtschaftsgebiets am Europa-Clearing war weiterhin dadurch gekennzeichnet, daß zur Verfügung stehende Ziehungsrechte im großen Umfange unausgenutzt blieben und insoweit die Möglichkeit devisenfreier Importe entfiel. Nach der gegen Mitte März für den Stand vom 28. Februar 1949 durchgeführten Kompensation waren gewährte Ziehungsrechte erst im Betrage von 15 Mill. Dollar realisiert, d. h. das Vereinigte Wirtschaftsgebiet konnte bis dahin nur über 15,2 v. H. der ihm bis zum 30. Juni 1949 zugestandenen Ziehungsrechte verfügen. Für die Gesamtheit der übrigen Partnerländer betrug der entsprechende Anteilsatz dagegen 47,4 v. H.

Die Ursachen dieser für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet ungünstigen Situation — in der französischen Zone sind die Verhältnisse nur wenig günstiger — liegen in erster Linie darin, daß sich die westdeutschen Importe nach Umfang und Herkunftsland wesentlich anders entwickelt haben, als beim Abschluß des Pariser Zahlungsabkommens geplant und in den bilateralen Handelsverträgen festgelegt war. Hinzu kommt, daß auch in Fällen, in denen bei gegebenen Einfuhrüberschüssen im erforderlichen Umfange Ziehungsrechte zur Verfügung stan-

den, ihre Benutzung daran scheiterte, daß die sich ergebenden Schuldsalden im Wege von Kompensationen ersten Grades mit Forderungen an andere Partnerländer verrechnet wurden. Nach dem Grundsatz: Erst Kompensation, dann Ziehungsrechte, der in der „Directive to the Agent“ festgelegt ist, hat die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel als Agent für den intereuropäischen Zahlungsausgleich bis Ende Februar 1949 15,2 Mill. Dollar kompensiert, die andernfalls dem Vereinigten Wirtschaftsgebiet in der Form von Ziehungsrechten zugute gekommen wären.

Hinsichtlich der vom Vereinigten Wirtschaftsgebiet anderen Ländern zur Verfügung zu stellenden Ziehungsrechte verlief die Entwicklung wesentlich anders. Der Gesamtbetrag an Ziehungsrechten, der von den Partnerländern in den Monaten Oktober 1948 bis Februar 1949 ausgenutzt werden konnte, belief sich auf 42 Mill. Dollar. Damit ist über die Hälfte der Ziehungsrechte, die 5 europäischen Ländern bis zum 30. Juni 1949 als Anspruch gegen das Vereinigte Wirtschaftsgebiet zugestanden waren, bereits verfügt. Dieser Gesamtbetrag wurde nämlich durch einen Beschluß der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC) von Ende März d. J. von ursprünglich 108,8 Mill. auf 82,6 Mill. Dollar herabgesetzt. Bei diesem Beschluß handelte es sich darum, bestimmte Lieferungen, die bereits vor Abschluß des Pariser Zahlungs- und Kompensationsabkommens vom 16. Oktober 1948 getätigt und wegen ihrer Dringlichkeit für den Wiederaufbau zunächst durch die ECA finanziert waren, nachträglich in das Europa-Clearing einzubeziehen. Die Regelung bedeutet für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet, daß ihm 26,2 Mill. Dollar effektiv verbleiben an Stelle von ECA-Hilfe in gleicher Höhe, die sonst durch Inanspruchnahme der Ziehungsrechte wirksam geworden wäre.

Beschäftigung, Produktion und Absatz

Der Anstieg der Arbeitslosigkeit, deren Entwicklung noch immer mit besonderer Sorge verfolgt wird, hat sich im März und, soweit sich das übersehen läßt, auch im April verlangsamt. Im gesamten Währungsgebiet ist die Zahl der Arbeitslosen im März nur noch um

96 000 gegenüber 111 000 im Februar und 203 000 im Januar gestiegen. Im Vereinigten Wirtschaftsgebiet allein betrug die Zunahme nur noch 90 000 gegen 104 000 im Februar und 195 000 im Januar. Bis Mitte April sind in allen drei Zonen weitere 45 000 Arbeitslose hinzugekommen. Diese Zunahme ist verhältnismäßig gering, da sich in einer Periode zunehmender Arbeitslosigkeit die Entlassungen am Ende eines Kalendervierteljahr gewöhnlich häufen. In Bayern, wo der winterliche Anstieg besonders stark war, ist die Zahl der Arbeitslosen in der ersten April-Hälfte sogar bereits um knapp 4 000 gesunken; bei den Männern allein war der Rückgang noch stärker. Bei all dem ist jedoch zu berücksichtigen, daß saisonmäßig die Arbeitslosigkeit seit März eigentlich sinken sollte. Daß das nicht der Fall ist, zeigt, daß sich die Frühjahrsbelebung gegenüber den Faktoren, die auf eine Minderung der Beschäftigung hindrängen, bisher kaum durchzusetzen vermochte.

Obwohl diese Entwicklung keineswegs leicht genommen werden darf, sondern im Gegenteil ein deutliches Zeichen für die Labilität der Lage darstellt, können doch nicht alle Faktoren, die gegenwärtig den Arbeitsmarkt belasten, als depressiv bezeichnet werden. Zunächst ist der Anstieg der Arbeitslosigkeit nur zum Teil mit einer entsprechenden Abnahme der Beschäftigung verknüpft. Im Vereinigten Wirtschaftsgebiet ist jedenfalls die Zahl der unselbständig Beschäftigten zwischen Dezember 1948 und März 1949 nur um rund 255 000 zurückgegangen, während die Zahl der Arbeitslosen um rund 390 000 gestiegen ist. In der französischen Zone hat sich die Zahl der Arbeiter, Angestellten und Beamten von Dezember bis März sogar um 3 600 erhöht, obwohl die Arbeitslosigkeit im gleichen Zeitraum um mehr als 20 000 zugenommen hat. Außer durch einen wohl nur geringfügigen Zugang an Arbeitslosen aus dem Kreis der Selbständigen erklärt sich der neuere Anstieg der Arbeitslosigkeit zu einem nicht unerheblichen Teil also daraus, daß eine beträchtliche Zahl von bisher nicht Erwerbstätigen in den letzten Monaten gezwungen war, sich um eine Arbeit zu bemühen. In noch höherem Grade war das in der gesamten Periode seit der Währungsreform der Fall: Gegenüber dem da-

Die Arbeitslosigkeit im westdeutschen Währungsgebiet

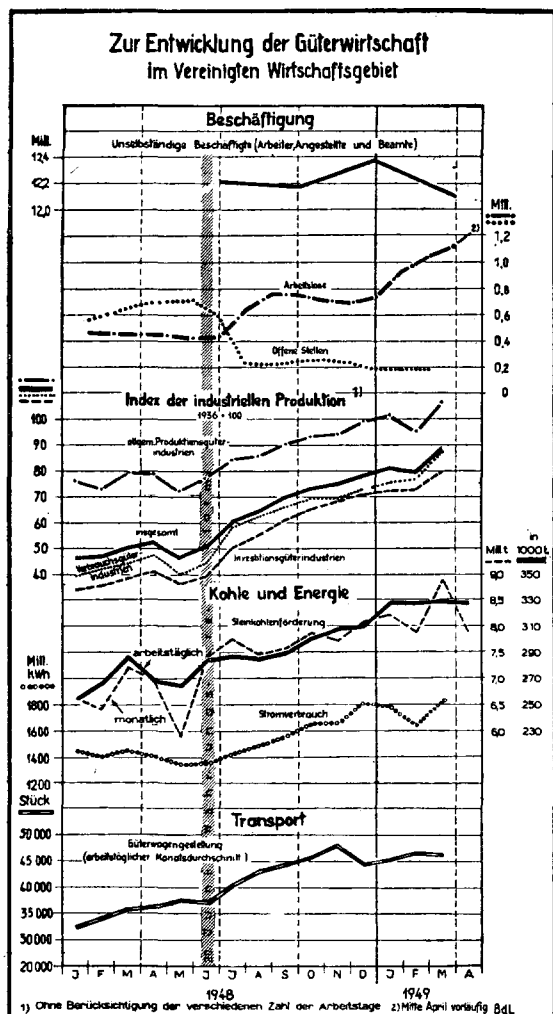
Gebiet	1948			1949				Mitte April in v. H. der Arbeiter, Angest. u. Beamten
	Mai	August	Dezember	Januar	Februar	März	April (Mitte)	
	in 1000							
Bayern	148,0	270,0	227,1	300,8	340,5	364,7	360,9	13,1
Württemberg-Baden	28,1	31,7	25,0	33,7	39,5	44,5	46,9	3,9
Hessen	40,6	65,1	61,1	79,4	89,0	98,9	99,4	7,6
Bremen	8,7	10,4	11,5	13,5	14,7	15,5	16,7	7,2
Nordrhein-Westfalen	125,3	157,1	106,2	124,6	127,4	139,7	159,5	3,8
Niedersachsen	57,7	123,4	171,0	213,2	236,9	259,9	271,6	13,0
Schleswig-Holstein	18,6	81,7	114,8	140,6	155,4	170,4	179,3	21,5
Hamburg	12,1	28,8	26,2	32,0	34,8	38,5	42,2	6,8
Vereinigtes Wirtschaftsgebiet	439,1	768,2	742,9	937,8	1038,2	1132,1	1176,5	8,8
Baden	3,0	4,3	4,3	4,9	5,0	5,8	6,0 ^{*)}	1,7
Württemberg-Hohenz.	1,1	2,3	2,0	2,2	2,9	4,3	4,5	1,4
Rheinland-Pfalz	5,0	9,5	10,4	18,0	22,8	27,0	27,2	3,7
Französische Zone	9,1	16,1	16,7	25,1	30,7	37,1	37,7	2,7
3 Westzonen	448,2	784,3	759,6	962,9	1068,9	1169,2	1214,2	8,3

^{*)} geschätzt.

maligen Stand ist nämlich die Zahl der unselbstständig Beschäftigten im Währungsgebiet bis Ende März nur um 13 600 gesunken, während sich die Arbeitslosenzahl um 718 200 erhöht hat. Der Mangel an Wohnraum an den Stellen, wo vielleicht noch Arbeitsbedarf bestünde, erschwert außerordentlich die Eingliederung aller neu sich meldenden Arbeitskräfte, vor allem auch aus Flüchtlingskreisen. Das ist auch einer der Gründe dafür, daß trotz der Arbeitslosigkeit teilweise noch Arbeitermangel besteht. Die Zahl der offenen Stellen bei den Arbeitsämtern beträgt jedenfalls noch mehr als 170 000, womit sie nur um rund 28 000 unter dem Stand von Dezember 1948 liegt. Ferner ist zu berücksichtigen, daß sich die Arbeitslosigkeit zum Teil aus dem wachsenden Zwang zur Rationalisierung, d. h. zu einer sparsameren Verwendung auch des Faktors Arbeitskraft, erklärt. Könnten die auf diese Weise Freigesetzten auch auf die Dauer nicht wieder in den Arbeitsprozeß eingegliedert werden, so wäre das gewiß kein voller Erfolg der Rationalisierung, da diese ja nicht nur zu einer privatwirtschaftlichen Kostensenkung, sondern auch zu einer Produktionssteigerung führen soll. Aber zweifellos benötigen solche Umschichtungen Zeit,

so daß eine gewisse Fluktuations-Arbeitslosigkeit wohl unvermeidlich ist.

Gerade im Hinblick auf diese Entwicklung bedeutet es eine gewisse Beruhigung, daß die industrielle Produktion im März sich im ganzen genommen auf dem im Februar erreichten Stand gehalten hat. Der von der Verwaltung für Wirtschaft berechnete Produktionsindex (1936 = 100) liegt für den März sogar bei 89 gegenüber 80 im Februar; aber diese Erhöhung kommt lediglich daher, daß der März drei Arbeitstage mehr aufwies. Arbeitstäglich hat also die Produktion nur das Niveau behauptet, das sie im Februar erreicht hatte. Besonders günstig war diesmal die Entwicklung der Verbrauchsgüterindustrien, die, zum großen Teil wohl unter dem Einfluß der wesentlich verbesserten Rohstoffversorgung, nicht nur im Monatsergebnis, sondern auch arbeitstäglich eine leichte Produktionssteigerung aufweisen. Aber auch die Investitionsgüterindustrien haben im allgemeinen keineswegs schlecht abgeschnitten, obwohl die Schwierigkeiten der Investitionsfinanzierung hier die Lage besonders kritisch machen. Auf der andern Seite ist freilich bei der Entwicklung der industriellen Produktion,



ebenso wie bei der der Arbeitslosigkeit, zu berücksichtigen, daß im März an sich eine saisonmäßige Belebung fällig gewesen wäre und daß diese offenbar in den meisten Bereichen ausgeblieben ist.

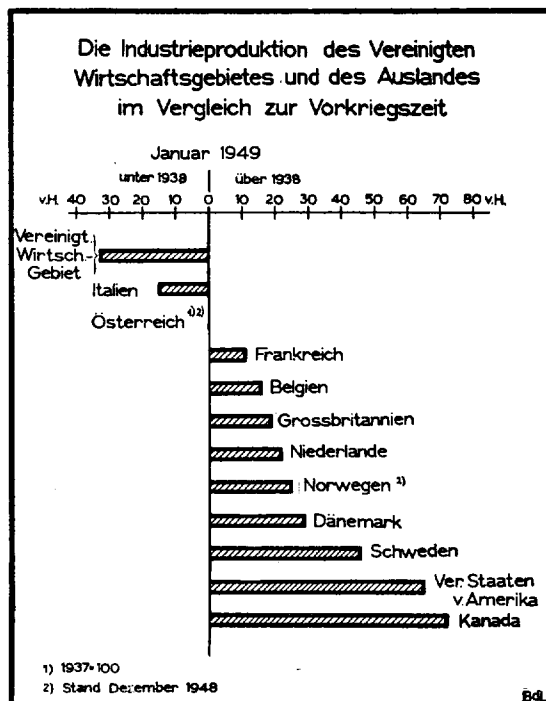
Die Ursachen dieser relativen Stagnation der Industrieproduktion sind nach wie vor sehr verschieden. Zunächst einmal spielen einige Versorgungsengpässe weiter eine gewisse Rolle. Die Rohstoffversorgung hat sich dank der hohen Einfuhren neuerdings zwar im allgemeinen erheblich gebessert, und auch die Stromversorgung ist im März wesentlich günstiger gewesen als in den Vormonaten. Aus einer ganzen Reihe von Industriezweigen wird jedoch berichtet, daß die Kohlenbelieferung mit der Erzeugung nicht Schritt hält und daß bei reichlicherer Kohlenzufuhr eine höhere Produktion möglich gewesen wäre. Die Steigerung der Kohlenför-

derung, die sich arbeitstäglich seit Beginn des Jahres kaum mehr verändert hat, ist also zweifellos eine der dringlichsten Aufgaben der gegenwärtigen Produktions- und Investitionspolitik.

Wie weit Absatzschwierigkeiten die Produktion der letzten Wochen gehemmt haben, läßt sich schwer übersehen. Die Vfw berichtet, daß im allgemeinen bisher noch wenig auf Lager gearbeitet würde, daß aber die Auftragsgänge unter dem laufenden Produktionsniveau lägen. Ein großer Teil der Industrie zehrt also noch immer von dem verhältnismäßig hohen Auftragsbestand, der in der Zeit der Hausse angesammelt worden ist. An den Verbrauchsgütermärkten scheint sich — begünstigt durch das Frühjahrswetter und das im allgemeinen recht befriedigende Ostergeschäft — in letzter Zeit zwar eine gewisse Belebung der Umsätze angebahnt zu haben, die zweifellos auf die Industrie zurückwirken wird. Auf der andern Seite ist jedoch nicht zu übersehen, daß gewisse Verbrauchsgüterindustrien vor tiefer wurzelnden Absatzschwierigkeiten stehen, die namentlich damit zusammenhängen, daß das — vor allem durch die bessere Rohstoffversorgung ermöglichte — reichlichere Warenangebot beim Konsumenten Qualitätswünsche hervorgerufen hat und rechtfertigt, die gewisse Produkte, die in der Zeit des allgemeinen Mangels mühelos einen Markt fanden, nunmehr zu den bisherigen Bedingungen unabsetzbar machen. Auf die Nöte dieser Industrien gehen die Klagen über Absatzschwierigkeiten wohl weitgehend zurück. Hier handelt es sich aber um einen unvermeidlichen Anpassungsprozeß, der durch Durchhaltecredite u. dgl. nicht verzögert werden darf, sondern durch drastische Preissenkungen zum Zwecke der Lagerräumung und selbstverständlich auch gewisse Produktionsumstellungen so rasch wie möglich zu Ende geführt werden muß. Auch die Zurückhaltung der Käufer, über die manche Industrien klagen, wird — soweit sie nur auf der Erwartung günstigerer Kaufgelegenheiten beruht. — um so rascher schwinden, je mehr man sich durch eine Umstellung der Produktion und in der Preisgestaltung dem Bedarf, den Qualitätswünschen und der Einkommenslage der

Verbraucher anpaßt. Dabei ist sicher auch die Preisgabe eines erheblichen Teils der bisherigen „Luxus-Produktion“, soweit sie für den inneren Markt bestimmt war, unvermeidlich. Der Luxuskonsum, der infolge der hohen, durch die Preishausse erwachsenen Gewinne zunächst auch nach der Währungsreform noch eine ziemlich große Bedeutung behalten hatte, befindet sich seit einiger Zeit merklich im Rückgang, zumal die Schrumpfung des schwarzen Marktes und vielleicht auch eine schärfere steuerliche Erfassung gewisse Einkommensspitzen beschneidet und damit eine etwas gleichmäßigere Verteilung der Einkommen herbeiführt.

Geht neuerdings die gesamte Entwicklung besonders in der Verbrauchswirtschaft immer stärker in die Richtung von „Käufermärkten“, so darf dabei allerdings nicht übersehen werden, daß die Grundlage dieser neuen Marktkonstellation eine außerordentlich niedrige Kaufkraft breitester Käuferschichten ist. Daß der allgemeine Versorgungsstand trotz der hier und da hervortretenden Symptome einer scheinbaren Überfülle noch immer außerordentlich unbefriedigend ist, geht schon daraus hervor, daß die Produktion des westdeutschen Wirtschaftsgebiets, ungeachtet der seit der Währungsreform erzielten Fortschritte, nach wie vor beträchtlich unter dem Vorkriegsstand liegt. Deutschlands Lage unterscheidet sich in dieser Hinsicht wesentlich von der wohl aller übrigen europäischen Länder, wie das nebenstehende Schaubild zeigt. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß sich die Bevölkerung des Vereinigten Wirtschaftsgebiets durch die Aufnahme von etwa 8 Millionen heimatvertriebenen Deutschen um rd. 22 v. H. erhöht hat, so daß je Kopf der Bevölkerung die Industrieproduktion sogar noch um 30 v. H. hinter dem Stande von 1936 und um mehr als 40 v. H. hinter dem von 1938 zurückbleibt. Würde man die französische Zone in die Berechnung einbeziehen, so wäre der Unterschied noch krasser, da der Produktionsanstieg dort schwächer war als in der britischen und amerikanischen Zone. Auch die Ziffern für ein wichtiges Spezialgebiet, nämlich Textilien und Bekleidung, zeigen, mit einem wie geringen Versorgungsstand die Bevölkerung im ganzen genommen noch auf längere Zeit hin



wird rechnen müssen. Vor dem Krieg betrug der Verbrauch an Textilrohstoffen je Kopf der Bevölkerung 14 bis 15 kg jährlich, wovon reichlich die Hälfte auf Bekleidung entfiel. Für 1948/49 sind insgesamt knapp 7 kg, für 1949/50 rund 10 kg je Kopf vorgesehen. Der Bekleidungsanteil soll dabei jedoch bis auf wenig mehr als ein Drittel gesenkt werden. Selbst für 1952/53, das Schlußjahr des Marshallplans, ist für Bekleidungs- und ähnliche Zwecke je Kopf der Bevölkerung ein Textilrohstoffverbrauch von nur 5 kg in Aussicht genommen.

Wenn marktwirtschaftlich betrachtet dennoch die Periode der ausgesprochenen „Knappheitsmärkte“ überwunden zu sein scheint, so liegt das daran, daß nicht nur die augenblickliche Zurückhaltung der Käufer, sondern auch der im Vergleich zu den Preisen nach wie vor sehr niedrige Stand der Einkommen die Nachfrage beschränkt. In diesem Zusammenhang ist vor allem auf die außerordentlich breite Bevölkerungsschicht zu verweisen, deren Einkommen kaum ausreicht, um die allernötigsten Bedürfnisse einer einfachen Existenzbehauptung zu befriedigen. Von dem Umfang, den diese Schicht allein im Vereinigten Wirtschaftsgebiet hat, gibt etwa folgende Aufstellung einen Eindruck:

Sozialrentner (mit Familienangehörigen)	etwa 3 Mill.
Fürsorgeempfänger (Barunterstützungen)	„ 3 „
Kriegsversehrte und Kriegshinterbliebene (mit Familienangehörigen)	„ 2 „
Unterstützte Arbeitslose	über 0,7 „

Insgesamt fast 9 Millionen, das ist etwa ein Fünftel der Bevölkerung, einschließlich der den nicht aufgeführten Familienangehörigen sogar noch mehr, sind also in dieser oder jener Form auf öffentliche Unterstützungen angewiesen, und zwar auf Unterstützungen, deren an sich schon geringer Betrag in seiner Realkaufkraft durch den Preisanstieg im letzten Halbjahr 1948 noch beeinträchtigt worden ist. Dabei sind nicht einmal jene vermögens- und einkommenslos Gewordenen berücksichtigt, die nicht der öffentlichen Fürsorge zur Last fallen, sondern von privaten Zuwendungen leben. Das Schicksal aller dieser „Stiefkinder der Erholung“ bildet zweifellos ein ernstes soziales Problem Westdeutschlands und darf niemals übersehen werden, wenn man die an sich erfreuliche Entspannung der Märkte in den letzten Monaten beurteilt.

Preise und Löhne

Die Anpassung der Preise an die gegebenen Absatzverhältnisse hat in den letzten Wochen weitere Fortschritte gemacht. Nach Beobachtungen des Statistischen Amtes für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet gilt dies besonders für die erste Märzhälfte, in der die Einzelhandelspreise am regulären wie am schwarzen Markt stärker gesunken sind als jemals seit der Währungsreform. Von fast 1 000 Preisen sind 32 v. H. gefallen, 55 v. H. gleichgeblieben und nur 13 v. H. gestiegen. Die Preiserhöhungen erklären sich teils aus saisonmäßigen Gründen (so bei Gemüse, Obst), teils aus Preiserhöhungen auf den Vorstufen. In der zweiten Märzhälfte und im April sind die Preisnachlässe, zum Teil wohl unter dem Einfluß der saisonmäßigen Umsatzbelebung, geringer geworden; doch hält der Preisdruck im allgemeinen weiter an.

Vielleicht ist aber die statistisch erfaßte Preissenkung, die sich immer auf den gleichen

Warenkreis bezieht, im gegenwärtigen Stadium nicht einmal das Entscheidende. Für die Lebenshaltung spielt eine mindestens ebenso große Rolle die Ausdehnung der Sortimente im Handel, das Erscheinen neuer Waren und billigerer Preislagen am Markte und wohl auch die Qualitätserhöhung. Es vollzieht sich damit der umgekehrte Vorgang wie vor und während des Krieges, als eine ständige, nicht in den Preisindices zum Ausdruck kommende „Verteuerung“ zu verzeichnen war, indem die billigeren Sorten in steigendem Maße vom Markte verschwanden oder ohne große Umstände in die höheren Preisklassen eingeordnet wurden. Auf dem Gebiete der Bekleidung beispielsweise bedeutet es für den Konsumenten eine nicht unwesentliche Verbilligung, daß er nun an Stelle von Fertigwaren wieder Stoffe kaufen und diese selbst verarbeiten kann.

Dazu kommt, daß der schwarze Markt und die Bewirtschaftung ihre Bedeutung für die Versorgung mehr und mehr verlieren. Auf die Preisaufschläge, die bei Nichtabgabe von Marken für gewisse noch bewirtschaftete Erzeugnisse gefordert wurden, wird angesichts des wachsenden Warenangebots und des schleppenden Absatzes in steigendem Maße verzichtet; bei drohenden Verlusten durch Verderb und dgl. oder bei gelegentlich übermäßigem Warendruck wird ohne Beschränkung verkauft. Deutlich läßt sich in den letzten Wochen beobachten, daß sich die „gespaltenen“ Märkte auf weiten Gebieten wieder vereinigen. Verschwunden ist der Schwarzmarkt beispielsweise für Brot und Nahrungsmittel, weitgehend für Genußmittel, noch nicht dagegen für Fett, Fleisch und Zucker. Teilweise unterbietet bereits der schwarze Markt den regulären, da er keine Steuern zahlt und auch sonst in mancher Beziehung „billiger“ arbeitet.

Unter den dargelegten Umständen hat auch das Jedermann-Programm an unmittelbarer Bedeutung für die Gestaltung der Verbraucherpreise verloren. Gleichwertige Waren werden mehr und mehr außerhalb dieses Programms zu gleichen oder sogar niedrigeren Preisen angeboten. Auf die Durchführung des Jedermann-Programms für Porzellan, Fahrräder, Rundfunkgeräte, Nähmaschinen und Landmaschinen soll nunmehr ganz verzichtet werden, da die Pro-

duktion dieser Erzeugnisse rasch ansteigt und die Industrie selbst erhebliche Preisherabsetzungen teils vorgenommen, teils fest zugesagt hat. Im übrigen ist beabsichtigt, das Jedermann-Programm (für Textilien, Schuhe u. dgl.) ganz allgemein aus einem „Preisprogramm“ in ein „Qualitätsprogramm“ umzubilden. In dieser Form würde es durch eine Standardisierung wichtiger Waren überaus nützliche Dinge zu leisten imstande sein, indem es der Zersplitterung der Produktion auf eine übergroße Zahl von Artikeln, Ausführungen usw. entgegenwirkt, die Auflage von Groß-Serien in der Produktion fördert, die Kosten senken sowie die Qualitäts- und Preisforderungen miteinander verbinden hilft, mit einem Worte also der Rationalisierung dient.

Die Rationalisierung ist aber eine der dringlichsten Aufgaben schon der nächsten Zukunft, weil die Kostenlage der Betriebe unbefriedigender wird. Dem Druck auf die Fertigwarenpreise — seien es nun Einzelhandels-, Großhandels- oder Fabrikverkaufspreise — stehen steigende Preise gewisser Roh- und Grundstoffe gegenüber. In der Eisen- und Stahlindustrie müssen die importierten Erze jetzt zum 30 cts-Kurs abgerechnet werden, die Preise für inländische Erze sind erhöht worden (weil die Löhne im Erzbergbau gestiegen sind) und auch die Schrottpreise haben angezogen. Eine Produktionssteigerung, die zu einer nennenswerten Kostendegression führen könnte, ist in den meisten Betrieben dieser Industriezweige auch kaum mehr zu erwarten. Ferner droht die wachsende Kostenklemme des Kohlenbergbaus (strukturell steigende Förderkosten infolge zunehmender Tiefe der Schächte, noch immer niedrige Leistungen der Belegschaften¹⁾ u. a.) zu einer weiteren Erhöhung des Kohlenpreises zu führen, nachdem dieser erst im vorigen Jahre von 15,— auf 32,50 M erhöht worden ist. Auch in anderen Industriezweigen bereitet die Kosten-Erlös-Relation Sorgen: So sind beispielsweise die Fabrikverkaufspreise für Wollgewebe vergleichbarer Qualität etwa doppelt so hoch wie 1939, während die Rohwollpreise um mehr

als das Dreifache über dem damaligen Stand liegen. Generell wird die Lage dadurch charakterisiert, daß der Index der Großhandelspreise für Industriestoffe im März 1949 nur wenig (um rd. 3,5 v. H.) niedriger war als im Dezember 1948 (höchster Stand nach der Währungsreform). Dabei haben sich die meisten Grundstoffpreise kaum verändert. Einem drastischen Rückgang der Häutepreise steht eine Erhöhung bei Zink, Zellstoff und Kunstseide gegenüber.

Die mit dem Ablauf zahlreicher Tarifverträge trotz der erhöhten Arbeitslosigkeit in Gang gekommene Lohnbewegung hat sich in letzter Zeit verbreitert. An wichtigeren überregionalen Lohnerhöhungen ist bisher jedoch nur die auf den Schiedsspruch vom 15. April zurückgehende Erhöhung des Grundlohnes für Facharbeiter im Baugewerbe um 11 v. H. bekanntgeworden. Damit nehmen die Baukosten um 3 bis 4 v. H. zu. Greifen Lohnerhöhungen weiter um sich, so würde das angesichts der oben geschilderten Kostenentwicklung die Aussichten für weitere Preissenkungen im allgemeinen naturgemäß stark beeinträchtigen. Wie aus der folgenden Übersicht hervorgeht, liegen die realen Wochenverdienste der gewerblichen Arbeiter nach dem Lebenshaltungskostenindex des Statistischen Amtes für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet etwa um 8 v. H., nach dem des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften sogar um 30 v. H. unter dem Stande von 1938. Zu einem erheblichen Teil bringt diese Entwicklung aber nur die Senkung der Produktivität zum Ausdruck. Je Beschäftigten liegt nämlich die Industrieproduktion gegenwärtig noch immer um 32 v. H. unter dem Stand von 1936 (für 1938 sind keine Angaben verfügbar), je Arbeitsstunde vielleicht sogar noch etwas mehr. In den einzelnen Industriezweigen dürften allerdings die Verhältnisse sehr verschieden liegen — wie überhaupt derart globale Berechnungen im Einzelfall kaum etwas über die Berechtigung von Lohnforderungen besagen. Im allgemeinen aber deuten sie doch die Grenzen an, die der Lohnbewegung gesetzt sind, wenn sie nicht zu erneuten Preissteigerungen führen oder abträglich auf Produktion und Beschäftigung wirken soll. Wenn eine

¹⁾ Die durchschnittliche Schichtleistung im Steinkohlenbergbau an der Ruhr betrug je unter Tage Beschäftigten 1936 2,20 t, 1946 1,20 t und gegenwärtig 1,37 t.

stärkere allgemeine Lohnerhöhung nicht schon in kürzester Zeit durch Preissteigerungen in ihrer Wirkung auf das Realeinkommen zunichte gemacht werden und vor allem nicht die Kaufkraft derjenigen Schichten, die keine Erhöhung ihres Nominaleinkommens durchsetzen können (Rentner u. ä.), empfindlich beeinträchtigen soll, müßte sie jedenfalls von einer stärkeren Erhöhung der Leistungen begleitet sein. Bei der im Baugewerbe vorgenommenen Lohnerhöhung bestand auch bei den beiden Parteien Einigkeit darüber, daß teils durch Einführung der 48-Stunden-Woche, teils durch Ausbau des Systems der Leistungslöhne eine Erhöhung der Produktivität erzielt werden muß. Von welcher Seite man also die aktuellen Probleme der westdeutschen Wirtschaft auch anpacken mag — immer zeigt sich die Dringlichkeit der Rationalisierungsaufgabe.

Einkommen und Leistung

Stand Ende 1948; Veränderungen in v. H. gegenüber:

1938

Wochenverdienste gewerblicher Arbeiter (brutto; nominal) ¹⁾	+ 33
Indeziffer für die Lebenshaltungskosten des Statistischen Amtes für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet	+ 44
des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften mehr als	+ 90
im Mittel	rund + 70
Realeinkommen	
nach der Indeziffer für die Lebenshaltungskosten des Statistischen Amtes für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet	— 8
Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften	— 30
im Mittel	rund — 20
1936	
Produktivität:	
Produktion je Beschäftigten ²⁾	— 32
Produktion je Arbeitsstunde ³⁾	— 33

¹⁾ Berechnet für die britische Zone vom Wirtschaftswissenschaftlichen Institut der Gewerkschaften.

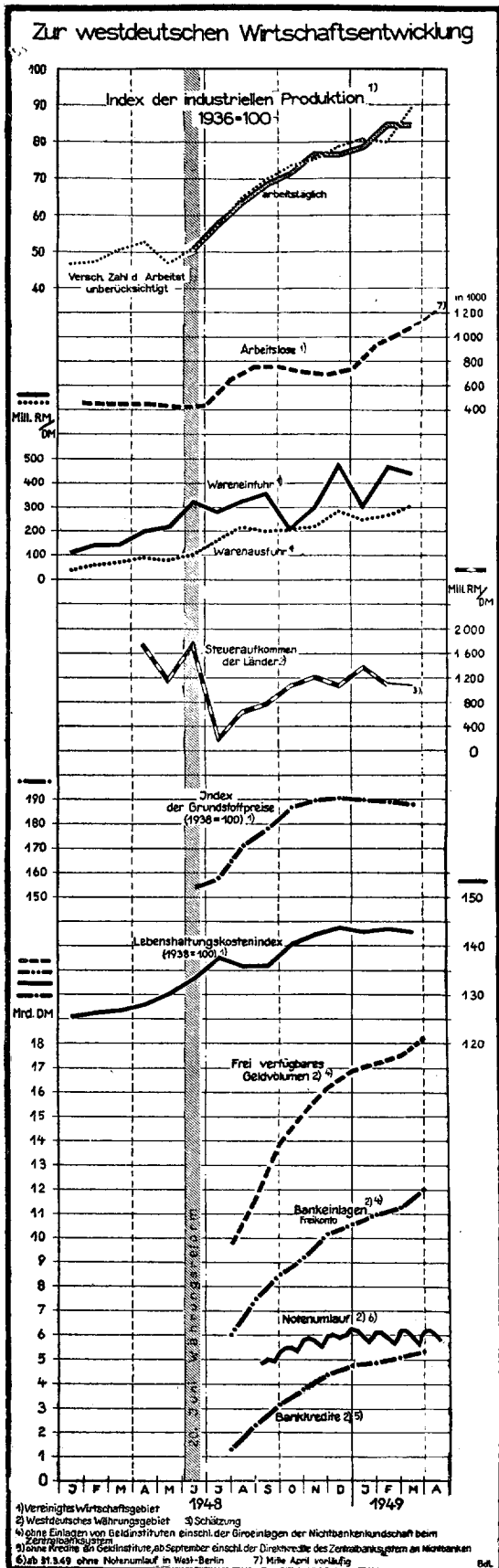
²⁾ Berechnet von der Bank deutscher Länder.

³⁾ Berechnet vom Statistischen Amt für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet.

Die Gesamtlage und das Problem der Investitionsfinanzierung

Versuchen wir abschließend die wichtigsten Tendenzen der gegenwärtigen Konjunkturlage noch einmal zusammenzufassen und die Kernprobleme der weiteren Entwicklung darzustellen, so ergibt sich ein Bild, das von dem im letzten Monatsbericht gekennzeichneten zwar in einzelnen Punkten, aber nur wenig in den Grundlinien abweicht. Zunächst bestätigt sich wiederum, daß die Widerstandskraft der Wirtschaft gegenüber den aufgetretenen Schwierigkeiten wesentlich stärker ist, als vor einiger Zeit vielfach befürchtet wurde. Die industrielle Produktion bewegt sich im ganzen weiter auf dem im Februar erreichten Niveau, das um ungefähr zwei Drittel über dem vor der Währungsreform liegt. Auch die Investitionsgüterindustrien haben sich dabei gut gehalten. Es zeigt sich also, daß trotz der viel besprochenen Krise der Investitionsfinanzierung noch immer in beachtlichem Umfang Mittel für Investitionszwecke zur Verfügung stehen. Offenbar ist namentlich die Selbstfinanzierung doch noch ergiebiger, als auf Grund der Preisrückgänge und der teilweisen Zahlungsklemmen erwartet wurde. Anscheinend hat auch die öffentliche Hand in der letzten Zeit ihre Investitionen erweitert und damit der Konjunktur in manchen Bereichen eine wichtige Stütze gegeben. Die Arbeitslosigkeit hat zwar weiter zugenommen, aber der Anstieg war geringer als in den Vormonaten und die neuesten Beschäftigungsziffern zeigen, daß die Erhöhung der Erwerbslosenziffern seit dem Dezember nur zu etwa einem Drittel auf einer Abnahme der Beschäftigung beruht. Bis zu einem gewissen Grade spiegelt also auch die Arbeitslosigkeit lediglich das wachsende Arbeitsangebot wider. Ein erfreuliches Zeichen ist endlich, daß die Steuereinnahmen auch im zahlungstechnisch „schlechten“ Monat März hoch blieben und daß sich der Aufschwung des Exports trotz der wachsenden Absatzerschwerisse auf den Weltmärkten bis in die neueste Zeit hinein fortgesetzt hat.

Demgegenüber ist allerdings zu berücksichtigen, daß normalerweise im März und April eine mehr oder weniger ausgeprägte saison-



mäßige Belebung der Wirtschaft fällig ist. Infolge des milden Winters und des bemerkenswerten Anstiegs, den die Wirtschaftstätigkeit allen Beengungen zum Trotz bis Februar aufzuweisen hatte, war nun zwar von vornherein zu erwarten, daß die rein saisonmäßige Belebung in diesem Jahr schwächer sein würde als sonst. Daß sie aber ganz ausblieb und die industrielle Produktion nur eben den Stand vom Februar behauptete, ja die Arbeitslosigkeit sogar weiter wuchs, ist doch ein Zeichen dafür, daß gewisse depressive Einflüsse nicht unterschätzt werden dürfen.

Zu diesen depressiven Faktoren wird häufig noch immer die angeblich zu starke Knapphaltung des Bankkredits gerechnet. Wirft man einen Blick auf die Kreditstatistik, so zeigt sich jedoch, daß diese Ansicht kaum haltbar ist. Die kurzfristigen Kredite an die Nichtbankenkundschaft haben bei allen Banken im März um 286 Mill. DM zugenommen, und für die ersten drei Wochen des April ist auf Grund der wöchentlichen Repräsentativerhebung bei 112 Geldinstituten mit einer weiteren Zunahme von rund 250 Mill. DM zu rechnen. Das entspricht einer monatlichen Zuwachsrate von rund 6 v. H., womit die Kreditausweitung zweifellos in einer durchaus angemessenen Proportion zu der neuerdings nur noch verlangsamten Erweiterung des Umsatzvolumens steht, selbst wenn man berücksichtigt, daß ein erheblicher Teil der Kreditausweitung vielleicht nur der Finanzierung der rasch wachsenden Einfuhr gedient haben dürfte. Seit der Aufhebung der Kreditkontingentierung am 22. März dieses Jahres sind die Banken bei der Gewährung von Warenumschlagskrediten auch keinerlei Beschränkung mehr unterworfen. Wenn die Kundschaft sich mit Wechseln finanzieren kann, wird sie daher sicher bereitwillige Kreditgeber finden, da die Geldinstitute Wechselkredite bei den Landeszentralbanken jederzeit refinanzieren können. Wenn trotzdem nicht selten auch über Mangel an Betriebskrediten geklagt wird, so liegt das hauptsächlich daran, daß manche Unternehmungen durch gewisse Absatzschwierigkeiten in einen Zustand der Illiquidität geraten sind, den sie mit Bankkredit zu beheben oder doch wenigstens zu überbrücken suchen.

In diesen Absatzschwierigkeiten liegt also eine der entscheidenden Ursachen der gegenwärtigen Stockung, und zwar eine Ursache, die nichts oder nur wenig mit monetären Vorgängen zu tun hat. Wie in dem Abschnitt über Produktion und Absatz näher dargelegt wurde, hängen die in den Verbrauchsgüterindustrien und im Einzelhandel teilweise festzustellenden Illiquiditätserscheinungen vielmehr mit der Notwendigkeit zusammen, gewisse Inkongruenzen zwischen der Produktionsstruktur und den gegenwärtigen Absatzverhältnissen zu beseitigen, eine Aufgabe, die nur durch entsprechende Produktionsumstellung und Preiskorrekturen gelöst werden kann und deren Lösung durch eine zu großzügige Kreditpolitik nur verzögert würde. Es ist unvermeidlich, daß dabei temporäre Stokungen und zunächst auch eine gewisse Arbeitslosigkeit entstehen. Wollte man, einer rein dogmatischen Interpretation des Ideals der Vollbeschäftigung folgend, diese Arbeitslosigkeit gänzlich vermeiden, so würde man dies mit der Fortdauer von Disproportionalitäten der Wirtschaftsstruktur erkaufen, die die Gesamtproduktivität letzten Endes nur beeinträchtigen, zu unerwünschten Preisaufblähungen führen und dauernd gewisse zwangswirtschaftliche Eingriffe erforderlich machen.

In den ersten Monaten des Jahres sind die mit solchen Umstellungsaufgaben zusammenhängenden Absatzklemmen allerdings noch dadurch verschärft worden, daß die Konsumenten in der Erwartung stärkerer Preisrückgänge und einer weiteren Verbesserung der Sortimente einen Teil der laufenden Bedarfsdeckung nach Möglichkeit aufschoben, um später günstiger einkaufen zu können. Diese Zurückhaltung hat sich in den letzten Wochen offenbar gelockert. Es ist anzunehmen, daß sich das auf den Auftragseingang der Verbrauchsgüterindustrien allmählich auswirken wird, wenn auch der Handel nach wie vor außerordentlich vorsichtig disponiert. Erfreulicherweise ist jedoch von einem Wiederaufleben einer übermäßigen Ausgabeneigung von seiten des Publikums nichts zu spüren. Es bestätigt sich im Gegenteil weiter, daß trotz des großen Nachholbedarfs in den meisten Haushalten Rechenhaftigkeit und Sparsinn in erfreulichem Wiedererstarken begriffen sind, da

die Entwicklung der letzten Monate es jedem deutlich gemacht hat, daß es wieder Sinn hat zu sparen und daß jeder verantwortungsbewußte Einkommensbezieher im eigenen Interesse handelt, wenn er aus seinem Einkommen eine angemessene Rücklage bildet.

Allerdings handelt es sich hierbei noch immer erst um bescheidene Ansätze, und vor allem wird nach wie vor nur ein kleiner Teil der durch den allmählich in Gang kommenden Sparprozeß stillgelegten Mittel dem Kapitalmarkt zugeführt. Auch wo bereits gespart wird, will man zunächst noch liquide bleiben. Selbst die durch das „Zwangssparen“ über die öffentlichen Haushalte und die Sozialversicherungen anfallenden Beträge werden weiter nur zu einem geringen Teil dem Kapitalmarkt zur Verfügung gestellt, weil allenthalben das Bestreben vorherrscht, auf etwa gebildete Rücklagen jederzeit wieder zurückgreifen zu können. Die Investitionstätigkeit kann sich infolgedessen nach wie vor nur in ganz geringem Umfang auf den Kapitalmarkt stützen. Da Bankkredit aus den bereits im letzten Monatsbericht dargelegten Gründen nur noch spärlich für Investitionszwecke zur Verfügung gestellt werden kann und darf und die Selbstfinanzierungsmöglichkeiten infolge des Preisrückgangs, der teilweisen Absatzstockung und der oben geschilderten Kostensteigerungen sich allmählich verringern, besteht für den Investitionsbereich also weiter ein dringliches Finanzierungsproblem. Hierin liegt zweifellos die entscheidende Ursache der gegenwärtigen Finanznöte der Wirtschaft und eines großen Teils des in den letzten Monaten eingetretenen Auftragsrückgangs sowie der damit vereinzelt ausgelösten Produktionseinschränkungen.

Immerhin haben sich in letzter Zeit die Ansätze zu einer Besserung dieser Lage verstärkt. Mit der kürzlich durchgebrachten kleinen Steuerreform sind wesentliche steuerliche Anreize für ein verstärktes Sparen geschaffen worden. Des weiteren sind allem Anschein nach die Investitionsausgaben der öffentlichen Hand im Steigen begriffen. Aus den verschiedensten Bereichen der Verwaltung wird berichtet, daß insbesondere für den Wohnungsbau nunmehr größere Mittel bereitgestellt werden. Auch an den Ausgaben für den Ausbau der Ver-

sorgungsbetriebe und die Wiederherstellung des Verkehrsnetzes scheint sich die öffentliche Hand in letzter Zeit stärker zu beteiligen. Für das zweite Marshall-Plan-Jahr (Juli 1949 bis Juni 1950) haben die acht Länder des Vereinigten Wirtschaftsgebietes Investitionsausgaben in Höhe von 1,6 Mrd. DM in Aussicht gestellt. Namhafte Beträge dürften ferner von den Gemeinden und Gemeindeverbänden zu erwarten sein. In Anbetracht der allgemeinen geldpolitischen Lage wäre es auch nur erwünscht, wenn die öffentliche Hand sich in der Schaffung von Liquiditätsreserven auf ein Minimum beschränken würde, da die Höhe ihrer zukünftigen Einnahmen am besten dadurch gesichert werden dürfte, daß eine Krise im Investitionsbereich vermieden wird.

In Anerkennung der erheblichen deutschen Vorleistungen auf dem Gebiete der Investitionsfinanzierung haben sich neuerdings ferner die Besatzungsmächte dazu bereit erklärt, größere Beträge aus den DM-Gegenwerten der devisenmäßig kreditierten Einfuhren für Investitionszwecke zur Verfügung zu stellen. Wie in dem Abschnitt über Geld und Kredit näher dargelegt wurde, ist, nachdem bisher nur allgemeine Zusagen gegeben und gewisse Stundungen für die Bezahlung eingeführter Investitionsgüter gewährt worden waren, im April die erste wirkliche Freigabe von „counterpart-funds“ erfolgt und ein Teil der betreffenden Mittel bereits verausgabt worden. Es ist anzunehmen, daß schon in Kürze namhafte weitere Beträge folgen werden, wenn auch die Verfügungsmacht der Militärregierungen zunächst auf die Mittel aus den A-Importen, den sogenannten GARIOA-funds, beschränkt ist, während die der Kontrolle der ECA unterliegenden Gegenwerte der Marshall-Plan-Einfuhren erst nach einer eingehenden Prüfung der für sie in Aussicht genommenen Investitionsvorhaben zur Verfügung gestellt werden können, was ihren Einsatz anscheinend verzögert. Geldpolitisch ist die Finanzierung von Investitionen aus Einfuhrgegenwerten fürs erste von besonderer Bedeutung, weil, wie oben erwähnt, die Ansammlung der betreffenden Gelder im Gegensatz zu einer weit verbreiteten Annahme, gesamtwirtschaftlich betrachtet, bisher noch nicht geld-

stillegend gewirkt hat, da sie bisher durch einen hohen Auszahlungsüberschuß im kommerziellen Sektor des Auslandsgeschäfts mehr als kompensiert wird. Die Freigabe der counterpart-funds läuft unter diesen Umständen auf eine Expansion des Zentralbankkredits hinaus. Eine solche Expansion kann währungspolitisch jedoch bis auf weiteres verantwortet werden, da sie nur die latente, wenn auch noch nicht durchweg dem Kapitalmarkt zugute kommende Sparkapitalbildung, die mit der geringeren Ausgabeneigung der Wirtschaft und vor allem der Konsumenten verbunden ist, kompensiert. Würde jene Expansion nicht stattfinden, so würde auf den Märkten sogar ein Kaufkraftdefizit auftreten, das zu einer mehr oder weniger allgemeinen Schrumpfung der Wirtschaftstätigkeit führen würde. Es erscheint aber angebracht, die freigegebenen counterpart-funds nicht nur für die Finanzierung gewisser großer Investitionsprojekte zu reservieren, sondern einen angemessenen Teil durch geeignete Kanäle auch für eine Reihe kleinerer Investitionsvorhaben nutzbar zu machen, die in der Regel zwar weniger in die Augen fallen, aber dessenungeachtet teilweise ebenfalls von größter volkswirtschaftlicher Bedeutung sind.

Selbstverständlich gilt es, daneben mit aller Energie und unter Verwertung der Lehren früherer Jahre, wie zum Beispiel der Periode nach der Stabilisierung der Mark in den zwanziger Jahren, die Wiederbelebung des normalen Kapitalmarktes zu fördern. Das ist schon deshalb dringlich, weil die Besatzungsmächte eindeutig erklärt haben, daß im zweiten Marshall-Plan-Jahr mit einer Freigabe von mehr als 2 Mrd. DM an Einfuhrgeldern nicht zu rechnen sei. Dieser Betrag entspricht nur etwa $\frac{2}{7}$ der für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet im Rahmen des Aktionsprogramms für 1949/50 in Aussicht genommenen Anlageinvestitionen in Höhe von 7,3 Mrd. DM, wobei die Differenz von 5,3 Mrd. DM zu 1,95 Mrd. DM von der öffentlichen Hand, zu 1,2 Mrd. DM durch Selbstfinanzierung und zu 1,65 Mrd. DM durch die private Kapitalbildung (Spareinlagen, Anlagen der Versicherungen usw.) aufgebracht werden sollen, während die Finanzierung der restlichen 0,5 Mrd. DM noch offen ist. Deutschland wird

also auch in der nächsten Zeit den bei weitem größten Teil seiner Investitionen selbst zu finanzieren haben. Materiell bleibt die Hilfe des Auslands zunächst natürlich trotzdem die entscheidende Grundlage aller Bemühungen, wieder auf eigene Füße zu kommen, weil insbeson-

dere ohne die ausländischen Lebensmittel- und gewisse Rohstofflieferungen Westdeutschland bei seiner jetzigen Bevölkerungsdichte kaum existieren, geschweige denn die Regenerationskraft an den Tag legen könnte, die es in letzter Zeit bewies.

Die Währungsbeziehungen zwischen Westberlin und dem westdeutschen Währungsgebiet

Die schon am 20. März 1949 in Kraft getretene, aber erst kürzlich¹⁾ veröffentlichte 21. Durchführungsverordnung zum Umstellungsgesetz läßt nunmehr deutlich erkennen, in welcher Form die Währungsbeziehungen zwischen Westberlin und dem westdeutschen Währungsgebiet von den Besatzungsmächten geregelt worden sind.

In Westberlin wurde bekanntlich im Juni vorigen Jahres, 3 Tage nach der Währungsreform in der Ostzone — also 5 Tage später als in den Westzonen —, die Deutsche Mark (Westmark) als gesetzliches Zahlungsmittel eingeführt. Vorbild für diese „zweite“ Währungsreform in Westberlin — als „erste“ Währungsreform bezeichnet man die Sperrung aller Bankguthaben in Berlin am Tage der Kapitulation — war die Neuordnung des Geldwesens in den Westzonen. Die Versorgung mit neuem Geld erfolgte durch Auszahlung von Kopf- und Geschäftsbeträgen, durch eine Erstaussstattung der öffentlichen Hand und durch Umwandlung von Altgeldguthaben bei Geldinstituten in den Westsektoren Berlins, wobei der Westberliner Bevölkerung jedoch gewisse Erleichterungen gewährt wurden, wie z. B. Verzicht auf eine Anrechnung der Kopfbeträge und Anwendung eines allgemeinen Umwandlungssatzes von 1 DM (West) für 10 RM. Einschließlich eines besonderen Vorschusses an die zur Durchführung der Währungsreform in Westberlin gegründete „Währungskommission“ belief sich der Gesamtbetrag der auf diese Weise gesetzlich geschaffenen Geldmenge auf rd. 545 Mill. DM. Die Westmark wurde als gesetzliches Zahlungsmittel für Westberlin im Juni 1948 allerdings zunächst noch

mit der Maßgabe eingeführt, daß bestimmte Zahlungen für die Deckung eines gewissen Existenzbedarfs auch in Ostmark zum Zwangskurs von 1 : 1 geleistet werden durften und angenommen werden mußten. Diese Vorschrift wurde erst ab 21. März 1949 aufgehoben. Da der von den Wechselstuben in Westberlin täglich festgestellte freie Marktkurs der Ostmark viele Monate lang erheblich unter der Parität gelegen hatte (zuletzt 4 bis 5 Ostmark für 1 Westmark), wurde bei Aufhebung des Zwangskurses für die Westberliner Inhaber von Ostmarkbeträgen als Entschädigung in begrenztem Umfange ein Umtausch von Ostmark in Westmark zum Vorzugskurs von 1 : 1 vorgesehen; dies war im Hinblick auf zahlreiche Einkommensbezieher, die bislang fast ausschließlich Ostmark annehmen mußten, unabweisbar. Einschließlich einer entsprechenden Ausstattung des Magistrats wird sich die für diesen Umtausch im März 1949 erforderliche Geldmenge nach den gegenwärtigen Schätzungen voraussichtlich auf mindestens 145 Mill. DM belaufen. Zusammen mit der im Juni 1948 geschaffenen Neugeldmenge von 545 Mill. DM ergibt sich somit für die Währungsreform in Westberlin ein für Erstaussstattungen erforderlicher Gesamtbetrag von rd. 690 Mill. DM.

Nach den für Westberlin mit Wirkung vom 20. März 1949 erlassenen Verordnungen („Währungsergänzungsverordnung“, „Umstellungsergänzungsverordnung“ und „Verordnung über die Errichtung der Berliner Zentralbank“) ist der Berliner Magistrat für die Deckung dieses Betrages von 690 Mill. DM und die Bereitstellung der erforderlichen DM-Zahlungsmittel verantwortlich. Der Magistrat hat in Höhe von etwa 102 Mill. DM eine Buchschuld gegenüber den

¹⁾ Vgl. Öffentlicher Anzeiger, Nr. 29 vom 13. April 1949 und Mitteilungen der Bank deutscher Länder, Jg. 2, Folge 14.

Westberliner Geldinstituten übernehmen müssen, die — wie die Geldinstitute in den Westzonen — entsprechende Ausgleichsforderungen gegen den Magistrat zur teilweisen Deckung ihrer Verbindlichkeiten aus der Umwandlung von Altgeldguthaben zugeteilt erhalten. Für die Deckung des verbleibenden Betrages von mindestens rd. 588 Mill. DM, der zur Versorgung Berlins mit Zahlungsmitteln in bar aufzubringen war, mußte das westdeutsche Währungsgebiet einspringen. Dieses hat nach der 21. DVO/UG dem Magistrat eine unverzinsliche Anleihe gegen Schuldverschreibungen der Stadt Berlin zu gewähren. Die für die Gewährung dieser Anleihe erforderlichen DM-Barbeiträge werden auf Grund der von den Militärregierungen erlassenen Vorschriften dem Vereinigten Wirtschaftsgebiet und den Ländern des französischen Besatzungsgebietes von der Bank deutscher Länder als ein unverzinsliches Darlehen gegen Schuldverschreibungen dieser Gebietskörperschaften zur Verfügung gestellt. Im Ausweis der Bank deutscher Länder und im konsolidierten Ausweis des Zentralbanksystems im westdeutschen Währungsgebiet erscheint somit seit dem 31. März 1949 unter Forderungen gegen die öffentliche Hand ein Betrag von 588 Mill. DM, der nicht durch Ausgleichsforderungen, sondern durch Schuldverschreibungen gedeckt ist. Auf der Passivseite werden die bereits im Sommer 1948 und weitere im März 1949 nach Berlin gegebenen DM-Noten nicht mehr unter dem Strich, sondern wie die übrigen von der Bank deutscher Länder ausgegebenen Noten im Notenumlauf erfaßt. In den einzelnen Posten des Ausweises der Bank deutscher Länder (über dem Strich) waren von den Geschäftsbeziehungen mit Westberlin bereits 126 Mill. DM enthalten (auf der Aktivseite unter „sonstigen Aktiven“, auf der Passivseite im „Notenumlauf“ und unter „Einlagen“), so daß sich der Notenumlauf — und gleichzeitig das Bilanzvolumen — zunächst lediglich um rd. 462 Mill. DM erhöht hat.

Da aus Westberlin ständig Noten in das westdeutsche Währungsgebiet zurückströmen und andererseits Noten zu Lasten von Guthaben der Berliner Zentralbank bei der Bank deutscher Länder nach Berlin versandt werden, ändert sich

der im Notenumlauf der Bank deutscher Länder enthaltene und ausgewiesene Betrag an ausgegebenen B-Noten ständig. Er betrug am 7. April 1949 480 Mill. DM und nahm von diesem Zeitpunkt an zunächst ab auf 472 Mill. DM am 14. April 1949, 464 Mill. DM am 23. April 1949 und 458 Mill. DM am 30. April 1949.

Obwohl die Noten der Bank deutscher Länder sowohl in Westberlin als auch im westdeutschen Währungsgebiet gesetzliches Zahlungsmittel sind, gehört Westberlin nicht zum „Währungsgebiet“ im Sinne der für die drei Westzonen erlassenen Währungsgesetze. Wenn auch die Währungsgesetzgebung in Westberlin in den Grundzügen mit der Währungsgesetzgebung für die Westzonen übereinstimmt, so bestehen doch eine Reihe von nicht unwesentlichen Abweichungen. Westberlin bildet juristisch ein besonderes Währungsgebiet, in dem lediglich die gleichen gesetzlichen Zahlungsmittel wie in den Westzonen Verwendung finden. Die Kennzeichnung dieser Zahlungsmittel mit dem Buchstaben „B“ hat keine juristische Bedeutung, sondern dient lediglich der Kontrolle des Barzahlungsverkehrs zwischen Westberlin und dem westdeutschen Währungsgebiet. Die Sonderstellung Westberlins kommt ferner darin zum Ausdruck, daß für dieses Gebiet eine besondere Zentralbank — die „Berliner Zentralbank“ — errichtet worden ist, die nicht etwa wie die Landeszentralbanken der 11 Länder des westdeutschen Währungsgebietes der Bank deutscher Länder angeschlossen ist. Der Präsident der Berliner Zentralbank ist infolgedessen nicht Mitglied des Zentralbankrats. Die Bank deutscher Länder kann mit der Berliner Zentralbank nur solche Geschäfte betreiben, die ihr mit Zentralbanken schlechthin gestattet sind und nicht etwa auch die Geschäfte, die sie nur mit angeschlossenen Landeszentralbanken betreiben darf; so kann sie beispielsweise nicht Darlehen an die Berliner Zentralbank gegen Schatzwechsel, Schuldverschreibungen und Schuldbuchforderungen des Berliner Magistrats gewähren. Infolgedessen werden sich die Geschäftsbeziehungen mit der Berliner Zentralbank zunächst auf Ankauf und Beleihung von Handelswechseln sowie auf die Annahme von Einlagen beschränken. Die Berliner Zentralbank hat für ihr Gebiet nicht das Recht zur Notenausgabe; vielmehr werden die

Noten der Bank deutscher Länder vom Magistrat über die Berliner Zentralbank in Umlauf gesetzt. Der Betrag von 588 Mill. DM ist nicht etwa ein festes Notenkontingent für Westberlin; es besteht durchaus die Möglichkeit, daß die Berliner Zentralbank sich durch Rediskontierung von Handelswechseln Guthaben bei der Bank deutscher Länder, und zu Lasten dieser Guthaben Bargeld von der Bank deutscher Länder, beschafft. Ob und inwieweit von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht wird, läßt sich noch nicht absehen.

Schließlich ist für die Stellung Westberlins als besonderes Währungsgebiet bezeichnend, daß der Zahlungsverkehr von Westberlin in die Westzonen erheblichen Einschränkungen unter-

worfen ist (dagegen ist der Überweisungsverkehr von den Westzonen nach Westberlin frei). Beschränkt ist einmal die Verbringung von Westmarknoten aus Berlin in die Westzonen; lediglich Reisenden ist die Mitnahme von höchstens 300 DM gestattet. Westberliner dürfen über ihre Guthaben im westdeutschen Währungsgebiet nur in der Weise verfügen, daß sie Beträge aus diesen Guthaben zu ihren Gunsten oder zu Gunsten anderer Personen mit Sitz in Westberlin auf Konten in Westberlin überweisen. Im übrigen bedarf die Verfügung über Guthaben im westdeutschen Währungsgebiet und die Überweisung aus Westberlin in das westdeutsche Währungsgebiet einer Genehmigung der Berliner Behörden.

Das gegenwärtige Volkseinkommen und die Sparfähigkeit

Die Kenntnis der Höhe und der Struktur des Volkseinkommens ist für die Beurteilung geld- und kreditwirtschaftlicher Zusammenhänge ebenso wichtig wie für die allgemeine Wirtschaftspolitik. Leider war es aus Mangel an hinreichenden statistischen Unterlagen bisher nicht möglich, die Volkseinkommensberechnungen, wie sie früher vom Statistischen Reichsamt vorgenommen wurden, wieder aufzunehmen. In letzter Zeit hat jedoch, angeregt vor allem durch die Erörterung der Probleme der Kapitalbildung und der Investitionsfinanzierung, ein lebhafter Meinungs-austausch über die Höhe des gegenwärtigen Volkseinkommens im Vereinigten Wirtschaftsgebiet eingesetzt, zu dem im folgenden ein Beitrag geliefert wird. Den Arbeiten berufener Stellen soll damit in keiner Weise vorgegriffen werden. Es versteht sich auch von selbst, daß bei Anfall genaueren Materials die folgende Schätzung nach der einen oder anderen Richtung hin zu revidieren sein wird. Im übrigen ist der Aufsatz lediglich als eine Anregung und Materiallieferung aus Sachbearbeiterkreisen der Bank deutscher Länder und nicht als eine offizielle Stellungnahme der Bank zu betrachten.

Schätzung

des gegenwärtigen Volkseinkommens

Methoden der Volkseinkommensberechnung

Bei der Berechnung des Volkseinkommens sind grundsätzlich zwei Verfahren üblich. Das eine knüpft an die einzelnen Zweige der Volkswirtschaft — Landwirtschaft, Bergbau, Industrie, Versicherungen usw. — und sucht deren Reinerträge zu ermitteln und in einer Summe zusammenzufassen; es erfaßt also die Gesamtheit aller erzeugten Güter, Dienstleistungen und

Nutzungen. Man nennt es die *reale oder objektive Methode*. Die zweite Methode geht aus von der Entstehung der individuellen Einkommen, d. h. sie erfaßt die Entgelte, welche die Arbeiter, Kapital- und Bodenbesitzer sowie die Unternehmer für ihre Teilnahme an der Güter- und Leistungserzeugung in Form von Löhnen, Zinsen, Renten und Gewinnen beziehen. Man nennt sie die *personale oder subjektive Methode*. Im Endbetrag führen beide Wege zum gleichen Resultat, wenn man bei der zweiten Methode auch die Erträge berücksichtigt, die nicht zu Individualeinkommen werden. A priori verdient weder die eine noch die andere Methode den Vorzug. Im einzelnen geben sie Antwort auf verschiedene, aber für die Wirtschaftspolitik gleich wichtige Fragen und ergänzen sich also in glücklicher Weise. Die bisherigen Versuche der Nachkriegszeit benutzten gewöhnlich die sogenannte reale Methode, die, wie angedeutet, von den einzelnen Wirtschaftszweigen ausgeht. Es gibt indessen entscheidende Fragen der Wirtschaftspolitik, deren Beantwortung mit Hilfe der realen Methode unmöglich ist. Dahin gehört die Problematik der Kapitalbildung im geldwirtschaftlichen Sinne des Wortes. Über die Chancen des Sparens gibt die Branchenstatistik keine Auskunft. Die Gesamthöhe des Volkseinkommens gestattet allerdings gewisse Rück-

schlüsse auf die Sparfähigkeit, aber nur unzulängliche, weil es auf die Verteilung der Einkommen, ihrer Höhe und ihrer Herkunft nach, ankommt. Hierüber kann aber nur die personale Methode, die sich für die einzelnen Einkommen interessiert, Daten geben. Gelingt es, im Zuge der Volkseinkommensberechnung die Summe der privaten Einkommen zu schätzen, so kann man diese auf Grund gewisser Erfahrungsbestände und volkswirtschaftlicher Gesetzmäßigkeiten auf die Einkommensschichten aufteilen. Hierbei ist eine weitgehende Verfeinerung möglich, die die unterschiedlichen Konjunkturlagen berücksichtigt.

Aber auch bei der Schätzung der Gesamthöhe des Volkseinkommens hat die personale Methode augenblicklich manche Vorzüge gegenüber der realen. Eine brauchbare Produktionsstatistik haben wir gegenwärtig nur für den Bereich der Industrie. Indes, auch diese Statistik unterrichtet nicht über die Nettoerträge, sondern lediglich über das Volumen sowie über die Umsätze. Die Nettoerträge müssen also geschätzt werden, wofür nur dürftige Anhaltspunkte zur Verfügung stehen. Eine Statistik der Netto-Produktionswerte gibt es nur für 1936. Inzwischen haben sich aber die Verhältnisse erheblich verändert, und es ist schwer, auch nur annähernd das Maß dieser Veränderungen zu beurteilen.

Demgegenüber kann sich die personale Methode bei Vergleichen auf eine sehr lange Zeitspanne beziehen, da die Volkseinkommensberechnungen des Statistischen Reichsamtes, die die einzigen für einen längeren Zeitraum verfügbaren Angaben über das deutsche Volkseinkommen darstellen, sich grundsätzlich dieser Methode bedienen. Man weiß aus der Erfahrung, in welchen Grenzen die Relationen, auf die es ankommt, sich früher veränderten, und es ist daher möglich, auf Grund einer wissenschaftlichen Analyse begründete Annahmen über die Veränderungen der Nachkriegs- gegenüber der Vorkriegszeit zu formulieren. Die Fehlerquellen sind daher bei der personalen Methode leichter übersehbar als bei der realen, und sie sind jedem Volkswirt erkennbar. Daß trotzdem auch die reale Methode ihre Berech-

tigung hat und fruchtbare Ergebnisse zeitigen kann, soll damit nicht bestritten werden.

Schätzung des Volkseinkommens nach dem Stand von Oktober 1948 — März 1949

Die im folgenden vorgenommene Berechnung des Volkseinkommens für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet bedient sich der personalen Methode und geht zunächst aus von der Ermittlung des Einkommens der Erwerbstätigen (also des Besitz- und Arbeitseinkommens) sowie der Rentner. Sie stützt sich dabei auf das Einkommen aus der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer, aus dem gemäß einem durchschnittlichen Steuersatz, dessen Berechnung der eigentliche Kunstgriff der Schätzung ist, die entsprechenden Einkommen ermittelt werden. Sodann wird das Einkommen der Nichtbesteuerten geschätzt. So ergibt sich die Summe der Individualeinkommen. An Hand früherer Relationen zwischen dem Individualeinkommen und dem Volkseinkommen wird endlich auf Grund des ermittelten Individualeinkommens das Volkseinkommen geschätzt. Sämtliche Angaben für die Gegenwart stellen Jahresraten auf der Basis der Verhältnisse von Oktober 1948 bis März 1949 dar.

a) Die Höhe der Individualeinkommen

Die Berechnung der Individualeinkommen wird der Übersichtlichkeit wegen zunächst in der umseitigen Tabelle zusammengefaßt.

Ausgangspunkt ist also das Steueraufkommen, das, auf Jahresrate umgerechnet, im Zeitraum von Oktober 1948 bis März 1949, bei der Lohnsteuer 1 837 Mill. DM und bei der veranlagten Einkommensteuer 2 903 Mill. DM betrug. Um von hier auf das Einkommen zu gelangen, galt es, für beide Steuern den durchschnittlichen Steuersatz zu berechnen.

Dabei wurde von den Verhältnissen des Jahres 1936, für das eine umfassende Steuerstatistik vorliegt, ausgegangen. Würde man auf die damals effektiv gegebenen Löhne und Gehälter den heutigen Steuertarif anwenden, so würde sich ein durchschnittlicher Lohn-

Zur Ermittlung der Individualeinkommen im Vereinigten Wirtschaftsgebiet¹⁾

Jahresraten auf Grund der Verhältnisse von Oktober 1948 bis März 1949

Einkommensbezieher	Steuer- aufkommen in Mill. DM	durchschnittlicher Steuersatz v. H.	Einkommenssumme in Mill. DM
Durch die Lohnsteuer erfaßt	1 837,2	8,2	22 410
Durch die veranlagte Einkommensteuer erfaßt	2 902,8	32,0	(minimal 9 072 ²⁾ (maximal 11 794 ³⁾)
Nichtbesteuerte	—	—	8 100
Gesamt			(minimal 39 582 (maximal 42 304)

¹⁾ Ohne mithelfende Familienangehörige.

²⁾ Unter der Annahme voller steuerlicher Erfassung des Einkommens.

³⁾ Unter der Annahme einer Steuerhinterziehung von 30 v. H. des Einkommens.

steuersatz von 6,31 v. H. ergeben. Zweifellos hat sich aber das „Steuerobjekt“ gegenüber 1936 insofern gewandelt, als 1) Änderungen der Einkommensschichtung, 2) Änderungen in der Schichtung nach dem Familienstand und 3) Änderungen in der Einkommenssumme eingetreten sind. Beim ersten Faktor kann man annehmen, daß sich zumindest innerhalb der Lohnempfängerschaft nichts Wesentliches verändert hat. Beim zweiten Faktor dürften Veränderungen vorliegen, aber für die Wirkung des Steuertarifes kaum sehr schwerwiegende. Der dritte Faktor wirkt sich verschieden aus, je nachdem ob die Verschiebung auf einer Änderung der Einkommensbezieherzahl oder auf einer Änderung des Durchschnittseinkommens beruht. Die Wirkungen der veränderten Einkommensbezieherzahl wurden annäherungsweise durch Berücksichtigung der Bevölkerungsgröße ausgeschaltet. Erhöhtes Durchschnittseinkommen (Einkommensniveau) wirkt sich wegen der Progression der Steuersätze im Steueraufkommen kumulativ aus. Der Einfluß dieser Veränderungen auf den Steuersatz wurde mit Hilfe schwieriger Berechnungen abzuschätzen versucht. Unter Berücksichtigung alles dessen wurde der durchschnittliche Steuersatz für das der Lohnsteuer unterliegende Einkommen mit 8,196 v. H. ermittelt. Dieses Resultat wird durch eine von anderer Seite völlig unabhängig vorgenommene Berechnung bestätigt, die, gestützt auf die Lohnsteuerschnellstatistik des Oberfinanzbezirks Köln, also auf zuverlässiger

empirischer Basis, zu fast genau derselben Ziffer (8,117 v. H.) gelangte.

In analoger Weise wurde der durchschnittliche Steuersatz für die veranlagten Einkommen berechnet, und zwar mit rund 32 v. H. Eine Nachprüfung durch andere Berechnungen war hier leider nicht möglich, doch kann angenommen werden, daß der Satz etwa der Wirklichkeit entspricht.

Aus Steueraufkommen und durchschnittlichen Steuersätzen wurde nun das Einkommen der steuerpflichtigen Lohn- und Gehaltsbezieher und der sonstigen zur veranlagten Einkommensteuer herangezogenen Personen ermittelt. Bei dem der Lohnsteuer unterliegenden Einkommen konnte angenommen werden, daß es steuerlich annähernd vollständig erfaßt wird. Bei den der veranlagten Einkommensteuer unterliegenden Einkommen ist jedoch mit Steuerhinterziehungen zu rechnen. Es wurde deshalb für das Einkommen der unter die veranlagte Einkommensteuer fallenden Einkommensbezieher ein Minimalbetrag und ein Maximalbetrag errechnet. Der Minimalbetrag ergibt sich, wenn man annimmt, daß keine Steuerhinterziehungen stattfinden, der Maximalbetrag bei Unterstellung einer Steuerhinterziehung von 30 v. H. des Einkommens. Diese Grenze ist bei der seit einiger Zeit sehr verschärften steuerlichen Erfassung sicherlich ziemlich hoch bemessen.

Wenig Anhaltspunkte fanden sich dagegen für das Individualeinkommen der weder von der Lohnsteuer noch von der veranlagten Steuer erfaßten Personen. Hier wurde einfach mit Hilfe der Beschäftigungsstatistik und der Einkommensteuerstatistik ihre Zahl geschätzt (9 Millionen) und ein durchschnittliches Jahreseinkommen (900 DM) angenommen.

So ergab sich für das Individualeinkommen im Vereinigten Wirtschaftsgebiet ein Gesamtbetrag von 39,6 bis 42,3 Mrd. DM, wovon 22,4 Mrd. DM auf das Einkommen der der Lohnsteuer unterliegenden Personen, 9,1–11,0 Mrd. DM auf das Einkommen der von der veranlagten Einkommensteuer erfaßten Steuerpflichtigen und 8,1 Mrd. DM auf das Einkommen der Nichtbesteuerten entfallen. Man kann aus diesen Ziffern übrigens ersehen, daß Irrtümer über die Höhe der Steuerhinterziehung für das Endresultat von keiner allzusehr ins Gewicht fallenden Bedeutung sind. Die Annahme einer 30%igen Steuerhinterziehung bei den veranlagten Einkommen erhöht nämlich den Gesamtbetrag nur um rund 7 v. H.

b) Die Höhe des gesamten Volkseinkommens

Auf Grund der so ermittelten Höhe der Individualeinkommen, d. h. also der Erwerbstätigen und der Rentner, wurde nun das gesamte Volkseinkommen geschätzt. Dabei wurde angenommen, daß in der Gegenwart die gleiche Relation zwischen dem individuellen Einkommen und dem Volkseinkommen besteht wie im Jahre 1936, in dem — nach den Angaben des Statistischen Reichsamts — im damaligen Reichsgebiet die Summe der Individualeinkommen 53,8 Mrd. und das gesamte Volkseinkommen 65,8 Mrd. betrug. Unter dieser Annahme ist das Volkseinkommen, wie es sich jährlich auf Grund der Verhältnisse von Oktober 1948 bis März 1949 ergeben hätte, mit 48,4 bis 51,8 Mrd. DM zu veranschlagen.

c) Zwei Vergleichsrechnungen

Zur Nachprüfung dieser Schätzung wurden schließlich noch zwei Vergleichsrechnungen angestellt.

Die erste bezieht sich auf das Verhältnis zwischen dem so errechneten Volkseinkommen

und der Lohn- und Gehaltssumme und soll feststellen, ob sich diese Beziehung in einer wahrscheinlichen Größenordnung hält. Dafür mußte zunächst noch das Lohn- und Gehaltseinkommen berechnet werden, eine Berechnung, die wegen der volkswirtschaftlichen Bedeutung dieses Einkommens überdies auch für sich allein besonderes Interesse beanspruchen darf. Ausgegangen wurde dabei zunächst von dem steuerpflichtigen Lohn- und Gehaltseinkommen, das laut der obigen Tabelle auf 22,4 Mrd. DM zu veranschlagen ist. Bei der Schätzung der Gesamtsumme der Einkommen unselbständiger Arbeit wurde sodann die gleiche Proportion zwischen steuerpflichtigen und nichtsteuerpflichtigen Löhnen und Gehältern wie im Jahre 1936 unterstellt. Im Jahre 1936 hatte diese Proportion 35,3 zu 29,9 Mrd. RM betragen. Überträgt man diese Proportion auf das gegenwärtige steuerpflichtige Einkommen aus Löhnen und Gehältern, so ergibt sich eine gesamte Lohn- und Gehaltssumme von rund 26,4 Mrd. DM¹⁾.

Auf der nächsten Stufe der Schätzung wurde schließlich aus der Höhe des Einkommens aus unselbständiger Arbeit auf die Höhe des gesamten Volkseinkommens geschlossen. Erster Anhaltspunkt waren dabei die Vorkriegsverhältnisse. In diesem hatte das Einkommen aus unselbständiger Arbeit folgenden Anteil am Volkseinkommen:

Einkommen aus unselbständiger Arbeit

	in Mill. RM	in v.H. des Volkseinkommens (Lohnquote)
1936	35 260	53,54
1937	38 907	52,76
1938	42 958	52,33
1939	46 450	51,74

Würden heute ähnliche Relationen zwischen den beiden Bezugskreisen bestehen, so würde sich ein Volkseinkommen von 49,3 bis 51,0 Mrd. DM ergeben.

¹⁾ Eine Presseveröffentlichung über eine vom Wirtschaftswissenschaftlichen Institut der Gewerkschaften vorgenommene Schätzung des Einkommens der unselbständig Erwerbstätigen kommt zu höheren Ergebnissen, die hier nicht berücksichtigt werden konnten, da die Presseveröffentlichung erst bei Drucklegung dieser Arbeit erfolgte.

Nun könnte man annehmen, daß sich die Lohnquote, verglichen mit der Vorkriegszeit, erheblich verändert hat, da sich eine Reihe von Faktoren, die die Lohnquote des Volkseinkommens bestimmen, in der Gegenwart verschoben haben. Folgende Faktoren sind für die Höhe der Lohnquote hierbei in erster Linie zu berücksichtigen.

a) Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung.

Wegen der Zwangswirtschaft, der Zerstörung von Gebäuden ist ihr Anteil am Volkseinkommen sicher gesunken. Absolut betragen diese Einkünfte im Jahre 1939 nur 1,3 Mrd. RM (soweit sie Einkünfte natürlicher Personen darstellen). Ihre Verminderung kann in der Gesamtrechnung nicht sehr ins Gewicht fallen.

b) Einkünfte aus Kapitalvermögen.

Hier sind vermutlich folgende Verschiebungen eingetreten, wobei aus Gründen der Vergleichbarkeit in der folgenden Tabelle die verteilten und unverteilteten Einkommen der Körperschaften zusammengefaßt wurden, während in einem zweiten Posten die individuellen Einkommen aus Spareinlagen, Bankguthaben und fest verzinslichen Wertpapieren enthalten sind.

1939:	
a) Unverteilte Gesellschaftsgewinne	4 750 Mill. RM
b) Einkommen natürlicher Personen aus Kapitalvermögen (nach der Begriffsbestimmung des Statistischen Reichsamts: Dividenden, Anleihezinsen, Erträge aus Anteilen an GmbH., Zinsen aus Privathypothen, Spareinlagen usw.)	3 045 Mill. RM
	<u>7 795 Mill. RM</u>
1948/49:	
a) Einkommen der Körperschaften (geschätzt nach dem Aufkommen aus der Körperschaftsteuer) rd.	2 600 Mill. DM
b) andere Einkünfte aus Kapitalvermögen (Zinseinnahmen aus Spar- u. Bankguthaben sowie aus Rentenpapieren maximal)	200 Mill. DM
	<u>2 800 Mill. DM</u>

Die Vergleichbarkeit der Einzelposten in den beiden Jahren hinkt, aber die Gesamtsumme

deckt in beiden Jahren ungefähr den gleichen Einkommensbereich. Man sieht, daß das Einkommen aus Kapitalvermögen heute erheblich geringer ist als vor dem Kriege, hauptsächlich wegen des Schwundes der Geldvermögen, so daß von dieser Seite aus ein Steigen der Lohnquote erwartet werden kann.

c) Einkünfte von Handel und Gewerbe.

Die Einkommen aus Handel und Gewerbe sind (ebenso wie die Einkommen der Körperschaften) in hohem Maße konjunktorempfindlich. Die Gewinne waren von Oktober 1948 bis März 1949 zweifellos, an früheren Verhältnissen gemessen, relativ hoch. Dieses ist beim Vergleich mit normalen Friedensjahren wichtig. Im Jahre 1939 waren jedoch die Gewinne auf Grund der damaligen Rüstungskonjunktur, die starke Kostendegressionen bewirkte, und der Verminderung zahlreicher Lager unmittelbar nach Kriegsausbruch ebenfalls sehr hoch. Es wird daher angenommen, daß durch die Veränderung der Gewinnlage in der gegenwärtigen Zeit im Vergleich zu 1939 keine sehr wesentliche Herabdrückung der Lohnquote stattgefunden haben kann.

Die Änderung der Lohnquote unter der Einwirkung der überwältigenden Steuern wird nicht veranschlagt, weil in Anlehnung an die Berechnungsmethoden des Statistischen Reichsamts, die sich wegen der zeitlichen Vergleichbarkeit empfiehlt, diese Steuern im Volkseinkommen nur in sehr begrenztem Ausmaß berücksichtigt sind.

Insgesamt könnte also auf Grund der vorstehenden Ausführungen eher eine Erhöhung der Lohnquote gegenüber 1939 vermutet werden. Zumindest wird bestätigt, daß die Lohnquote nicht wesentlich unter den Satz von 1939 gesunken sein kann. Für die Verhältnisse von Oktober 1948 bis März 1949, umgerechnet auf ein Jahr, kann demnach das Volkseinkommen mit rd. 52 Milliarden DM beziffert werden. Dieser Betrag enthält eine gewisse Abrundung nach oben, da das Lohneinkommen möglicherweise zu niedrig geschätzt wurde.

Eine ganz grobe Überprüfung an Hand der objektiven Methode zeigt, daß das hier gewonnene Schätzungsergebnis nicht allzuweit

von der Wirklichkeit entfernt sein kann. Das Volkseinkommen für die Bizone ist für 1936 mit rd. 31,5 Mrd. anzusetzen. Berücksichtigt man nun, daß der Produktionsindex etwa bei 80–85 v. H. des Standes von 1936, der Preisindex dagegen bei rd. 180 (1936 = 100) liegt, so kommt man bei Anwendung dieser beiden Indexzahlen auf das Volkseinkommen von 1936 zu einem Volkseinkommen für 1948/1949 von etwa 49–52 Mrd. DM.

Die Sparfähigkeit

Das Sparen wird durch zahlreiche und sehr verschiedenartige Ursachen bestimmt. Einige dieser Ursachen finden ihren Ausdruck in der Höhe des Volkseinkommens sowie dessen Gliederung und Schichtung. Diese werden in den folgenden Abschnitten untersucht. Die dabei gewonnenen Ergebnisse vermitteln einen anschaulichen Eindruck von den ungünstigen Vorbedingungen für die Ersparnis von der Seite des Volkseinkommens her und behalten ihren Wert auch dann, wenn die Schätzung des Volkseinkommens eine Korrektur erfahren sollte.

Reales Volkseinkommen und Investitionsvolumen.

Wie die nachfolgende Tabelle zeigt, sind die Gesamthöhe des Volkseinkommens und das Durchschnittseinkommen pro Kopf der Bevölkerung ihrem nominalen Betrage nach verhältnismäßig hoch, aber ihrer realen Kaufkraft nach niedrig. Beim Vergleich zwischen dem Realeinkommen der Vor- und Nachkriegszeit ist die große Schwierigkeit zu beachten, einen passenden Preisindex zu bilden: Die Preise haben sich nämlich sehr unterschiedlich entwickelt, und je nach dem Gewicht, mit dem sie bei der Bildung eines Durchschnitts versehen werden, ergeben sich große Abweichungen in der Höhe des Index. Für die Übersicht wurde in der letzten Spalte ein Index von 180 geschätzt.

Ohne Berücksichtigung der Steuerlasten erreicht das Volkseinkommen je Kopf der Bevölkerung in Preisen von 1936 nur 70 v. H. des Durchschnittseinkommens von 1936 und nur 57 v. H. des Durchschnittseinkommens von 1938; es bleibt sogar noch hinter dem Durchschnittseinkommen des Krisenjahres 1932 zurück. Die Beziehungen zwischen Inve-

Volkseinkommen, Durchschnittseinkommen und Investitionsvolumen

	Reichsgebiet ¹⁾						VWG ²⁾
	1928	1930	1932	1934	1936	1938	1948/49
Volkseinkommen in Mrd. RM bzw. DM	75,4	70,2	45,2	52,8	65,8	82,1	52
Investitionsvolumen (Neu- und Ersatzanlagen in Mrd. RM	13,7	10,4	4,2	8,2	13,8	19,0	.
in v. H. des Volkseinkommens (Investitionsquote)	18,2	14,8	9,4	15,5	21,0	23,2	.
Volkseinkommen je Kopf der Bevölkerung in RM bzw. DM	1185	1092	696	805	978	1201	1238
Preisindex ³⁾ (1936 = 100)	121,9	119,0	96,9	97,3	100	100,9	180
Reales Volkseinkommen je Kopf der Bevölkerung in RM bzw. DM in Preisen von 1936 (1936 = 100)	973 99,4	918 93,8	719 73,4	828 84,6	978 100	1191 121,7	688 70,3

¹⁾ 1938 ohne Österreich.

²⁾ Vergleichbar mit den nebenstehenden Angaben sind lediglich die Einkommen pro Kopf der Bevölkerung und der Preisindex.

³⁾ Lebenshaltungskostenindex des Stat. Reichsamtes, für 1948/49 eigene Schätzung, wobei nicht nur die Höhe der Lebenshaltungskosten, sondern auch die übrigen — nicht in die Lebenshaltungskosten eingehenden — Preise berücksichtigt wurden.

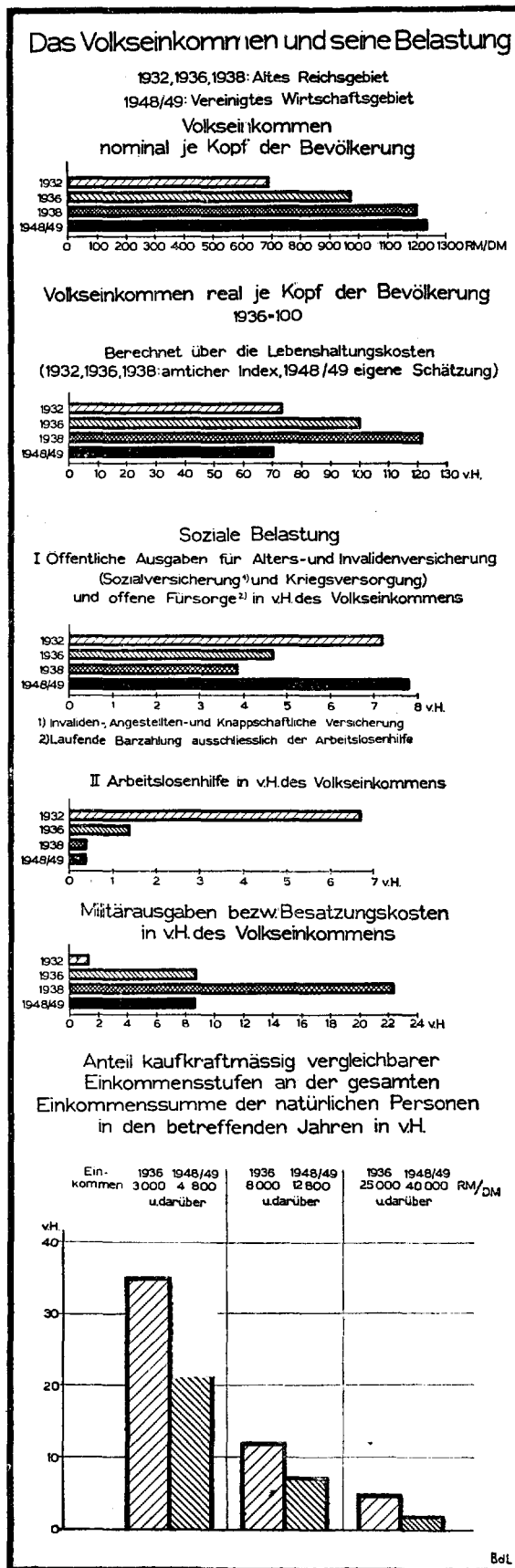
stitionsvolumen einerseits und realem Volkseinkommen je Kopf der Bevölkerung andererseits werden auf Grund der Erfahrungen in früheren Jahren durch die vorstehende Übersicht verdeutlicht. Sie zeigt folgende Zusammenhänge:

- a) Es besteht eine eindeutige Abhängigkeit zwischen den Verschiebungen des Realeinkommens je Kopf der Bevölkerung und der Investitionsquote: Bei steigendem Realeinkommen nimmt auch letztere zu und umgekehrt.
- b) Die Investitionsquote unterliegt in der Regel stärkeren Schwankungen als das Realeinkommen. Hier wurden die Bruttoinvestitionen (Ersatz- und Neuanlagen) zugrundegelegt; die Nettoinvestitionen schwanken naturgemäß noch stärker.
- c) In der Höhe der Investitionsquoten drücken sich auch die Unterschiede in der Art der Wirtschaftsordnung aus: Das Investitionsvolumen liegt ab 1936 bei stark gelenkter Wirtschaft höher als bei freier Marktwirtschaft. In gleicher Weise kann auch Inflationspolitik wirken.

Für die Gegenwart ergibt sich, daß der Stand des Volkseinkommens keine übertriebenen Erwartungen bezüglich des Sparens rechtfertigt. Der Tiefstand der Realeinkommen ist aber überwunden und bei weiterer Zunahme der Produktion wie bei stabilen Preisen ist ein Spielraum für freiwillige Ersparnisse gegeben.

Soziale Belastung

Da die Aufwendungen zugunsten der Arbeitslosen, der Alten, der Arbeitsinvaliden und der Kriegsverehrten den Angehörigen der eigenen Volkswirtschaft zugute kommen, ist das Wort Belastung eigentlich nicht ganz zutreffend. Da diese Aufwendungen Einkommensteile der Arbeitstätigen beanspruchen, ist jedoch von ihrem Standpunkte eine Belastung nicht zu leugnen, und sie schmälert, wie jede andere Last, die Sparfähigkeit. Man gewinnt einen volkswirtschaftlichen Ausdruck für das Maß der Belastung dadurch, daß man die Verschiebung zwischen der Zahl der Erwerbstätigen und der Zahl der zu versorgenden Konsumenten für die Gegenwart gegenüber den Friedensjahren fest-



stellt. Indem man die Zahl der von jedem Erwerbstätigen zu versorgenden Konsumenten errechnet, gelangt man zu folgenden Sätzen:

Zahl der Konsumenten je einen Erwerbstätigen
(damaliges Reichsgebiet 1928 - 1938, 1948 Vereinigtes Wirtschaftsgebiet)

Jahr	Auf 1 arbeitenden Erwerbstätigen entfallen . . . Konsumenten	1936 = 100
1928	2,07	96,9
1930	2,21	103,6
1932	2,44	114,4
1934	2,19	102,6
1936	2,13	100,0
1938	2,02	95,0
1948	2,55	119,4

Die Lasten sind also für die ganze Volkswirtschaft rund ein Fünftel größer als 1936 und selbst größer als im Jahre 1932, in dem die Relation wegen der enormen Höhe der Arbeitslosigkeit sehr ungünstig war. Wesentlich ist die Tatsache, daß damals, in der Krisenzeit, die Belastung der arbeitstätigen Bevölkerung durch vorübergehende, schnell behebbare Umstände bedingt war, gegenwärtig dagegen durch langfristige Faktoren; eine konjunkturelle Arbeitslosigkeit gab es ja im Spätherbst 1948 nicht.

Geldwirtschaftlich-fiskalisch drücken sich die sozialen Lasten in öffentlichen Ausgaben, allerdings nur sehr unvollständig, aus. Folgende Übersicht unterrichtet über die Ausgaben für die endgültig und zeitweilig aus dem Erwerb Ausgeschlossenen in v. H. des Volkseinkommens:

Öffentliche Ausgaben für Erwerbslose und Erwerbsunfähige in v. H. des Volkseinkommens
(1928 - 1938 damaliges Reichsgebiet (1938 ohne Österreich); 1948/49 Vereinigtes Wirtschaftsgebiet)

Art der Ausgaben	1928	1930	1932	1934	1936	1938 ²⁾	1948/49
	(in v. H. des Volkseinkommens)						
Für Erwerbsunfähige ¹⁾	4,8	5,6	7,2	6,0	4,7	3,9	7,8
Für Arbeitslosenhilfe	1,3	3,6	6,7	3,0	1,4	0,4	0,4

¹⁾ Ausgaben der Invalidenversicherung, Angestelltenversicherung, Knappschaft, Kriegsversorgung und der offenen Fürsorge (ohne Arbeitslosenhilfe).

²⁾ Angaben für 1938 und 1948/49 teilweise geschätzt.

Man sieht, daß die Lasten der Alters- und Invalidenversorgung sowie der Fürsorge (Flüchtlinge) heute bereits viel schwerer wiegen als vor dem Kriege. Dabei ist mit einem weiteren

Anstieg der Lasten auf Grund der Lastenausgleichsgesetzgebung und der in Aussicht genommenen Erhöhung der Sozialversicherungsleistungen zu rechnen. Andererseits sind die Lasten der Arbeitslosigkeit zunächst auf dem Niveau der günstigsten Friedensjahre geblieben, wobei allerdings die Zunahme der Arbeitslosigkeit in den letzten Monaten in der obigen Zahl noch nicht zum Ausdruck kommt.

Militärausgaben und
Besatzungskosten

Rein ökonomisch ist der Druck, der von eigenen Militärausgaben und von Besatzungskosten auf die Volkswirtschaft ausgeübt wird, wesensgleich. Es dürfen also die Aufwendungen

Militärausgaben bzw. Besatzungskosten
(1928 - 1938 damaliges Reichsgebiet, 1948/49 Vereinigtes Wirtschaftsgebiet)

Jahr	in Mrd. RM bzw. DM	in v. H. des Volkseinkommens
1928	0,8	1,0
1930	0,7	1,0
1932	0,6	1,4
1934	1,9	3,6
1936	5,8	8,8
1938	18,4	22,4
1948/49 ¹⁾	4,2	8,1

¹⁾ In den öffentlichen Etats erscheinende Besatzungskosten, einschließlich Besatzungsfolgelasten; Schätzung auf Grund der Ausgaben in den ersten Monaten von 1949.

für die frühere deutsche Wehrmacht den gegenwärtigen Ausgaben für die Besatzungsmächte gegenüber gestellt werden.

Die Zahlen der Vorkriegsjahre enthalten nur die im Haushalt ausgewiesenen Militärausgaben. Bei den gegenwärtigen Besatzungskosten ist zu beachten, daß sie auch Posten

enthalten, die sich sonst in Ausgaben deutscher Verwaltungsstellen niedergeschlagen hätten, sowie Beträge, die Investitionen darstellen und der deutschen Volkswirtschaft verbleiben werden.

Verglichen mit den Jahren vor der Aufrüstung sind die Besatzungskosten gegenwärtig, im Verhältnis zum Volkseinkommen, viel schwerer als die damaligen Ausgaben für die deutsche Wehrmacht. Als die Aufrüstung bereits im vollen Gange war (Rechnungsjahr 1936), war die relative Belastung etwas, im letzten Rechnungsjahr vor Kriegsbeginn viel höher. Betrachtet man das Investitionsvolumen in diesen beiden Jahren, so ist zu berücksichtigen, daß sich ein gewisser Teil der Militärausgaben im Investitionsvolumen niedergeschlagen hat. Soweit das Investitionsvolumen in diesen Jahren unabhängig von den Militärausgaben gestiegen ist, erklärt sich das einmal aus dem in jenen Jahren viel höheren Realeinkommen und zum anderen aus der totalitären Beherrschung der Volkswirtschaft durch zunehmende Bindung der Märkte, die die Eindämmung des Konsums ermöglichte. Aus dieser Erwägung folgt, daß bei dem heutigen Niveau der Realeinkommen und der freieren, nicht totalitär gelenkten Marktwirtschaft die Höhe der Besatzungskosten die Höhe des Investitionsvolumens beeinträchtigt.

Sparfähigkeit und Einkommensschichtung.

Das Volkseinkommen je Kopf der Bevölkerung ist eine fiktive Größe. Gespart wird immer von einzelnen Personen, die auf Grund ihres verfügbaren Einkommens entscheiden, ob und wieviel sie sparen oder investieren wollen. Erfahrungsgemäß ist dabei die Sparfähigkeit von der Höhe des Einkommens abhängig, da die Sparrate (Verhältnis zwischen Sparbetrag und Einkommen) mit zunehmendem Einkommen steigt. Das bedeutet nicht, daß die unteren Einkommensschichten vom Sparen ausgeschlossen seien; es läßt sich aber nicht bezweifeln, daß die mittleren und höheren Einkommensstufen hierfür in stärkerem Maße in Frage kommen. Bei gleicher Höhe des Volkseinkommens ist also die Sparfähigkeit um so größer, je stärker die oberen Einkommens-

schichten besetzt sind. Um die Sparfähigkeit beurteilen zu können, muß man sich infolgedessen eine Vorstellung von der Schichtung der Einkommen zu bilden versuchen.

Statistische Unterlagen für die Schichtung der Einkommen in der Gegenwart liegen nicht vor. Die letzten Ermittlungen beziehen sich auf das Jahr 1946. Die Verteilung der Einkommen auf die verschiedenen Einkommensstufen wurde daher in Anlehnung an das „paretianische Gesetz“ geschätzt. In seiner geometrischen Darstellung ist dieses Gesetz einfach zu formulieren. Trägt man in einem rechtwinkligen Koordinatensystem auf der Abszisse die Logarithmen der Einkommen und auf der Ordinate die Logarithmen der Zahl der Personen ein, die dieses Einkommen oder mehr verdienen und verbindet man die einzelnen Punkte untereinander, so zeigt das Bild die sog. paretosche Gerade. Diese Regel gilt unabhängig von Zeit und Raum; nur die Neigung der Geraden ist veränderlich, und es kommt bei der Schätzung darauf an, sie richtig zu bestimmen. Die Bestimmung der Neigung stützte sich auf Ergebnisse der Auswertung der Einkommensstatistik im Deutschen Reich, in Großbritannien und in den Vereinigten Staaten in den Jahren von 1913—1938. Die Einkommensstatistik von 1946 wurde berücksichtigt.

Für 1936 und für 1948/49 wurden jeweils die Einkommensbezieher zusammengefaßt, deren Einkommen über einer bestimmten Untergrenze liegt. Für 1938 wurden als Untergrenzen 3000, 8000 und 25 000 RM gewählt. Bei Bestimmung der diesen Beträgen entsprechenden Untergrenzen für 1948 mußte beachtet werden, daß sich die Kaufkraft der Geldeinheit inzwischen verschoben hat. Es wurde für die Umrechnung ein Preisindex von 160 zugrundegelegt. Dieser Index ist niedriger als der oben verwendete Index, der für die Bestimmung des realen Volkseinkommens angesetzt wurde; denn hier handelt es sich um einen reinen Lebenshaltungskostenindex, der niedriger ist als der allgemeine Preisindex. Wäre ein höherer Index gewählt worden, so würde das Bild der umseitig gezeichneten Verschiebungen noch drastischer wirken. Von den Einkommenssummen wurden ferner jeweils die Steuerbeträge abgesetzt, die die

Pflichtigen auf Grund des Einkommensteuergesetzes zu zahlen haben, und daraus ergaben sich die Nettoeinkommenssummen. Diese Summen (Bruttoeinkommen abzüglich der Steuern) wurden in Beziehung gesetzt zur Gesamtsumme der Netto-Einzeleinkommen des betreffenden Jahres. Über das Ergebnis unterrichtet folgende Übersicht:

Mrd. DM); dies entspricht etwa 7 v. H. des Volkseinkommens des Vereinigten Wirtschaftsgebiets und ist also — verglichen mit der Investitionsquote (Investitionen in v. H. des Volkseinkommens) — ein sehr ins Gewicht fallender Posten.

Da sich unsere Überlegungen hier jedoch allein auf das Vereinigte Wirtschaftsgebiet be-

Anteile der Nettoeinkommen¹⁾ verschiedener Einkommensstufen (mit vergleichbarer Kaufkraft) an der Gesamtsumme der Individualeinkommen des jeweiligen Jahres
in v. H.

Einkommensstufen in RM bzw. DM					
1936	1948	1936	1948	1936	1948
3 000 und darüber	4 800	8 000 und darüber	12 800	25 000 und darüber	40 000
35	21	12	7	5	2

¹⁾ Ermittelt aus den Bruttoeinkommen unter Anwendung des gegenwärtigen Steuertarifs.

Die Übersicht zeigt schlagend den Gegensatz zwischen der Vor- und Nachkriegszeit. Je höhere Einkommensstufen man miteinander vergleicht, desto geringer ist heute im Verhältnis zur Vorkriegszeit ihr Anteil an der Gesamtsumme der Einkommen. Auch durch die Einkommensschichtung wird also gegenwärtig die Sparfähigkeit stark beeinträchtigt.

Hilfe des Auslandes

Bei den oben gezeigten verschiedenartigen und zum Teil sehr schwerwiegenden volkswirtschaftlichen Belastungen kommt im Hinblick auf das erreichbare Investitionsvolumen im Vereinigten Wirtschaftsgebiet der Hilfe des Auslandes im Rahmen des Marshallplans und durch andere Zuwendungen der Besatzungsmächte (insbesondere von den Vereinigten Staaten aus GARIOA-Mitteln) eine besondere Bedeutung zu. Jede Netto-Hilfe des Auslandes erhöht das Brutto-Sozial-Produkt und vergrößert den Investitionsspielraum. Die gesamte ausländische Hilfe beläuft sich gegenwärtig — auf ein Jahr umgerechnet — auf rd. 1,1 Mrd. Dollar (3,67

ziehen, ist noch zu berücksichtigen, daß ein Teil der Auslandshilfe nicht dem Vereinigten Wirtschaftsgebiet, sondern unmittelbar den Westsektoren Berlins zufließt und daß das Vereinigte Wirtschaftsgebiet selbst aus Beiträgen der öffentlichen Haushalte Westberlin unterstützt. Für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet allein darf demnach als Hilfe des Auslandes lediglich die Differenz aus den Bruttobeiträgen des Auslandes und den eigenen Leistungen an Westberlin veranschlagt werden. Da die Gesamthilfe für Berlin nach dem gegenwärtigen Stand auf ein Jahr umgerechnet rd. 1,2 Mrd. DM beträgt, vermindert sich der Betrag von 3,67 Mrd. DM auf knapp 2,5 Mrd. DM und beläuft sich somit nur noch auf weniger als 5 v. H. des Volkseinkommens. Trotzdem ist dieser Netto-Beitrag des Auslandes für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet (ohne Berlin) immer noch beträchtlich und mindestens ebenso hoch wie im günstigsten Vorkriegsjahr (1927, hohe private Kapitaleinfuhr). Für die Entwicklung in dem kommenden Jahr ist jedoch in Rechnung zu ziehen, daß sich die Hilfe des Auslandes ständig verringern wird.

Statistischer Teil

Verzeichnis der Übersichten

	Seite
I. Zentralbankausweise	43
Ausweis der Bank deutscher Länder	43
Konsolidierter Ausweis der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken	44
Monatsausweise der Landeszentralbanken nach dem Stand vom 31. März 1949	46
II. Bankstatistische Erhebungen der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken	48
Die Entwicklung des Bankgeschäfts in den einzelnen Ländern (monatliche Bankenstatistik)	48
Die Entwicklung des Bankgeschäfts bei den einzelnen Bankengruppen (monatliche Bankenstatistik)	52
Die Entwicklung des Bankgeschäfts (wöchentliche Bankenstatistik)	56
Wechselgeschäft (monatliche und wöchentliche Bankenstatistik)	58
Bargeldverkehr mit der Nichtbankenkundschaft (monatliche und wöchentliche Bankenstatistik)	58
Mindestreserven der Geldinstitute im Währungsgebiet, aufgegliedert nach Bankengruppen	59
Mindestreservesätze	59
III. Das Geldvolumen im westdeutschen Währungsgebiet	60
Entwicklung, Struktur und Entstehung des Geldvolumens	60
Bankeinlagen	60
Kreditschöpfung	61
IV. Sonstige Geld- und Kreditstatistik	62
Zusammenstellung der im Währungsgebiet geltenden Zinskonditionen; Stand am 31. März 1949	62
Kursdurchschnitt der 4 ^o /oigen Schuldverschreibungen	64
Wertpapierkurse an der Frankfurter Börse	65
Seit der Währungsreform im Währungsgebiet genehmigte und durchgeführte Emissionen	66
Umlauf deutscher Inlandsschuldverschreibungen am 1. März 1949	67
V. Öffentliche Finanzen	68
Steueraufkommen der Länder im Währungsgebiet	68
Steueraufkommen der Länder des Vereinigten Wirtschaftsgebiets nach Steuerarten	68
VI. Produktion, Umsatz und Preise	69
Index der industriellen Produktion	69
Steinkohlenförderung und -ausfuhrüberschuß	70
Eisen- und Stahlerzeugung	70
Arbeitsmarkt	70
Beschäftigte Arbeiter, Angestellte und Beamte im westdeutschen Währungsgebiet	70
Verkehrsentwicklung	71
Außenhandel	71
Index der Grundstoffpreise	72
Großhandelspreisindexziffern wichtiger Länder	72
Preisentwicklung wichtiger Welthandelswaren	72

I. Zentralbank-Ausweise
Ausweis der Bank deutscher Länder ¹⁾
in Mill. DM

Datum	A k t i v a								
	Guthaben bei ausl. Banken einschl. der Guthaben im Rahmen von Handels- abkommen ²⁾	Sonstige Konten zur Abwicklung des Auslands- geschäfts	Aus- länd. Zah- lungs- mittel ³⁾	Wechsel	Lombard- forderungen gegen Ausgleichs- forderungen gegen die öffentl. Hand	Kassen- vor- schüsse	Forderungen gegen die öffentl. Hand	Interims- forderungen gegen die Landeszentral- banken	Sonstige Aktiva
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
1948									
7. 9. ²⁾	580,9	706,6	—	2,7	16,9	20,0	3 658,6	3 619,3	192,7
30. 9.	622,2	848,2	—	209,0	879,7	—	4 322,5	1 222,1	257,5
31. 10.	763,5	1 014,3	—	567,4	1 019,6	—	4 593,3	842,1	193,5
30. 11.	843,1	1 214,6	0,0	881,6	822,2	50,0	4 743,6	686,8	163,9
31. 12.	983,1	1 538,6	0,0	1 106,7	862,1	42,0	4 568,1	661,5	360,1
1949									
31. 1.	1 113,2	1 770,2	0,2	824,2	904,9	28,0	4 623,9	657,4	294,0
7. 2.	1 114,6	1 812,5	0,2	884,0	840,9	—	4 746,6	635,1	297,9
15. 2.	1 124,8	1 898,6	0,2	891,9	726,6	—	4 747,3	634,9	303,3
23. 2.	1 132,8	1 948,8	0,2	859,6	753,0	—	4 805,7	576,8	289,5
28. 2.	1 131,3	1 942,9	0,2	801,2	940,7	—	4 812,9	570,1	243,8
7. 3.	1 123,4	1 986,4	0,2	905,5	832,0	—	4 823,7	558,8	270,2
15. 3.	1 156,3	2 086,0	0,3	948,3	749,1	—	4 825,1	558,0	271,5
23. 3.	1 172,7	2 139,6	0,3	974,6	584,4	—	4 772,9	556,8	250,8
31. 3.	1 204,6	2 226,6	0,6	1 055,6	711,9	52,8	5 417,0 ⁵⁾	554,3	97,7
7. 4.	1 248,3	2 305,2	0,6	1 049,2	647,3	63,8	5 418,6	552,2	73,5
15. 4.	1 309,5	2 371,6	0,6	1 017,7	607,6	57,0	5 418,8	550,7	65,1
23. 4.	1 340,6	2 434,2	0,6	946,5	556,0	54,9	5 419,9	550,3	98,0

Datum	P a s s i v a										
	Aus- gegebene Bank- noten ⁴⁾	Einlagen insgesamt (Spalte 12-15)	davon				Verpflich- tungen in Devisen gegen JEA	Sonstige Konten zur Abwick- lung des Auslands- geschäfts	Grund- kapital der BdL	Son- stige Pas- siva	Bilanz- summe
			Landes- zentral- banken	Dienst- stellen der Verwal- tung des Vereinigten Wirt- schafts- gebietes	Be- satzungs- mächte	Andere Ein- lagen					
	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20
1948											
7. 9. ²⁾	4 897,5	2 414,6	1 421,7	482,1	496,3	14,5	580,9	804,5	100,0	0,2	8 797,7
30. 9.	5 358,1	1 311,0	356,2	474,4	472,7	7,7	621,8	969,7	100,0	0,6	8 361,2
31. 10.	5 885,3	1 289,2	459,0	419,8	370,9	39,5	759,7	958,2	100,0	1,3	8 993,7
30. 11.	6 017,5	1 385,4	543,9	415,3	369,2	57,0	839,6	1 061,1	100,0	2,2	9 405,8
31. 12.	6 319,4	1 247,7	675,5	168,6	362,3	41,3	977,8	1 375,9	100,0	101,4	10 122,2
1949											
31. 1.	6 166,6	1 111,5	649,5	56,0	364,5	41,5	1 106,7	1 620,5	100,0	110,8	10 216,1
7. 2.	6 176,0	1 157,1	669,6	77,5	365,9	44,1	1 107,0	1 676,5	100,0	115,2	10 331,8
15. 2.	5 959,3	1 294,7	801,0	80,9	365,7	47,1	1 105,0	1 748,4	100,0	120,2	10 327,6
23. 2.	5 776,9	1 459,7	980,9	65,7	365,7	47,4	1 112,5	1 790,0	100,0	127,3	10 366,4
28. 2.	6 215,6	1 073,1	563,8	107,4	366,4	35,5	1 110,9	1 810,7	100,0	132,8	10 443,1
7. 3.	6 250,8	1 064,9	565,8	99,4	365,6	34,1	1 102,1	1 845,3	100,0	137,1	10 500,2
15. 3.	6 004,9	1 290,9	763,4	119,0	367,6	40,9	1 134,0	1 933,7	100,0	131,1	10 594,6
23. 3.	5 769,6	1 344,9	896,3	39,7	367,6	41,3	1 151,8	1 957,0	100,0	128,8	10 452,1
31. 3.	6 649,6 ⁶⁾	1 221,2	650,2	136,9	343,8	90,3	1 177,4	2 043,2	100,0	129,7	11 321,1
7. 4.	6 683,2	1 133,5	694,8	36,8	345,1	56,8	1 219,3	2 094,3	100,0	128,4	11 358,7
15. 4.	6 569,9	1 301,4	714,1	79,1	345,5	162,7	1 278,0	2 028,5	100,0	120,8	11 398,6
23. 4.	6 255,7	1 580,1	994,3	86,9	345,5	153,4	1 308,7	2 025,9	100,0	130,6	11 401,0

¹⁾ Zur Erklärung der einzelnen Positionen siehe den Aufsatz „Die Ausweise der Bank deutscher Länder“ in „Monatsberichte der Bank deutscher Länder“, Januar 1949.

²⁾ Erster Stichtag, für den ein Ausweis veröffentlicht wurde.

³⁾ Für die Militärregierungen verwaltete Guthaben.

⁴⁾ Außerdem sind gemäß Anordnung der Militärregierungen der Währungskommission Berlin DM 407 352 000 zur Verfügung gestellt worden.

⁵⁾ Bis 23. 3. 1949 nur Ausgleichsforderungen, ab 31. 3. 1949 einschließlich Schuldverschreibungen (588,2 Mill. DM).

⁶⁾ Ab 31. 3. 1949 einschließlich des Notenumlaufs in Berlin.

Konsolidierter Ausweis der Bank deutscher
in

Datum	Aktiva							
	Guthaben bei ausländischen Banken einschl. der Guthaben im Rahmen von Handelsabkommen ²⁾	Sonstige Konten zur Abwicklung des Auslands-geschäfts	Ausländische Zahlungsmittel ³⁾	Post-scheck-konto-Gut-haben	Wechsel und Schecks	Schatz-wechsel u. kurz-fristige Schatz-anwei-sungen der Länder	Lombard-forde-rungen	darunter
								gegen Ausgleichs-forde-rungen gegen die öffentliche Hand
1	2	3	4	5	6	7	8	
1948								
30. September	622,1	848,2	—	60,2	350,2	0,1	10,3	10,2
31. Oktober	763,6	1 014,3	—	66,7	778,0	0,6	59,7	59,5
30. November	843,0	1 214,6	0,0	29,5	1 231,6	0,1	95,2	83,6
31. Dezember	983,1	1 538,6	0,0	129,2	1 461,0	0,5	167,2	132,1
1949								
31. Januar	1 113,2	1 770,2	0,2	69,9	1 297,0	1,1	162,3	122,0
28. Februar	1 131,3	1 942,9	0,2	39,3	1 314,4	0,6	201,2	149,8
31. März	1 204,6	2 226,5	0,6	76,1	1 376,9	35,3	183,8	116,8

Datum	Passiva								
	Aus-gegebene Banknoten	Einlagen (Spalte 21, 22, 23, 28 u. 29)	davon						
			Geld-institute innerhalb des Währungs-gebietes	Geld-institute außerhalb des Währungs-gebietes	öffentliche Körperschaften (Spalte 24 - 27)	davon			
						Besatzungs-mächte	Staats-kassen	Gemeinden und Gemein-de-verbände	sonstige öffentliche Körperschaften
19	20	21	22	23	24	25	26	27	
1948									
30. September	5 358,1	3 261,3	1 301,6	23,8	1 676,4	579,2	465,7	28,8	602,7
31. Oktober	5 885,3	2 846,3	1 008,3	28,7	1 585,4	479,9	438,9	60,3	606,3
30. November	6 017,5	3 313,3	1 461,9	30,8	1 572,4	492,5	374,1	86,3	619,5
31. Dezember	6 319,4	3 132,3	1 532,7	39,8	1 335,1	455,3	452,7	86,0	341,1
1949									
31. Januar	6 166,6	3 118,2	1 439,9	34,6	1 413,3	489,7	623,0	62,5	238,1
28. Februar	6 215,6	3 063,1	1 324,9	23,5	1 484,2	527,1	593,9	55,0	308,2
31. März	6 649,6	3 193,7	1 444,0	27,2	1 498,9	566,3	647,5	53,6	231,5

¹⁾ Zur Erklärung der einzelnen Positionen siehe den Aufsatz „Die Ausweise der Bank deutscher Länder“ in „Monatsberichte der Bank deutscher Länder“, Januar 1949.

²⁾ Für die Militärregierung verwaltete Guthaben.

³⁾ Bis 23. 3. 1949 nur Ausgleichsforderungen; am 31. 3. 1949 einschließl. Schuldverschreibungen (588,2 Mill. DM).

Länder und der Landeszentralbanken ¹⁾

Mill. DM

Aktiva										
Kassen- vor- schüsse (Spalte 10, 11 und 12)	davon an			Wert- papiere	darunter		Beteiligung der LZB an der BdL	Forde- rungen gegen die öffentliche Hand aus der Neu- ordnung des Geld- wesens	Interims- forderung. gegen die Geld- institute aus der Aus- stattung mit neuem Geld	Sonstige Aktiva
	Militär- regie- rungen	Länder	sonstige öffentl. Körper- schaften		angekaufte Ausgleichs- forde- rungen					
9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	
35,3	1,0	27,5	6,8	11,4	11,4	100,0	7833,7	526,5	372,6	
27,8	1,0	16,7	10,1	32,8	32,5	100,0	7778,4	211,1	219,0	
93,6	0,8	37,0	55,8	36,5	36,5	100,0	7687,1	190,5	207,6	
98,5	0,7	34,6	63,2	38,3	38,2	100,0	7520,7	143,0	306,0	
67,8	0,5	6,9	60,4	39,6	39,5	100,0	7592,0	105,5	295,7	
48,3	0,4	22,3	25,6	43,5	43,4	100,0	7672,1	106,5	273,7	
117,4	0,4	38,4	78,6	44,3	44,2	100,0	8295,2 ²⁾	74,0	78,1	

Passiva								
davon		Verpflich- tungen in Devisen gegen JEIA	Sonstige Konten zur Ab- wicklung des Auslands- geschäfts	Grund- kapital der BdL und der LZB	Rück- stellungen	Schwebende Ver- rechnungen innerhalb des Zentral- bank- systems	Sonstige Passiva	Bilanzsumme
sonstige Giro- kunden innerhalb des Währungs- gebietes	sonstige Giro- kunden außerhalb des Währungs- gebietes							
28	29	30	31	32	33	34	35	36
256,2	3,3	621,7	969,7	370,0	0,6	99,5	89,7	10770,6
221,5	2,4	759,6	958,2	370,0	9,5	186,4	36,7	11052,0
245,8	2,4	839,6	1061,1	370,0	6,5	77,4	43,9	11729,3
222,1	2,6	977,8	1375,9	370,0	6,5	135,3	168,9	12486,1
227,6	2,8	1106,7	1620,5	* 370,0	6,5	37,0	189,0	12614,5
227,9	2,6	1110,8	1810,7	370,0	6,5	81,6	215,7	12874,0
220,3	3,3	1177,4	2043,2	370,0	6,5	137,0	215,4	13792,8

Monatsausweise der Landeszentralbanken

in

	Bayern	Hessen	Württemberg- Baden	Bremen
Aktiva:				
Giroguthaben bei der BdL	49,4	39,7	41,8	51,3
Nostroguthaben	1,2	0,4	0,1	0
Wechsel und Schecks	2,2	5,4	6,3	11,5
Schatzwechsel und kurzfristige Schatzanweisungen	—	—	—	35,0
Lombardforderungen	44,8	16,7	10,0	0,3
davon gegen Ausgleichsforderungen	(24,2)	(16,5)	(7,3)	(0,3)
Kassenkredite	—	—	0,4	—
davon an Landesregierung	(—)	(—)	(—)	(—)
Militärregierungen und sonstige öffentl. Stellen	(—)	(—)	(0,4)	(—)
Wertpapiere	—	—	—	—
Ausgleichsforderungen	142,1	221,1	86,1	39,4
davon: eigene gegen das Land	(119,0)	(219,6)	(81,3)	(38,9)
angekaufte fremde	(23,1)	(1,5)	(4,8)	(0,5)
Zwischen den Niederl. der LZB unterwegs befindl. Fernlastschriften ¹⁾	—	—	—	—
Beteiligung an der BdL	21,5	9,5	10,5	2,0
Sonstige Aktiva	3,3	11,9	3,8	1,3
Interimsforderungen aus der Geldumstellung	401,9	2,2	233,2	0,8
Summe der Aktiva	666,4	306,9	392,2	141,6
Passiva:				
Einlagen	234,1	160,8	203,9	128,6
davon: Geldinstitute innerhalb des Landes	(204,4)	(108,7)	(125,0)	(79,1)
Geldinstitute außerhalb des Landes	(1,2)	(2,7)	(2,4)	(1,3)
öffentliche Verwaltungen	(4,4)	(24,1)	(62,9)	(42,6)
Militärregierungen	(9,0)	(11,0)	(1,5)	(0,4)
sonstige Girokunden innerhalb des Währungsgebietes	(15,0)	(13,4)	(12,1)	(5,2)
sonstige Girokunden außerhalb des Währungsgebietes	(0,1)	(0,9)	(0)	(0)
Zwisch. d. Niederlass. d. LZB unterw. befindl. Giroüberweisungen	12,2	3,6	5,1	0,6
Lombardverpflichtungen gegen die BdL	244,2	105,0	80,8	—
Grundkapital	50,0	30,0	30,0	10,0
Rückstellungen	—	—	0,5	0,1
Sonstige Passiva	4,3	6,9	1,9	2,1
Interimsverbindlichkeiten aus der Geldumstellung	121,6	0,6	70,0	0,2
Summe der Passiva	666,4	306,9	392,2	141,6
Indossamentsverbindlichkeiten aus d. Weitergabe v. Inlandswechseln	204,1	83,6	91,5	—

¹⁾ Ab 15. 3. 1949 erscheint die Position nur als Saldo auf der Passivseite.

nach dem Stand vom 31. März 1949

Mill. DM

Nordrhein- Westfalen	Nieder- sachsen	Schleswig- Holstein	Hamburg	Rheinland- Pfalz	Baden	Württemberg- Hohenzollern	Insgesamt		
							31. März 1949	28. Februar 1949	31. Januar 1949
200,1	35,7	10,7	51,5	36,6	26,6	11,0	554,4	505,8	639,8
0,6	1,6	0,3	0,1	0,5	0,5	0,4	5,7	6,7	10,6
259,6	5,7	0,6	8,5	4,6	11,7	5,1	321,2	513,2	472,9
—	—	—	—	—	—	0,3	35,3	0,6	1,1
26,2	20,4	13,8	16,3	13,0	0,1	2,4	164,0	201,2	162,2
(22,8)	(15,7)	(9,6)	(7,9)	(10,1)	(0,1)	(2,3)	(116,8)	(149,7)	(122,0)
—	—	—	23,9	21,6	13,3	5,4	64,6	48,3	39,9
(—)	(—)	(—)	(—)	(20,0)	(13,0)	(5,4)	(38,4)	(22,3)	(6,9)
(—)	(—)	(—)	(23,9)	(1,6)	(0,3)	(0)	(26,2)	(26,0)	(33,0)
—	—	—	—	0	—	—	0	0,1	0,1
200,3	90,0	28,2	184,7	56,1	76,3	23,0	1 147,3	1 124,2	960,5
(200,2)	(86,9)	(25,5)	(181,0)	(51,4)	(76,3)	(23,0)	(1103,1)	(1080,8)	(921,0)
(0,1)	(3,1)	(2,7)	(3,7)	(4,7)	(—)	(—)	(44,2)	(43,4)	(39,5)
—	—	—	—	—	—	—	—	23,8	35,8
20,0	12,0	4,5	9,0	4,5	3,5	3,0	100,0	100,0	100,0
17,2	3,6	4,5	0,6	1,6	1,8	1,1	50,7	62,6	60,8
588,8	310,0	130,4	0,8	117,4	1,7	56,3	1 843,5	1 874,1	2 131,2
1 312,8	479,0	193,0	295,4	255,9	135,5	108,0	4 286,7	4 460,6	4 614,9
1 039,7	178,4	52,7	254,2	182,7	109,6	78,2	2 622,9	2 553,7	2 656,1
(507,1)	(105,1)	(31,5)	(90,4)	(67,2)	(41,0)	(27,5)	(1 387,0)	(1 316,1)	(1 422,3)
(0,7)	(4,4)	(0,3)	(3,7)	(2,3)	(1,4)	(0,6)	(21,0)	(18,3)	(26,4)
(408,9)	(50,8)	(15,6)	(120,5)	(31,2)	(20,5)	(14,3)	(795,8)	(849,5)	(867,6)
(29,1)	(0,6)	(0,1)	(23,3)	(70,7)	(42,7)	(34,1)	(222,5)	(160,7)	(125,1)
(93,2)	(17,2)	(5,2)	(15,3)	(11,3)	(3,8)	(1,7)	(193,4)	(206,4)	(212,1)
(0,7)	(0,3)	(0)	(1,0)	(0)	(0,2)	(0)	(3,2)	(2,7)	(2,6)
0,7	0,4	0,6	2,2	0,1	14,9	0,7	41,1	47,7	63,6
0	164,2	81,4	23,0	13,4	—	—	712,0	940,8	904,9
50,0	40,0	10,0	10,0	20,0	10,0	10,0	270,0	270,0	270,0
5,9	—	—	—	—	0,0	—	6,5	6,5	6,5
39,8	9,9	7,8	5,8	4,5	0,5	2,2	85,7	82,9	92,6
176,7	86,1	40,5	0,2	35,2	0,5	16,9	548,5	559,0	621,2
1 312,8	479,0	193,0	295,4	255,9	135,5	108,0	4 286,7	4 460,6	4 614,9
142,9	191,5	85,2	179,6	76,2	—	3,1	1 057,7	801,2	824,1

II. Bankstatistische Erhebungen der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken

Die Entwicklung des Bankgeschäfts in den einzelnen Ländern

Monatliche Bankenstatistik für das westdeutsche Währungsgebiet*)

Gesamterhebung der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken

in Mill. DM

Stand am Monatsende 1948 bzw. 1949	Zahl der berichtenden Institute ¹⁾	Barreserve	Nostro-guthaben ²⁾	Ausgleichsfor-derungen gegen die öffent-liche Hand ³⁾	Kredite (einschließlich Wechselobligo der Kundschaft)																
					Ins-gesamt	davon					Öffent-liche Hand	davon					Geld-in-stitute	davon			
						Wirt-schafts-un-ter-nehmen und Private	Konto-kor-rent-und Akzept-kredite	Wechsel (einschl. Indossa-ments-verbind-lichkeiten)	son-stige kurz-fristige Kre-dite	mittel-und lang-fristige Kre-dite		Kas-sen-kredite	Schatzwechsel und sonstige Wechsel (einschließl. Indossaments-verbindlichk.)	son-stige kurz-fristige Kre-dite	mittel-und lang-fristige Kre-dite	Konto-kor-rent-und Akzept-kredite		Wechsel-(einschl. Indossa-ments-verbind-lichkeiten)	sonstige kurz-fristige Kredite	mittel-und lang-fristige Kredite	
																					7
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20		
Währungsgebiet ⁴⁾																					
Nov.	3 581	1 621,5	1 193,9	4 102,0	5 665,5	4 245,0	2 280,5	1 680,9	73,5	210,1 ⁵⁾	327,2	64,7	227,9	5,6	29,0 ⁵⁾	1 093,3	284,2	750,1	22,4	36,6 ⁵⁾	
Dez.	3 579	1 837,5	1 060,8	4 394,9	6 299,1	4 800,8	2 418,2	1 891,8	78,8	412,0 ⁵⁾	356,8	48,5	244,0	3,0	61,3 ⁵⁾	1 141,5	340,7	734,4	23,5	42,9 ⁵⁾	
Jan.	3 583	1 586,6	1 256,4	4 598,0	6 620,3	5 147,7	2 683,7	1 835,2	104,7	524,1 ⁵⁾	367,5	59,7	209,8	7,5	90,5 ⁵⁾	1 105,1	367,7	661,1	20,6	55,7 ⁵⁾	
Febr.	3 583	1 488,2	1 361,8	4 702,8	7 091,0	5 502,6	2 980,3	1 841,0	130,4	550,9 ⁵⁾	408,1	82,5	226,9	3,6	95,1 ⁵⁾	1 180,3	366,5	728,4	25,5	59,9 ⁵⁾	
März	3 581	1 610,5	1 394,4	4 793,9	7 448,7	5 842,0	3 141,3	1 935,1	158,5	607,1 ⁵⁾	414,5	65,1	247,8	3,4	98,2 ⁵⁾	1 192,2	379,6	710,9	32,2	69,5 ⁵⁾	
* Bayern																					
Nov.	578	224,7	174,6	785,2	893,0	685,1	467,9	195,9	10,5	10,8 ⁵⁾	12,6	11,0	0,6	0,0	1,0 ⁵⁾	195,3	91,4	97,3	4,8	1,8 ⁵⁾	
Dez.	576	280,3	123,7	856,6	993,5	753,8	513,7	214,9	9,7	15,5 ⁵⁾	11,0	8,8	0,3	0,1	1,8 ⁵⁾	228,7	110,5	111,8	4,1	2,3 ⁵⁾	
Jan.	582	309,1	153,2	939,3	1 092,7	850,6	553,1	205,0	28,0	64,5 ⁵⁾	33,7	9,5	0,6	0,1	23,5 ⁵⁾	208,4	114,4	83,2	6,0	4,8 ⁵⁾	
Febr.	582	236,4	186,7	940,3	1 126,0	894,4	582,4	203,2	41,0	67,8 ⁵⁾	35,0	8,7	0,7	0,2	25,4 ⁵⁾	196,6	98,4	78,7	8,2	11,3 ⁵⁾	
März	582	242,6	186,7	940,9	1 168,0	935,3	603,7	208,4	51,4	71,8 ⁵⁾	36,6	8,9	1,1	0,1	26,5 ⁵⁾	196,1	95,5	79,2	6,6	14,8 ⁵⁾	
Hessen																					
Nov.	306	120,0	144,4	392,9	488,3	314,0	177,5	101,7	8,6	26,2 ⁵⁾	4,4	2,9	0,0	0,1	1,4 ⁵⁾	169,9	23,7	144,2	2,0	—	
Dez.	306	133,7	139,9	389,6	524,9	363,2	194,6	100,3	7,5	60,8 ⁵⁾	13,3	1,9	0,1	0,1	11,2 ⁵⁾	148,4	28,4	119,2	0,7	0,1 ⁵⁾	
Jan.	305	103,3	182,8	393,1	575,0	402,7	221,6	103,9	9,4	67,8 ⁵⁾	20,6	2,5	0,1	0,1	17,9 ⁵⁾	151,7	35,5	115,6	0,6	0,0 ⁵⁾	
Febr.	305	132,1	146,0	402,8	625,4	450,3	257,7	110,5	10,5	71,6 ⁵⁾	21,6	3,3	0,1	0,1	18,1 ⁵⁾	153,5	38,8	114,2	0,4	0,1 ⁵⁾	
März	305	119,6	169,0	410,6	656,9	498,4	278,7	130,5	13,8	75,4 ⁵⁾	22,1	3,4	0,1	0,1	18,5 ⁵⁾	136,4	39,6	95,5	1,2	0,1 ⁵⁾	
Württemberg-Baden																					
Nov.	368	155,4	209,7	436,9	548,3	401,6	231,4	148,0	4,2	18,0 ⁵⁾	5,7	3,2	0,1	0,2	2,2 ⁵⁾	141,0	22,8	117,7	0,0	0,5 ⁵⁾	
Dez.	368	169,4	146,1	470,7	670,4	538,2	274,9	197,1	4,2	62,0 ⁵⁾	8,9	4,1	0,0	0,3	4,5 ⁵⁾	123,3	23,7	97,4	2,0	0,2 ⁵⁾	
Jan.	366	144,7	205,9	498,7	741,3	585,3	311,4	185,3	5,4	83,2 ⁵⁾	12,1	5,1	0,6	0,7	5,7 ⁵⁾	153,9	25,1	107,7	1,6	9,5 ⁵⁾	
Febr.	366	140,8	211,8	513,3	775,8	610,6	336,1	172,0	7,4	95,1 ⁵⁾	12,8	5,4	0,5	0,8	6,1 ⁵⁾	152,4	24,3	115,4	2,0	10,7 ⁵⁾	
März	365	141,4	233,7	530,8	825,7	650,7	364,9	170,1	9,0	106,7 ⁵⁾	13,8	6,5	0,3	0,8	6,2 ⁵⁾	161,2	27,9	118,8	3,3	11,2 ⁵⁾	
Bremen																					
Nov.	29	28,8	29,6	67,0	144,1	95,9	63,4	28,2	3,5	0,8 ⁵⁾	1,4	0,2	—	—	1,2 ⁵⁾	46,8	15,4	30,9	0,4	0,1 ⁵⁾	
Dez.	29	38,8	31,9	60,8	176,8	125,3	61,5	35,1	17,2	11,5 ⁵⁾	3,8	0,4	—	0,3	3,1 ⁵⁾	47,7	23,6	23,4	0,6	0,1 ⁵⁾	
Jan.	28	57,3	20,8	83,3	188,8	139,7	71,3	36,5	19,3	12,6 ⁵⁾	4,1	0,7	—	0,3	3,1 ⁵⁾	45,0	24,6	19,8	0,5	0,1 ⁵⁾	
Febr.	28	85,8	20,7	94,4	219,1	169,4	95,0	39,5	22,2	12,7 ⁵⁾	3,9	0,5	—	0,3	3,1 ⁵⁾	45,8	27,8	17,3	0,6	0,1 ⁵⁾	
März	28	82,8	25,5	94,4	226,8	169,2	90,7	38,3	27,1	13,1 ⁵⁾	4,1	0,7	—	0,3	3,1 ⁵⁾	53,5	38,6	14,4	0,3	0,2 ⁵⁾	

Nordrhein-Westfalen

Nov.	838	602,2	277,6	968,2	1 493,7	1 341,1	520,0	713,0	14,8	93,3 ⁵⁾	25,0	11,3	0,6	3,4	9,7 ⁵⁾	127,6	28,2	90,9	4,1	4,4 ⁵⁾
Dez.	838	562,0	283,8	1 084,5	1 693,2	1 479,2	498,0	811,4	11,3	158,5 ⁵⁾	31,8	6,9	0,6	0,4	23,9 ⁵⁾	182,2	27,1	147,7	2,5	4,9 ⁵⁾
Jan.	838	485,9	341,8	1 077,2	1 735,5	1 519,6	553,8	790,1	7,7	168,0 ⁵⁾	30,2	5,9	0,6	3,1	20,6 ⁵⁾	185,7	29,3	146,4	4,3	5,7 ⁵⁾
Febr.	839	469,7	405,0	1 094,5	1 881,1	1 608,6	629,5	793,2	8,9	177,0 ⁵⁾	27,7	5,4	0,7	0,9	20,7 ⁵⁾	244,8	32,1	198,9	7,7	6,1 ⁵⁾
März	839	551,6	415,3	1 106,9	1 974,2	1 698,9	657,8	837,9	8,6	194,6 ⁵⁾	31,3	9,6	0,4	0,5	20,8 ⁵⁾	244,0	33,5	194,7	9,0	6,8 ⁵⁾

Niedersachsen

Nov.	617	158,3	84,5	519,2	574,0	432,9	221,9	178,0	6,6	26,4 ⁵⁾	29,5	18,2	0,1	0,1	11,1 ⁵⁾	111,6	20,6	58,2	4,6	28,2 ⁵⁾
Dez.	617	169,1	92,5	548,8	616,4	468,5	235,7	183,7	6,3	42,8 ⁵⁾	26,7	14,6	0,0	0,1	12,0 ⁵⁾	121,2	25,5	55,3	7,1	33,3 ⁵⁾
Jan.	615	140,0	93,9	557,8	663,6	508,8	276,4	168,8	7,3	56,3 ⁵⁾	31,8	17,6	0,2	0,1	13,9 ⁵⁾	123,0	36,3	50,0	3,4	33,3 ⁵⁾
Febr.	615	120,1	93,6	576,5	682,0	531,8	295,6	166,6	8,7	60,9 ⁵⁾	31,2	15,6	0,3	0,2	15,1 ⁵⁾	119,0	33,3	53,5	3,1	29,1 ⁵⁾
März	614	128,7	95,6	597,6	715,0	553,0	305,7	173,1	8,5	65,7 ⁵⁾	32,0	16,0	0,4	0,2	15,4 ⁵⁾	130,0	29,0	61,5	5,6	33,9 ⁵⁾

Schleswig-Holstein

Nov.	185	42,9	21,0	180,5	212,6	161,1	104,7	48,9	1,4	6,1 ⁵⁾	8,5	7,8	0,0	0,0	0,7 ⁵⁾	43,0	9,1	33,9	—	—
Dez.	185	47,3	15,1	184,4	242,9	181,1	117,0	48,9	1,4	13,8 ⁵⁾	6,1	4,7	0,0	—	1,4 ⁵⁾	55,7	9,2	46,5	—	—
Jan.	185	43,0	15,4	182,1	249,2	186,7	125,0	42,3	1,6	17,8 ⁵⁾	5,5	4,0	0,1	—	1,4 ⁵⁾	57,0	18,6	38,4	0,0	—
Febr.	185	44,4	14,8	183,8	284,5	209,2	147,1	42,4	1,5	18,2 ⁵⁾	7,3	5,5	0,1	0,0	1,7 ⁵⁾	68,0	18,8	49,2	—	—
März	185	40,8	10,5	184,4	307,9	226,3	151,6	44,4	1,4	28,9 ⁵⁾	8,5	6,6	0,1	0,0	1,8 ⁵⁾	73,1	23,3	49,8	—	—

Hamburg

Nov.	55	105,7	79,3	234,9	648,7	515,5	308,9	178,1	11,5	17,0 ⁵⁾	2,1	1,7	—	—	0,4 ⁵⁾	131,1	26,4	102,9	0,6	1,2 ⁵⁾
Dez.	55	143,1	83,6	235,1	665,8	570,2	327,3	203,8	10,1	29,0 ⁵⁾	1,0	0,6	—	—	0,4 ⁵⁾	94,6	32,7	60,0	0,7	1,2 ⁵⁾
Jan.	56	112,6	101,4	265,4	680,9	604,2	354,2	202,7	15,9	31,4 ⁵⁾	7,5	0,7	6,2	—	0,6 ⁵⁾	69,2	32,7	33,3	2,0	1,2 ⁵⁾
Febr.	55	89,7	145,3	263,7	752,4	647,2	399,7	204,5	18,6	24,4 ⁵⁾	7,2	0,7	5,9	0,0	0,6 ⁵⁾	98,0	35,6	60,0	1,2	1,2 ⁵⁾
März	55	104,9	99,9	263,9	813,6	701,6	436,7	214,0	26,5	24,4 ⁵⁾	9,3	2,0	6,7	0,0	0,6 ⁵⁾	102,7	40,0	58,5	3,0	1,2 ⁵⁾

Rheinland-Pfalz

Nov.	277	70,1	55,2	202,7	219,5	178,5	115,6	55,0	4,5	3,4 ⁵⁾	6,8	5,4	0,1	1,0	0,3 ⁵⁾	34,2	19,5	12,5	1,9	0,3 ⁵⁾
Dez.	277	102,9	46,7	213,1	237,2	190,7	118,9	59,8	3,9	8,1 ⁵⁾	6,1	4,1	0,1	1,0	0,9 ⁵⁾	40,4	24,4	13,7	1,9	0,4 ⁵⁾
Jan.	279	76,7	49,0	234,9	257,0	204,6	129,6	60,5	4,2	10,3 ⁵⁾	8,9	4,8	2,4	0,2	1,5 ⁵⁾	43,5	27,8	12,8	2,1	0,8 ⁵⁾
Febr.	279	68,3	54,0	250,8	278,9	219,9	141,8	62,2	5,1	10,8 ⁵⁾	10,3	4,4	3,8	0,2	1,9 ⁵⁾	48,7	31,2	14,3	2,3	0,9 ⁵⁾
März	279	74,7	56,8	267,1	303,7	236,5	149,4	68,8	5,4	12,9 ⁵⁾	14,3	4,6	7,6	0,1	2,0 ⁵⁾	52,9	35,0	13,7	3,3	0,9 ⁵⁾

Baden

Nov.	172	43,7	37,3	133,5	93,9	62,0	37,5	18,7	2,9	2,9 ⁵⁾	2,8	1,7	0,8	0,1	0,2 ⁵⁾	29,1	19,1	6,1	3,9	— ⁵⁾
Dez.	172	50,2	36,6	146,1	106,7	68,2	43,0	19,5	2,1	3,6 ⁵⁾	1,1	0,4	0,4	0,1	0,2 ⁵⁾	37,4	28,0	5,3	4,0	0,1 ⁵⁾
Jan.	172	49,2	38,9	151,6	94,3	74,0	47,3	20,0	2,0	4,7 ⁵⁾	2,5	0,9	1,3	0,1	0,2 ⁵⁾	17,8	12,6	5,2	0,0	0,0 ⁵⁾
Febr.	172	46,0	31,4	157,4	105,4	84,0	52,7	24,3	2,1	4,9 ⁵⁾	1,6	0,6	0,7	0,0	0,3 ⁵⁾	19,8	12,6	7,2	—	0,0 ⁵⁾
März	172	44,5	38,3	163,2	117,1	93,3	58,7	26,9	2,1	5,6 ⁵⁾	7,6	4,9	2,1	0,1	0,5 ⁵⁾	16,2	9,0	7,2	0,0	0,0 ⁵⁾

Württemberg-Hohenzollern

Nov.	147	34,4	54,5	106,1	61,1	49,7	27,3	14,5	3,2	4,7 ⁵⁾	0,7	0,5	0,0	0,1	0,1 ⁵⁾	10,7	6,9	3,7	0,0	0,1 ⁵⁾
Dez.	147	38,9	36,2	121,1	70,9	57,1	31,2	16,5	3,1	6,3 ⁵⁾	1,1	0,7	0,1	0,0	0,3 ⁵⁾	12,7	7,4	5,1	0,0	0,2 ⁵⁾
Jan.	148	37,6	33,3	124,9	87,6	64,8	37,3	19,2	1,2	7,1 ⁵⁾	4,3	0,9	3,0	0,0	0,4 ⁵⁾	18,5	10,1	8,1	0,0	0,3 ⁵⁾
Febr.	148	34,3	38,1	129,6	93,6	69,7	39,8	21,3	1,3	7,3 ⁵⁾	4,1	0,8	2,9	0,1	0,3 ⁵⁾	19,8	11,4	8,1	0,0	0,3 ⁵⁾
März	148	36,2	55,2	133,5	94,1	72,3	41,4	21,7	1,6	7,6 ⁵⁾	5,0	1,0	3,6	0,1	0,3 ⁵⁾	16,8	7,6	8,9	—	0,3 ⁵⁾

*) Unberücksichtigt sind nur die Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Geldinstitute ist nicht von Bedeutung.

1) Einschl. selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale. Veränderung der Zahl der berichtenden Institute durch Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Geldinstitute.

2) Postscheckguthaben und Forderungen unzweifelhafter Bonität und Liquidität gegen Geldinstitute.

3) Betrag der im „Monatlichen Bericht über die Umstellungsrechnung“ ausgewiesenen vorläufigen Ausgleichsforderungen.

4) Die Summe aller Länderzahlen ist kleiner als die für das Währungsgebiet gemeldeten Ergebnisse, da einige Institute nur zonal berichten und daher nur in den Zahlen für das Währungsgebiet erscheinen.

5) Noch sehr unvollständige Angaben.

Die Entwicklung des Bankgeschäfts in den einzelnen Ländern
 Monatliche Bankenstatistik für das westdeutsche Währungsgebiet*)
 Gesamterhebung der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken
 in Mill. DM

Stand am Monatsende 1948 bzw. 1949	Einlagen												Noch umzu- stellende Einlagen (ge- schätzter Betrag in DM)	Nostro- ver- pflich- tungen	Wechselbestand				Eigene Ak- zepte im Um- lauf	Eigene Zie- hungen im Um- lauf	Even- tual- verbind- lichen aus weiter- begeben- nen Wech- seln	darunt. weiter- begeben- fremde Bank- ak- zepte	Even- tual- verbind- lichen aus ver- kauften Aus- gleichs- forde- rungen
	insgesamt	Ein- lagen auf Anlage- konto	Einlagen auf Fest- konto	Einlagen auf Freikonten		davon						Spar- ein- lagen			insgesamt	darunter							
				mit Einlagen von Geldinstituten	ohne Einlagen von Geldinstituten	Einlagen von Geldinstituten		Einlagen der öffentl. Hand		sonstige Gläubiger						eigene Ak- zepte	fremde Bank- ak- zepte						
						Sicht	Termin	Sicht	Termin	Sicht	Termin												
21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42		
Währungsgebiet*)																							
Nov.	10 682,5	208,1	725,5	9 748,9	8 453,1	1 143,4	1 524,4	1 463,3	465,9	4 944,3	225,8	1 353,8	990,7	432,6	1 493,9	373,1	138,0	459,7	74,1	1 422,3	84,1	20,7	
Dez.	11 137,8	309,7	440,6	10 387,5	9 094,2	1 123,7	1 69,6	1 451,0	584,9	5 198,6	260,8	1 598,9	740,0	529,9	1 631,4	407,8	113,2	532,9	69,3	1 530,8	98,3	23,0	
Jan.	11 373,7	341,2	325,7	10 706,8	9 416,5	1 080,9	209,4	1 471,8	762,8	5 126,9	287,6	1 767,4	634,7	643,0	1 684,8	427,1	63,0	517,3	33,5	1 350,9	96,1	25,2	
Febr.	11 834,4	368,1	238,4	11 227,9	9 905,5	1 070,5	251,9	1 497,1	880,7	5 234,2	357,4	1 936,1	514,7	699,0	1 801,6	431,8	75,2	594,2	29,7	1 333,4	117,9	30,6	
März	12 327,7	391,4	158,3	11 778,0	10 339,4	1 142,6	296,0	1 452,5	927,5	5 422,3	429,3	2 107,8	417,0	674,2	1 879,2	464,2	86,2	641,3	35,8	1 368,4	103,0	30,8	
Bayern																							
Nov.	1 790,0	40,3	122,9	1 626,8	1 480,1	136,7	10,0	318,1	60,4	820,9	37,5	243,2	131,8	175,4	239,4	85,4	12,4	140,5	19,9	114,6	13,2	6,9	
Dez.	1 822,1	62,0	61,4	1 698,7	1 558,2	132,8	7,7	281,6	86,2	858,3	42,1	290,0	82,0	227,3	254,5	85,6	27,1	150,9	19,1	124,4	14,2	7,3	
Jan.	1 893,4	67,6	44,4	1 781,4	1 632,3	136,8	12,3	295,9	119,3	865,8	42,4	308,9	71,8	246,1	237,9	91,8	12,5	150,8	9,6	124,0	7,9	9,3	
Febr.	1 924,6	72,4	28,3	1 823,9	1 675,0	136,3	12,6	305,1	125,6	866,6	48,5	329,2	58,4	261,1	224,0	75,9	13,9	144,0	8,4	121,1	4,2	10,2	
März	1 964,0	75,2	17,1	1 871,7	1 701,0	140,7	30,0	255,1	128,4	908,4	61,6	347,5	49,6	217,7	220,4	75,2	21,9	149,8	10,5	123,7	5,8	10,4	
Hessen																							
Nov.	1 013,9	17,1	67,2	929,6	742,4	150,1	37,1	159,3	4,5	442,4	19,8	116,4	76,1	45,6	154,7	24,4	20,1	40,6	1,9	104,4	14,4	1,5	
Dez.	1 091,4	25,1	46,1	1 020,2	783,8	182,5	53,9	147,8	18,4	456,6	27,1	133,9	55,0	41,1	147,2	30,9	18,6	42,2	2,7	93,7	4,5	1,5	
Jan.	1 106,6	28,7	33,7	1 044,2	832,3	159,2	52,7	166,3	43,3	442,7	30,4	149,6	49,7	56,9	167,4	31,7	14,7	35,0	2,4	75,5	4,5	1,5	
Febr.	1 081,0	31,6	23,7	1 025,7	858,4	124,8	42,5	168,0	50,6	439,0	37,2	163,6	39,9	65,4	146,1	31,7	12,4	46,7	2,3	102,1	12,4	1,5	
März	1 174,4	33,7	14,2	1 126,5	893,2	188,9	44,4	162,6	49,3	462,3	39,4	179,6	31,5	61,8	144,0	31,0	10,1	55,0	2,4	102,8	9,7	1,5	
Württemberg-Baden																							
Nov.	1 270,4	17,5	81,7	1 171,2	1 001,3	144,6	25,3	131,0	175,3	515,3	30,3	149,4	107,8	19,2	231,6	65,6	39,3	23,5	7,5	87,1	6,2	2,7	
Dez.	1 280,4	31,7	38,6	1 210,1	1 053,8	132,1	24,2	137,2	175,7	519,8	34,0	187,1	76,4	32,8	241,1	75,3	20,8	36,6	11,4	111,3	7,5	4,1	
Jan.	1 353,4	36,7	26,8	1 289,9	1 134,7	118,8	36,4	140,5	242,9	504,8	35,3	211,2	55,2	50,5	257,6	81,3	9,3	47,2	3,8	102,8	5,4	4,4	
Febr.	1 402,2	40,2	17,8	1 344,2	1 183,6	118,9	41,7	142,2	249,7	523,4	39,3	229,0	38,5	53,3	272,6	82,8	10,0	60,8	2,5	83,7	5,7	4,6	
März	1 476,7	42,4	11,4	1 422,9	1 242,9	125,7	54,3	156,3	248,7	549,0	44,8	244,1	26,3	44,7	288,8	85,5	16,9	68,0	2,4	71,2	4,9	4,6	
Bremen																							
Nov.	245,6	4,0	9,4	232,2	206,5	24,7	1,0	19,1	44,7	120,8	5,6	16,3	15,7	9,6	47,1	7,7	9,5	4,0	0,0	16,9	2,4	—	
Dez.	267,7	5,1	5,8	256,8	229,0	27,1	0,7	27,5	41,9	132,4	7,9	19,3	9,9	16,0	47,4	8,0	8,0	5,0	0,0	17,4	1,7	—	
Jan.	289,6	5,6	4,2	279,8	260,6	18,5	0,7	60,3	45,0	124,8	8,6	21,9	8,5	15,5	46,4	11,2	4,0	4,8	0,0	19,1	1,2	—	
Febr.	346,1	6,0	3,4	336,7	315,3	21,0	0,4	99,1	45,4	137,7	9,0	24,1	7,2	19,4	46,5	14,9	2,2	8,1	0,1	22,4	2,5	—	
März	359,4	6,2	2,4	350,8	327,5	22,2	1,1	84,9	59,1	147,5	9,5	26,5	6,2	28,1	52,8	17,8	2,7	7,4	0,2	16,0	2,3	—	

Nordrhein-Westfalen

Nov.	2 909,7	50,6	197,0	2 662,1	2 230,9	379,7	51,5	467,6	32,3	1 358,8	39,0	333,2	201,8	42,9	408,6	89,5	24,2	69,7	3,5	469,7	5,7	0,2
Dez.	2 962,5	74,7	123,5	2 764,3	2 407,4	307,9	49,0	431,0	112,0	1 429,1	46,9	388,4	149,6	34,1	486,4	88,0	16,3	79,9	4,7	547,6	6,4	0,2
Jan.	3 079,8	83,1	87,3	2 909,4	2 527,4	327,9	54,1	441,0	151,1	1 457,4	49,6	428,3	131,1	48,3	555,0	87,6	9,7	68,4	4,2	452,0	3,7	0,2
Febr.	3 255,6	88,2	69,9	3 097,5	2 648,4	343,8	105,3	417,9	219,7	1 486,9	62,1	461,8	110,0	60,3	621,2	83,1	10,0	85,0	4,4	435,4	0,3	0,2
März	3 414,2	92,2	55,8	3 266,2	2 812,0	344,2	110,0	444,3	240,4	1 542,9	80,9	503,5	89,6	65,3	655,1	100,3	10,4	99,7	5,1	458,7	0,2	—

Niedersachsen

Nov.	1 104,5	34,6	85,3	984,6	870,1	110,8	3,7	116,3	15,8	540,7	15,8	181,5	105,5	34,6	96,7	15,1	2,4	37,5	15,4	138,1	9,5	3,1
Dez.	1 150,8	42,7	60,4	1 047,7	919,0	115,0	13,7	114,3	7,5	562,1	23,1	212,0	85,5	43,8	104,0	20,9	3,6	37,0	10,7	143,8	16,1	3,1
Jan.	1 172,6	44,7	43,7	1 084,2	959,7	99,9	24,6	140,9	7,3	547,4	26,9	237,2	75,5	61,2	109,5	30,6	3,8	38,2	5,5	132,1	21,0	3,1
Febr.	1 172,8	47,6	27,2	1 098,0	985,5	93,6	18,9	130,3	9,7	549,6	35,3	260,6	59,3	63,8	111,0	27,9	3,1	47,1	6,7	128,4	23,3	3,1
März	1 220,4	50,6	14,3	1 155,5	1 037,2	95,3	23,0	123,8	13,0	566,8	45,0	288,6	42,4	70,1	132,6	33,2	3,0	43,4	8,7	124,2	26,9	3,1

Schleswig-Holstein

Nov.	302,2	6,7	26,7	268,8	243,8	24,5	0,5	24,3	2,8	160,3	4,3	52,1	38,9	27,8	24,7	8,4	0,2	34,0	5,2	61,3	22,7	2,7
Dez.	307,2	11,4	15,8	280,0	256,5	23,2	0,3	24,7	2,5	163,3	5,3	60,7	29,1	36,9	25,3	6,9	0,0	52,0	3,5	73,6	38,1	2,7
Jan.	314,1	12,6	12,2	289,3	263,4	25,4	0,5	28,3	3,1	156,8	8,3	66,9	23,0	43,5	25,4	7,8	0,0	52,2	1,4	61,5	34,4	2,7
Febr.	316,2	13,8	9,5	292,9	271,0	21,8	0,1	22,2	10,7	157,2	6,8	74,1	17,5	53,8	29,2	10,9	0,5	68,3	1,4	71,7	45,4	2,7
März	322,2	15,0	5,8	301,4	279,1	21,4	0,9	22,5	11,1	158,8	7,2	79,5	12,6	60,1	31,8	13,1	0,3	65,7	2,1	73,2	44,1	2,7

Hamburg

Nov.	817,8	10,3	37,6	769,9	708,4	52,3	9,2	57,5	115,4	438,8	56,5	40,2	43,6	29,1	182,4	51,7	28,3	88,7	16,2	131,7	9,0	0,2
Dez.	868,2	17,4	24,6	826,2	750,2	72,3	3,7	46,9	113,2	486,0	58,8	45,3	33,0	34,0	175,7	61,8	17,9	106,7	11,9	134,3	8,7	0,4
Jan.	867,9	18,7	20,0	829,2	765,8	58,5	4,9	49,4	124,6	474,0	67,9	49,9	14,3	44,3	163,4	56,2	7,3	96,0	3,6	119,9	3,8	0,4
Febr.	971,3	19,7	17,2	934,4	849,4	80,1	4,9	57,9	137,3	504,7	94,2	55,3	11,1	50,2	223,1	74,1	21,1	107,2	1,1	109,0	5,5	3,7
März	954,4	22,1	9,4	922,9	851,4	67,2	4,3	50,7	134,1	494,2	109,2	63,2	7,7	46,4	214,1	82,6	19,0	118,5	2,3	134,4	6,1	3,7

Rheinland-Pfalz

Nov.	503,4	10,6	42,2	450,6	406,9	40,6	3,1	51,9	8,1	254,2	10,2	82,5	87,4	38,1	49,9	18,2	0,3	18,6	3,2	31,8	0,1	3,4
Dez.	552,5	14,7	28,3	509,5	447,9	56,2	5,4	76,3	16,6	250,5	8,3	96,2	69,7	49,9	57,6	22,5	0,5	19,4	2,8	34,4	0,9	3,5
Jan.	527,8	16,5	23,6	487,7	426,4	56,9	4,4	51,7	10,4	246,8	9,4	108,1	63,4	54,8	54,2	21,2	0,5	20,3	1,6	37,8	1,3	3,5
Febr.	569,8	18,8	18,4	532,6	472,5	54,0	6,1	63,5	14,2	259,6	11,9	123,3	50,5	50,7	60,8	23,3	0,5	21,8	1,3	37,0	1,8	4,6
März	593,3	21,7	11,0	560,6	501,8	52,0	6,8	63,4	17,2	266,4	14,2	140,6	35,6	59,5	59,4	18,7	0,6	27,7	1,1	39,8	1,5	4,7

Baden

Nov.	300,8	9,1	20,0	271,7	239,7	30,8	1,2	40,1	0,6	144,2	1,7	53,1	40,7	3,9	22,4	4,0	0,8	0,3	0,7	5,1	0,1	—
Dez.	339,8	12,6	12,1	315,1	280,2	33,2	1,7	52,4	1,8	156,8	2,0	67,2	27,1	7,6	22,2	5,2	0,1	0,7	0,8	5,5	—	—
Jan.	338,4	13,3	9,2	315,9	278,7	35,7	1,5	49,5	3,4	147,9	3,2	74,7	21,7	7,1	22,6	5,1	0,4	0,9	0,8	6,4	0,3	—
Febr.	334,8	14,1	7,4	313,3	281,8	30,4	1,1	41,0	4,2	151,3	4,0	81,3	16,6	8,8	26,4	5,6	0,3	1,4	0,7	9,4	0,1	—
März	362,3	14,8	5,7	341,8	307,7	32,3	1,8	39,8	7,7	164,9	7,2	88,1	11,8	7,9	29,9	5,8	0,7	2,6	0,7	8,8	0,1	—

Württemberg-Hohenzollern

Nov.	263,7	4,6	20,3	238,8	201,2	28,9	8,7	24,6	4,0	117,1	3,5	52,0	35,7	5,9	15,8	3,1	0,5	2,1	0,5	3,6	0,7	—
Dez.	264,6	8,4	10,9	245,3	211,0	26,5	7,8	28,8	6,2	114,4	1,6	60,0	24,2	6,4	18,2	2,8	0,3	2,5	1,6	4,3	0,3	—
Jan.	267,9	9,1	8,1	250,7	219,0	21,5	10,2	28,9	9,4	112,9	1,7	66,1	19,9	10,0	21,1	2,7	0,8	3,7	0,5	7,8	1,0	—
Febr.	285,1	10,1	6,1	268,9	232,8	23,8	12,3	32,3	10,2	116,5	2,3	71,5	15,5	8,7	22,5	1,6	1,2	3,8	0,7	7,4	2,2	—
März	309,1	10,9	4,0	294,2	253,2	28,0	13,0	31,1	15,9	125,7	3,4	77,1	11,7	5,6	23,0	1,1	0,5	3,6	0,3	7,5	1,4	—

*) Unberücksichtigt sind nur die Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Geldinstitute ist nicht von Bedeutung.

1) Die Summe aller Länderzahlen ist kleiner als die für das Währungsgebiet gemeldeten Ergebnisse, da einige Institute nur zonal berichten und daher nur in den Zahlen für das Währungsgebiet erscheinen.

Die Entwicklung des Bankgeschäfts bei den einzelnen Bankengruppen

Monatliche Bankenstatistik für das westdeutsche Währungsgebiet *)
Gesamterhebung der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken
in Mill. DM

Stand am Monatsende 1948 bzw. 1949	Zahl der berichtenden Institute ¹⁾	Barreserve	Nostro-guthaben ²⁾	Ausgleichs-forderungen gegen die öffentliche Hand ³⁾	Kredite (einschließlich Wechselobligo der Kundschaft)																
					Ins-gesamt	davon					Öffentliche Hand	davon					Geld-institute	davon			
						Wirt-schafts-unter-nehmen und Private	Konto-kor-rent-und Akzept-kredite	Wechsel (einschl. Indossa-ments-verbind-lichkeiten)	son-stige kurz-fristige Kredite	mittel-und lang-fristige Kredite		Kas-sen-kredite	Schatzwechsel und sonstige Wechsel (einschließl. Indossaments-verbindlichk.)	son-stige kurz-fristige Kredite	mittel-und lang-fristige Kredite	Konto-kor-rent-und Akzept-kredite		Wechsel (einschl. Indossa-ments-verbind-lichkeiten)	son-stige kurz-fristige Kredite	mittel-und lang-fristige Kredite	
																					7

Alle Banken

Nov.	3581	1 621,5	1 193,9	4 102,0	5 665,5	4 245,0	2 280,5	1 680,9	73,5	210,1 ⁴⁾	327,2	64,7	227,9	5,6	29,0 ⁴⁾	1 093,3	284,2	750,1	22,4	36,6 ⁴⁾
Dez.	3579	1 837,5	1 060,8	4 394,9	6 299,1	4 800,8	2 418,2	1 891,8	78,8	412,0 ⁴⁾	356,8	48,5	244,0	3,0	61,3 ⁴⁾	1 141,5	340,7	734,4	23,5	42,9 ⁴⁾
Jan.	3583	1 586,6	1 256,4	4 598,0	6 620,3	5 147,7	2 683,7	1 835,2	104,7	524,1 ⁴⁾	367,5	59,7	209,8	7,5	90,5 ⁴⁾	1 105,1	367,7	661,1	20,6	55,7 ⁴⁾
Febr.	3583	1 488,2	1 361,8	4 702,8	7 091,0	5 502,6	2 980,3	1 841,0	130,4	550,9 ⁴⁾	408,1	82,5	226,9	3,6	95,1 ⁴⁾	1 180,3	366,5	728,4	25,5	59,9 ⁴⁾
März	3581	1 610,5	1 394,4	4 793,9	7 448,7	5 842,0	3 141,3	1 935,1	158,5	607,1 ⁴⁾	414,5	65,1	247,8	3,4	98,2 ⁴⁾	1 192,2	379,6	710,9	32,2	69,5 ⁴⁾

Kreditbanken

Nov.	247	566,6	438,7	947,3	3 119,9	2 706,7	1 549,6	1 118,5	28,2	10,4 ⁴⁾	14,3	11,8	1,9	0,0	0,6 ⁴⁾	398,9	37,5	353,8	5,8	1,8 ⁴⁾
Dez.	247	731,6	377,5	981,3	3 277,0	2 922,2	1 622,7	1 266,2	24,2	9,1 ⁴⁾	9,7	8,2	0,9	0,1	0,5 ⁴⁾	345,1	44,6	293,9	4,9	1,7 ⁴⁾
Jan.	247	581,6	435,6	1 003,1	3 324,1	3 062,9	1 742,8	1 266,7	40,0	13,4 ⁴⁾	15,7	10,0	2,7	0,1	2,9 ⁴⁾	245,5	31,5	209,0	3,3	1,7 ⁴⁾
Febr.	247	486,8	434,1	1 010,7	3 549,4	3 290,9	1 936,8	1 274,6	59,7	19,8 ⁴⁾	14,9	9,1	2,8	0,1	2,9 ⁴⁾	243,6	29,1	202,2	5,1	7,2 ⁴⁾
März	246	534,5	409,9	1 011,5	3 704,1	3 441,3	2 023,2	1 320,4	75,0	22,7 ⁴⁾	23,8	14,2	6,5	0,2	2,9 ⁴⁾	239,0	32,4	194,1	2,5	10,0 ⁴⁾

Hypothekenbanken

Nov.	35	1,8	11,7	163,4	58,4	53,6	0,1	0,1	0,2	53,2 ⁴⁾	4,7	—	0,0	—	4,7 ⁴⁾	0,1	0,1	0,0	—	— ⁴⁾
Dez.	35	4,5	19,0	224,1	164,1	142,8	0,2	0,1	13,9	128,6 ⁴⁾	16,7	—	—	0,2	16,5 ⁴⁾	4,6	0,0	0,0	—	4,6 ⁴⁾
Jan.	35	2,7	25,1	215,7	216,3	191,7	0,4	0,1	18,4	172,8 ⁴⁾	20,1	0,7	0,1	0,3	19,0 ⁴⁾	4,5	0,0	0,0	—	4,5 ⁴⁾
Febr.	35	2,0	29,9	215,5	220,0	199,8	0,3	0,1	21,2	178,2 ⁴⁾	20,1	0,7	0,1	0,3	19,0 ⁴⁾	0,1	0,0	0,0	0,1	— ⁴⁾
März	35	2,8	42,2	215,0	248,5	223,3	0,3	0,2	24,6	198,2 ⁴⁾	20,6	0,8	0,1	0,3	19,4 ⁴⁾	4,6	0,0	—	0,1	4,5 ⁴⁾

Girozentralen

Nov.	18	325,9	240,7	228,6	696,0	283,3	123,4	126,0	3,9	30,0 ⁴⁾	57,9	39,8	0,0	3,4	14,7 ⁴⁾	354,8	153,3	191,3	4,4	5,8 ⁴⁾
Dez.	18	225,1	197,5	221,7	822,3	340,2	111,4	176,6	5,6	46,6 ⁴⁾	52,9	24,8	0,0	0,4	27,7 ⁴⁾	429,2	190,5	228,1	4,2	6,4 ⁴⁾
Jan.	18	249,3	294,8	240,4	922,8	354,6	118,9	167,0	6,3	62,4 ⁴⁾	78,6	26,2	4,3	0,8	47,3 ⁴⁾	489,6	224,3	244,9	4,2	16,2 ⁴⁾
Febr.	18	255,9	388,3	261,4	1 027,5	371,5	128,7	166,6	6,2	70,0 ⁴⁾	81,7	25,8	5,0	1,0	49,9 ⁴⁾	574,3	216,7	333,8	5,9	17,9 ⁴⁾
März	18	289,6	385,3	260,3	1 062,3	409,2	124,8	187,0	13,9	83,5 ⁴⁾	86,9	28,9	6,9	0,7	50,4 ⁴⁾	566,2	222,5	316,7	7,8	19,2 ⁴⁾

Sparkassen

Nov.	891	431,9	300,9	2 031,1	632,4	609,7	334,1	165,8	15,3	94,5 ⁴⁾	18,3	9,3	0,5	0,6	7,9 ⁴⁾	4,4	2,0	0,8	0,1	1,5 ⁴⁾
Dez.	890	441,6	258,6	2 123,7	783,2	751,9	358,3	177,0	16,7	199,9 ⁴⁾	26,5	10,6	0,7	0,5	14,7 ⁴⁾	4,8	1,9	0,6	0,2	2,1 ⁴⁾
Jan.	889	446,8	300,4	2 190,9	882,4	819,2	403,0	159,7	17,7	238,8 ⁴⁾	34,8	11,7	3,1	0,8	19,2 ⁴⁾	28,4	1,7	21,2	0,2	5,3 ⁴⁾
Febr.	889	450,6	332,3	2 238,1	928,0	859,4	438,3	159,2	19,3	242,6 ⁴⁾	36,5	11,7	2,9	0,9	21,0 ⁴⁾	32,1	1,7	23,5	0,3	6,6 ⁴⁾
März	889	452,6	366,0	2 296,0	999,0	927,9	479,5	170,0	21,4	257,0 ⁴⁾	43,5	17,1	2,6	1,0	22,8 ⁴⁾	27,6	2,1	17,9	0,2	7,4 ⁴⁾

Postsparkassen – Postscheckämter

Nov.	18	82,6	0,1	150,7	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Dez.	18	125,0	0,2	207,9	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Jan.	18	98,6	0,2	280,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Febr.	18	87,0	0,1	286,5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
März	18	98,8	0,1	292,9	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Zentralkassen

Nov.	33	61,7	53,0	44,7	333,5	118,9	45,8	66,7	6,1	0,3 ⁴⁾	1,0	1,0	—	—	— ⁴⁾	213,6	85,5	116,3	11,8	0,0 ⁴⁾
Dez.	33	75,7	40,7	39,4	376,9	140,8	68,1	71,1	1,3	0,3 ⁴⁾	1,0	1,0	—	—	— ⁴⁾	235,1	99,5	124,5	11,0	0,1 ⁴⁾
Jan.	33	66,7	50,7	40,4	376,2	145,0	89,1	53,9	1,5	0,5 ⁴⁾	3,7	1,2	0,2	2,3	— ⁴⁾	227,5	105,7	109,2	12,4	0,2 ⁴⁾
Febr.	33	61,7	39,6	41,1	422,8	165,7	110,8	53,0	1,5	0,4 ⁴⁾	2,1	1,3	0,8	0,0	— ⁴⁾	255,0	113,2	127,9	13,8	0,1 ⁴⁾
März	33	59,1	49,2	42,2	461,2	179,5	122,9	54,5	1,4	0,7 ⁴⁾	2,1	0,9	1,2	0,0	— ⁴⁾	279,6	118,2	142,3	18,9	0,2 ⁴⁾

Kreditgenossenschaften

Nov.	2288	109,2	103,9	506,3	372,1	365,9	182,5	150,3	15,1	18,0 ⁴⁾	3,3	2,0	0,1	0,9	0,3 ⁴⁾	2,9	2,5	0,4	0,0	— ⁴⁾
Dez.	2288	123,4	128,3	563,9	386,6	380,5	197,1	145,4	12,9	25,1 ⁴⁾	3,9	2,5	0,1	1,0	0,3 ⁴⁾	2,2	1,9	0,2	0,1	0,0 ⁴⁾
Jan.	2292	109,6	115,8	589,5	418,9	407,4	233,0	131,9	13,8	28,7 ⁴⁾	8,4	2,8	5,0	0,3	0,3 ⁴⁾	3,1	2,4	0,7	0,0	0,0 ⁴⁾
Febr.	2292	112,7	111,6	611,6	452,6	441,2	259,7	134,7	15,2	31,6 ⁴⁾	7,2	2,6	4,1	0,2	0,3 ⁴⁾	4,2	3,1	1,0	0,1	0,0 ⁴⁾
März	2291	110,5	115,0	636,3	489,5	477,3	283,7	140,5	16,8	36,3 ⁴⁾	7,6	2,3	4,9	0,1	0,3 ⁴⁾	4,6	2,7	1,9	0,0	0,0 ⁴⁾

Sonstige Geldinstitute ⁵⁾

Nov.	51	41,8	44,9	29,9	453,2	106,9	45,0	53,4	4,8	3,7 ⁴⁾	227,8	0,8	225,5	0,7	0,8 ⁴⁾	118,5	3,3	87,5	0,2	27,5 ⁴⁾
Dez.	50	110,6	39,1	32,9	489,0	122,5	60,4	55,5	4,3	2,3 ⁴⁾	246,0	1,3	242,3	0,7	1,7 ⁴⁾	120,5	2,4	86,9	3,1	28,1 ⁴⁾
Jan.	51	31,1	33,7	38,0	479,6	166,8	96,6	55,7	7,0	7,5 ⁴⁾	206,4	7,1	194,5	3,0	1,8 ⁴⁾	106,4	2,1	76,1	0,4	27,8 ⁴⁾
Febr.	51	31,5	25,8	38,0	490,8	174,1	105,8	52,7	7,2	8,4 ⁴⁾	245,6	31,4	211,2	1,0	2,0 ⁴⁾	71,1	2,6	40,1	0,4	28,0 ⁴⁾
März	51	62,5	26,7	39,8	484,1	183,4	106,9	62,5	5,3	8,7 ⁴⁾	230,0	0,8	225,6	1,1	2,5 ⁴⁾	70,7	1,7	38,1	2,7	28,2 ⁴⁾

^{*)} Unberücksichtigt sind nur die Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Geldinstitute ist nicht von Bedeutung.

¹⁾ Einschl. selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale. Veränderung der Zahl der berichtenden Institute durch Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Geldinstitute.

²⁾ Postscheckguthaben und Forderungen unzweifelhafter Bonität und Liquidität gegen Geldinstitute.

³⁾ Betrag der im „Monatlichen Bericht über die Umstellungsrechnung“ ausgewiesenen vorläufigen Ausgleichsforderungen.

⁴⁾ Noch sehr unvollständige Angaben.

⁵⁾ Spezial-, Haus- und Branchenbanken.

Die Entwicklung des Bankgeschäfts bei den einzelnen Bankengruppen
 Monatliche Bankenstatistik für das westdeutsche Währungsgebiet *)
 Gesamterhebung der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken
 in Mill. DM

Stand am Mo- nats- ende 1948 bzw. 1949	Einlagen												Noch umzu- stellende Einlagen (ge- schätzter Betrag in DM)	Nostro- ver- pflich- tungen	Wechselbestand				Event- ual- ver- bind- lichkeiten aus weiter- begeben Wech- seln	darunt. weiter- begeben fremde Bank- ak- zepte	Event- ual- ver- bind- lichkeiten aus ver- kauften Aus- gleichs- forder.	
	ins- gesamt	davon										insge- samt			darunter		Eigene Ak- zepte im Um- lauf	Eigene Zie- hungen im Um- lauf				
		Ein- lagen auf Anlage- konto	Ein- lagen auf Fest- konto	Einlagen auf Freikonten		Einlagen von Geldinstituten		Einlagen der öffentl. Hand		sonstige Gläubiger					Spar- ein- lagen	eigene Ak- zepte						fremde Bank- ak- zepte
				mit Einlagen von Geldinstituten	ohne	Sicht	Termin	Sicht	Termin	Sicht	Termin											
21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	

Alle Banken

Nov.	10682,5	208,1	725,5	9748,9	8453,1	1143,4	152,4	1463,3	465,9	4944,3	225,8	1353,8	990,7	432,6	1493,9	373,1	138,0	459,7	74,1	1422,3	84,1	20,7
Dez.	11137,8	309,7	440,6	10387,5	9094,2	1123,7	169,6	1451,0	584,9	5198,6	260,8	1598,9	740,0	529,9	1631,4	407,8	113,2	532,9	69,3	1530,8	98,3	23,0
Jan.	11373,7	341,2	325,7	10706,8	9416,5	1080,9	209,4	1471,8	762,8	5126,9	287,6	1767,4	634,7	643,0	1684,8	427,1	63,0	517,3	33,5	1350,9	96,1	25,2
Febr.	11834,4	368,1	238,4	11227,9	9905,5	1070,5	251,9	1497,1	880,7	5234,2	357,4	1936,1	514,7	699,0	1801,6	431,8	75,2	594,2	29,7	1333,4	117,9	30,6
März	12327,7	391,4	158,3	11778,0	10339,4	1142,6	296,0	1452,5	927,5	5422,3	429,3	2107,8	417,0	674,2	1879,2	464,2	86,2	641,3	35,8	1368,4	103,0	30,8

Kreditbanken

Nov.	3805,5	41,1	171,7	3592,7	3226,7	295,5	70,5	365,9	164,1	2413,8	162,6	120,3	138,7	92,6	959,9	351,3	87,5	404,2	20,8	816,8	41,1	3,4
Dez.	3935,5	74,0	84,8	3776,7	3417,2	269,0	90,5	353,2	194,0	2540,0	189,7	140,3	102,6	124,0	975,5	378,0	83,2	436,8	16,4	915,4	35,0	3,4
Jan.	3959,0	80,4	62,7	3815,9	3458,4	276,1	81,4	345,5	249,1	2512,0	197,7	154,1	90,6	161,2	999,6	387,7	33,4	394,3	5,9	825,2	23,2	4,4
Febr.	4053,4	87,9	42,0	3923,5	3557,6	288,5	77,4	334,3	261,1	2551,5	235,4	175,3	74,0	198,2	1026,4	383,8	32,4	449,1	4,4	803,9	25,9	4,4
März	4198,6	93,7	26,5	4078,4	3679,1	307,8	91,5	284,9	254,7	2675,1	272,6	191,8	60,0	140,0	1066,1	416,0	40,3	486,3	4,1	829,7	22,7	4,4

Hypothekenbanken

Nov.	7,4	0,1	0,1	7,2	6,8	0,4	—	3,1	0,2	3,0	0,4	0,1	0,3	12,4	0,1	—	—	—	—	0,0	—	8,9
Dez.	12,8	0,1	0,1	12,6	11,0	0,8	0,8	6,3	0,1	3,2	1,3	0,1	0,2	15,9	0,1	—	—	—	—	0,0	—	10,4
Jan.	11,3	0,1	0,1	11,1	9,4	0,5	1,2	5,8	0,1	1,3	2,0	0,2	0,2	14,4	0,1	—	—	—	—	—	—	10,6
Febr.	11,4	0,1	0,0	11,3	9,3	0,6	1,4	5,3	0,1	1,4	2,3	0,2	0,2	17,3	0,1	—	—	—	—	—	—	11,8
März	15,6	0,1	0,1	15,4	13,3	0,5	1,6	10,1	0,1	1,5	1,4	0,2	0,1	21,0	0,2	—	—	—	—	—	—	11,9

Girozentralen

Nov.	1289,5	12,7	23,7	1253,1	757,6	433,4	62,1	403,9	213,7	102,6	17,3	20,1	31,5	76,0	261,9	6,7	39,2	7,4	1,0	53,4	5,5	—
Dez.	1191,3	15,9	10,3	1165,1	754,1	361,0	50,0	328,7	279,5	101,2	22,4	22,3	25,7	86,8	341,2	9,3	22,4	4,1	1,7	62,7	6,2	—
Jan.	1437,5	16,2	8,3	1413,0	941,8	376,7	94,5	412,0	364,4	108,1	32,9	24,4	37,0 ²⁾	106,6	386,6	11,4	21,0	3,3	1,2	24,1	1,8	—
Febr.	1623,7	16,6	6,4	1600,7	1065,1	399,9	135,7	410,3	448,9	127,7	51,4	26,8	27,7	119,9	480,4	13,5	32,6	1,8	0,8	16,4	2,7	—
März	1691,4	16,8	3,5	1671,1	1104,7	405,8	160,6	410,2	475,5	119,2	71,1	28,7	26,2	112,1	492,4	15,1	33,5	1,0	0,7	11,3	2,3	—

Sparkassen

Nov.	3 284,9	114,6	376,8	2 793,5	2 742,0	51,3	0,2	484,1	82,5	1 209,9	16,0	949,5	517,4	126,5	116,9	5,3	6,7	6,4	4,3	49,0	1,6	4,5
Dez.	3 436,5	164,3	236,6	3 035,6	3 002,9	32,5	0,2	507,3	105,5	1 257,7	12,9	1 119,5	366,0	168,5	126,8	8,3	1,5	9,1	5,1	51,9	0,6	4,2
Jan.	3 595,3	181,5	168,0	3 245,8	3 211,8	33,4	0,6	525,3	143,3	1 289,6	14,9	1 238,7	281,0	189,1	136,0	10,3	1,0	9,7	2,1	51,5	0,7	4,1
Febr.	3 763,7	194,4	125,7	3 443,6	3 413,1	30,4	0,1	568,1	162,7	1 319,9	23,5	1 338,9	221,4	182,5	139,7	9,7	0,4	10,3	1,9	49,2	0,7	7,6
März	3 935,7	205,4	85,9	3 664,4	3 613,9	28,2	2,3	566,2	189,3	1 370,8	35,2	1 452,4	164,9	189,9	146,0	9,5	1,0	10,7	1,5	44,8	0,6	7,6

Postsparkassen – Postscheckämter

Nov.	841,4	5,4	38,1	797,9	650,1	147,8	—	119,3	—	496,9	—	33,9	53,6	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Dez.	954,6	9,2	32,2	913,2	681,3	231,9	—	135,8	—	506,7	—	38,8	45,2	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Jan.	839,6	11,3	27,2	801,1	642,0	159,1	—	123,9	—	473,6	—	44,5	43,8	0,1	—	—	—	—	—	—	—	—
Febr.	815,6	12,8	19,6	783,2	653,0	130,2	—	120,0	—	470,7	—	62,3	33,3	0,1	—	—	—	—	—	—	—	—
März	863,9	14,5	12,3	837,1	669,6	167,5	—	121,5	—	478,5	—	69,6	34,0	0,1	—	—	—	—	—	—	—	—

Zentralkassen

Nov.	278,2	3,5	6,3	268,4	75,2	176,8	16,4	4,7	0,0	56,9	9,8	3,8	4,7	59,6	50,2	4,3	3,4	14,2	9,9	126,6	29,3	1,8
Dez.	299,2	4,3	2,8	292,1	73,1	198,9	20,1	4,5	0,0	55,6	8,2	4,8	3,5	50,3	51,8	7,1	5,7	40,2	15,1	135,4	43,5	2,3
Jan.	292,3	4,6	1,5	286,2	73,4	194,2	18,6	4,5	0,0	53,6	9,9	5,4	3,3	59,2	47,6	8,9	7,3	56,8	4,0	119,4	42,8	2,3
Febr.	291,4	4,9	1,1	285,4	83,2	180,8	21,4	5,1	0,0	60,6	11,5	6,0	2,7	58,4	47,1	13,1	9,3	70,0	5,0	141,1	55,9	2,3
März	302,8	5,0	0,6	297,2	82,3	191,3	23,6	3,6	0,1	59,9	12,3	6,4	2,1	75,1	54,2	13,4	10,8	67,6	6,8	148,3	55,4	2,4

Kreditgenossenschaften

Nov.	996,8	28,2	103,4	865,2	852,2	12,2	0,8	26,8	2,6	589,8	10,4	222,6	169,5	53,8	69,5	3,4	0,5	11,7	21,3	60,2	1,5	1,2
Dez.	1 051,3	38,2	71,6	941,5	928,1	12,6	0,8	30,5	2,0	617,6	9,4	268,6	126,8	67,9	66,4	3,9	0,3	15,4	18,0	63,1	0,9	1,7
Jan.	1 054,8	43,1	56,2	955,5	941,7	13,4	0,4	32,7	2,1	599,3	12,2	295,4	109,8	89,5	65,3	5,6	0,2	21,9	13,4	58,6	0,6	2,8
Febr.	1 087,1	47,4	42,2	997,5	983,9	13,3	0,3	33,9	3,4	613,1	12,2	321,3	87,4	102,3	66,7	7,0	0,3	28,7	11,5	63,5	0,5	3,5
März	1 132,1	51,8	28,2	1 052,1	1 038,9	12,7	0,5	35,4	4,0	632,5	14,0	353,0	62,7	111,1	69,5	7,6	0,2	38,3	12,2	67,4	0,6	3,5

Sonstige Geldinstitute ¹⁾

Nov.	178,9	2,3	5,5	171,1	142,6	26,2	2,3	55,4	3,1	71,5	9,2	3,4	74,8	11,7	35,4	2,1	0,6	15,8	16,8	316,2	5,1	1,0
Dez.	256,6	3,7	2,3	250,6	226,5	17,0	7,1	84,7	3,8	116,5	17,0	4,5	70,0	16,4	69,6	1,3	0,0	27,4	13,0	302,2	12,3	1,0
Jan.	184,0	3,9	1,8	178,3	138,1	27,5	12,7	22,1	3,8	89,4	17,9	4,9	69,1	22,8	49,5	3,1	0,2	31,3	7,0	272,1	27,0	1,0
Febr.	188,0	3,9	1,3	182,8	140,4	26,9	15,5	20,1	4,5	89,3	21,1	5,4	68,0	20,3	41,2	4,8	0,2	34,2	5,9	259,2	32,2	1,0
März	187,5	4,1	1,2	182,2	137,5	28,7	16,0	20,7	3,7	84,7	22,7	5,7	67,1	25,0	50,8	2,5	0,4	37,3	10,4	266,8	21,5	1,0

^{*)} Unberücksichtigt sind nur die Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Geldinstitute ist nicht von Bedeutung.

¹⁾ Spezial-, Haus- und Branchebanken.

²⁾ Die Zunahme gegenüber Dezember ist auf die berichtigte Schätzung einzelner Institute zurückzuführen.

Die Entwicklung des Bankgeschäfts

Wöchentliche Bankenstatistik für das westdeutsche Währungsgebiet
 Repräsentativ-Erhebung der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken bei 112 Geldinstituten
 in Mill. DM

Stand am	Barreserve	Nostro-guthaben ¹⁾	Ausgleichsfor-derungen gegen die öffent-liche Hand ²⁾	Kredite (einschließlich Wechselobligo der Kundschaft*)																
				Ins-gesamt	davon					Öffent-liche Hand	davon					Geld-in-stitute	davon			
					Wirt-schafts-unter-nehmen und Private	Konto-korrent-und Akzept-kredite	Wechsel (einschl. Indossa-ments-verbind-lichkeiten)	son-stige kurz-fristige Kredite	mittel-und lang-fristige Kredite		Kassen-kredite	Schatzwechsel und sonstige Wechsel (einschließlich Indossaments-verbindlichk.)	son-stige kurz-fristige Kredite	mittel-und lang-fristige Kredite	Konto-korrent-und Akzept-kredite		Wechsel (einschl. Indossa-ments-verbind-lichkeiten)	son-stige kurz-fristige Kredite	mittel-und lang-fristige Kredite	
																				16
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19		
1948																				
7. 9.	793,0	480,7	.	1 394,8	943,1	405,1	528,8	9,2	.	66,0	55,8	10,2	—	.	385,7	80,2	295,5	10,0	.	
30. 9.	544,9	502,2	.	1 925,3	1 232,2	505,8	712,7	13,7	.	50,8	44,2	5,4	1,2	.	642,3	138,9	493,8	9,6	.	
31. 10.	452,4	468,4	.	2 217,2	1 376,6	723,4	639,8	13,4	.	52,9	44,9	6,8	1,2	.	787,7	166,2	614,0	7,5	.	
7. 11.	491,0	501,7	.	2 243,2	1 405,4	747,6	642,9	14,9	.	43,0	37,0	4,8	1,2	.	794,8	174,4	612,4	8,0	.	
15. 11.	535,9	546,7	.	2 322,8	1 502,6	826,0	660,3	16,3	.	46,8	38,1	7,5	1,2	.	773,4	187,3	579,7	6,4	.	
23. 11.	708,3	652,3	.	2 329,1	1 531,4	858,7	653,4	19,3	.	45,7	37,1	8,5	0,1	.	752,0	203,0	536,5	12,5	.	
30. 11.	700,4	621,5	966,6	2 439,5	1 632,2	908,7	668,6	22,7	32,2 ³⁾	46,5	34,2	8,6	0,0	3,7 ³⁾	760,8	204,2	540,8	12,7	3,1 ³⁾	
7. 12.	768,2	636,6	1 057,4	2 500,6	1 678,7	933,7	672,9	21,2	50,9 ³⁾	51,7	36,1	1,2	0,2	14,2 ³⁾	770,2	198,6	555,0	13,3	3,3 ³⁾	
15. 12.	704,9	649,4	1 070,1	2 564,6	1 755,8	973,6	699,8	22,2	60,2 ³⁾	51,6	36,2	1,2	0,2	14,0 ³⁾	757,2	212,3	527,2	14,3	3,4 ³⁾	
23. 12.	672,7	616,9	1 069,6	2 700,7	1 867,0	987,6	780,8	22,3	76,3 ³⁾	45,9	29,6	1,3	0,1	14,9 ³⁾	787,8	243,3	526,7	14,3	3,5 ³⁾	
31. 12.	717,1	510,8	1 100,7	2 693,0	1 869,7	966,7	804,7	16,1	82,2 ³⁾	45,8	29,7	0,8	0,1	15,2 ³⁾	777,5	230,8	530,5	12,9	3,3 ³⁾	
1949																				
7. 1. *)	741,5	545,3	1 105,5	2 678,3	1 878,5	969,6	807,2	17,1	84,6 ³⁾	47,4	30,3	1,4	0,1	15,6 ³⁾	752,4	240,9	495,1	13,1	3,3 ³⁾	
15. 1. *)	737,2	642,6	1 108,4	2 695,7	1 894,5	996,1	784,6	22,3	91,5 ³⁾	58,1	29,0	2,0	0,3	26,8 ³⁾	743,1	262,0	455,4	13,9	11,8 ³⁾	
23. 1. *)	819,0	698,6	1 119,2	2 694,0	1 899,9	1 019,6	763,7	25,5	91,1 ³⁾	59,2	26,9	5,4	0,2	26,7 ³⁾	734,9	261,9	445,2	15,9	11,9 ³⁾	
31. 1. *)	670,8	619,0	1 130,1	2 778,9	1 951,5	1 048,2	765,9	29,3	108,1 ³⁾	84,8	30,4	5,7	2,7	46,0 ³⁾	742,6	248,5	470,1	11,3	12,7 ³⁾	
7. 2. *)	685,0	715,9	1 128,5	2 808,0	1 956,3	1 063,7	758,1	30,7	103,8 ³⁾	84,8	34,4	6,6	0,8	43,0 ³⁾	766,9	251,4	489,1	12,7	13,7 ³⁾	
15. 2. *)	718,8	725,5	1 132,1	2 867,0	2 003,8	1 120,1	741,5	33,7	108,5 ³⁾	84,7	34,4	6,3	0,6	43,4 ³⁾	778,5	259,6	490,7	12,7	15,5 ³⁾	
23. 2.	752,7	733,1	1 133,4	2 935,7	2 050,2	1 162,5	740,2	34,3	113,2 ³⁾	79,5	28,0	6,1	0,4	45,0 ³⁾	806,0	260,0	516,6	13,2	16,2 ³⁾	
28. 2.	567,1	723,7	1 141,7	2 951,5	2 077,4	1 183,3	742,6	36,7	114,8 ³⁾	82,6	30,6	6,4	0,4	45,2 ³⁾	791,5	238,7	519,4	14,0	19,4 ³⁾	
7. 3.	684,6	666,9	1 150,7	2 998,7	2 106,1	1 202,5	746,8	38,8	118,0 ³⁾	86,0	34,3	5,7	0,5	45,5 ³⁾	806,6	235,8	537,9	13,3	19,6 ³⁾	
15. 3.	775,9	710,1	1 147,2	3 021,5	2 128,1	1 240,0	722,0	40,6	125,5 ³⁾	83,5	31,5	5,6	0,9	45,5 ³⁾	809,9	251,0	525,5	13,3	20,1 ³⁾	
23. 3.	777,9	771,0	1 154,9	3 018,8	2 109,9	1 265,0	675,1	43,1	126,7 ³⁾	87,8	32,8	9,4	0,4	45,2 ³⁾	821,1	253,7	526,0	18,4	23,0 ³⁾	
31. 3.	638,4	705,3	1 156,0	3 101,4	2 174,3	1 270,6	725,4	45,8	132,5 ³⁾	93,7	38,5	9,3	0,4	45,5 ³⁾	833,4	238,9	553,8	18,0	22,7 ³⁾	
7. 4.	732,6	698,1	1 156,4	3 121,2	2 190,7	1 275,3	732,6	48,6	134,2 ³⁾	94,1	37,1	11,1	0,5	45,4 ³⁾	836,4	240,7	554,9	18,0	22,8 ³⁾	
15. 4.	603,2	765,8	1 176,2	3 185,8	2 232,2	1 314,8	727,7	52,5	137,2 ³⁾	92,6	35,4	11,2	0,7	45,3 ³⁾	861,0	267,2	552,8	18,1	22,9 ³⁾	
23. 4.	701,0	838,1	1 177,2	3 252,4	2 284,6	1 350,1	744,1	52,1	138,3 ³⁾	88,8	32,8	10,8	0,7	44,5 ³⁾	879,0	287,9	549,0	18,5	23,6 ³⁾	

Stand am	Einlagen												Noch umzu- stellende Einlagen (ge- schätzter Betrag in DM)	Nostro- ver- pflich- tungen	Wechselbestand			Eigene Ak- zepte im Um- lauf	Eigene Zie- hungen im Um- lauf	Eventual- verbind- lich- keiten aus weiter- begeben- den Wechseln	darunt. weiter- begeben- fremde Bank- ak- zepte	Eventual- verbind- lich- keiten aus ver- kauften Aus- gleichs- forderungen
	ins- gesamt	davon										ins- gesamt			darunter							
		Ein- lagen auf Anlage- konto	Ein- lagen auf Fest- konto	Einlagen auf Freikonten		Einlagen von Geldinstituten		Einlagen der öffentl. Hand		Sonstige Gläubiger					Spar- ein- lagen	eigene Ak- zepte	fremde Bank- ak- zepte					
				mit Einlagen von Geldinstituten	ohne Einlagen von Geldinstituten	Sicht	Termin	Sicht	Termin	Sicht	Termin											
20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	
1948																						
7. 9.	3 340,6	—	686,4	2 654,2	1 878,8	681,1	94,3	473,9	74,1	1 181,9	54,5	94,4		75,5	866,4	247,1	.	2,4
30. 9.	3 675,3	—	767,4	2 907,9	2 195,7	615,8	96,4	485,2	182,0	1 319,6	81,5	127,4		75,1	1 068,9	.	.	195,0	.	314,7	.	1,0
31. 10.	3 507,2	—	424,6	3 082,6	2 501,1	516,4	65,1	545,3	279,7	1 412,0	110,2	153,9	265,4	102,6	960,5	.	.	158,8 ¹⁾	.	527,2	.	4,0
7. 11.	3 592,0	—	408,2	3 183,8	2 589,2	506,1	88,5	561,1	304,0	1 449,8	113,7	160,6	246,3	107,5	962,5	.	.	173,6	.	508,2	.	5,0
15. 11.	3 665,7	—	351,5	3 314,2	2 691,5	535,1	87,6	619,0	335,0	1 454,1	114,9	168,5	232,2	130,8	914,7	.	.	171,5	.	542,6	.	7,0
23. 11.	3 906,6	—	310,5	3 596,1	2 923,7	571,1	101,3	764,0	367,8	1 498,5	118,1	175,3	215,5	174,3	872,3	.	.	185,8	.	564,6	.	5,0
30. 11.	3 793,9	45,7	164,3	3 583,9	2 885,5	602,9	95,5	672,1	385,5	1 511,4	131,8	184,7	211,8	171,9	852,9	213,5	110,5	204,7	23,6	582,6	78,5	5,0
7. 12.	3 824,6	50,8	147,3	3 626,5	2 935,7	596,6	94,2	617,1	443,5	1 544,2	139,0	191,9	203,3	192,5	806,6	218,4	96,3	220,9	29,4	612,9	84,6	5,0
15. 12.	3 853,0	62,0	124,0	3 667,0	2 966,4	615,8	84,8	608,2	451,8	1 552,3	152,4	201,7	188,4	225,9	823,1	232,1	85,3	226,9	28,8	584,0	86,9	5,5
23. 12.	3 910,3	67,9	106,6	3 735,8	3 084,2	562,9	88,7	646,7	474,1	1 597,5	155,6	210,3	176,2	238,9	907,3	231,6	88,0	241,2	28,3	593,9	89,0	5,5
31. 12.	3 847,8	75,6	84,2	3 688,0	3 059,7	531,9	96,4	582,9	482,5	1 601,0	154,4	238,9	147,4	236,7	945,2	238,4	95,6	251,3	27,4	599,0	88,2	5,5
1949																						
7. 1.	3 909,9	79,0	72,8	3 758,1	3 109,4	558,9	89,8	583,9	478,9	1 648,1	151,5	247,0	156,1	258,8	935,3	257,3	79,1	231,2	26,7	578,4	84,5	5,5
15. 1.	4 047,5	80,4	68,4	3 898,7	3 231,3	571,7	95,7	649,3	588,3	1 576,7	163,6	253,4	150,8	277,0	912,1	244,5	66,4	235,1	15,8	539,6	78,6	5,6
23. 1.	4 244,8	82,3	63,1	4 099,4	3 417,4	562,9	119,1	777,0	625,0	1 592,9	163,1	259,4	135,1	293,1	932,9	254,0	67,0	227,2	12,2	501,0	69,6	5,5
31. 1.	4 081,9	86,2	53,9	3 941,8	3 285,9	536,8	119,1	609,7	649,7	1 591,2	165,2	270,1	116,8	286,7	971,7	255,3	62,4	229,8	5,9	508,2	65,8	6,6
7. 2.	4 172,7	87,2	51,4	4 034,1	3 370,3	553,9	109,9	606,4	677,0	1 630,5	179,7	276,7	112,5	302,8	965,7	253,2	59,6	246,7	5,7	523,7	80,5	6,6
15. 2.	4 277,4	88,8	47,7	4 140,9	3 474,5	563,2	103,2	644,3	713,8	1 633,7	199,7	283,0	100,9	313,7	964,3	245,5	66,9	264,7	5,1	512,6	73,7	7,8
23. 2.	4 329,6	90,1	44,6	4 194,9	3 541,2	545,9	107,8	624,4	743,9	1 668,9	215,3	288,7	94,9	303,8	968,1	252,2	65,9	276,5	6,2	523,1	88,8	7,8
28. 2.	4 264,4	91,2	41,6	4 131,6	3 463,1	557,3	111,2	560,6	734,1	1 657,7	216,4	294,3	91,7	328,7	1 046,2	271,3	74,1	266,2	6,1	496,3	92,0	7,8
7. 3.	4 246,8	91,9	40,3	4 114,6	3 487,3	515,6	111,7	540,5	750,2	1 681,0	218,8	296,8	88,4	286,9	968,0	252,7	72,0	289,4	6,4	547,9	86,7	9,8
15. 3.	4 399,3	92,9	37,5	4 268,9	3 619,5	534,3	115,1	648,3	761,9	1 672,4	234,0	302,9	85,0	297,8	992,1	265,9	72,4	297,0	7,1	503,3	83,1	9,9
23. 3.	4 592,0	94,0	34,5	4 463,5	3 732,7	595,9	134,9	717,1	770,3	1 693,6	243,3	308,4	80,0	295,0	1 009,9	275,7	79,2	296,8	8,1	477,4	82,1	9,9
31. 3.	4 424,7	97,1	25,9	4 301,7	3 559,7	596,3	145,7	549,4	739,4	1 683,7	269,1	318,1	74,4	275,9	1 084,7	292,1	81,0	290,6	8,0	490,4	78,6	9,9
7. 4.	4 479,2	97,8	24,1	4 357,3	3 660,4	561,0	135,9	566,4	739,0	1 761,9	270,6	322,5	74,1	279,2	1 039,8	286,4	78,1	298,0	8,4	519,5	76,9	9,9
15. 4.	4 496,8	98,4	21,8	4 376,6	3 635,6	596,1	144,9	611,1	739,7	1 679,3	278,8	326,7	72,0	269,8	1 041,4	285,0	75,9	294,8	8,7	495,9	74,7	9,9
23. 4.	4 716,3	98,8	18,9	4 598,6	3 839,1	619,7	139,8	717,5	780,3	1 728,1	283,4	329,8	69,3	341,2	1 096,6	280,4	79,0	308,7	8,7	478,1	70,9	10,9

1) Postscheckguthaben und Forderungen unzweifelhafter Bonität und Liquidität gegen Geldinstitute.

2) Betrag der im „Monatlichen Bericht über die Umstellungsrechnung“ ausgewiesenen vorläufigen Ausgleichsforderungen.

3) Noch unvollständige Angaben.

4) Ohne Meldung von Niedersachsen.

5) Nachträglich berichtet.

Wechselgeschäft
in Mill. DM

Berichts- zeitraum	Wechsel- bestand zu Beginn des Berichts- zeitraumes	Während des Berichtszeitraumes angekaufte Wechsel				Verminderung des Wechsel- bestandes während des Berichtszeitraumes			Wechselbestand am Ende des Berichtszeitraumes			
		insgesamt	davon			insgesamt *	davon		insgesamt	darunter		
			Handels- wechsel	Bank- akzepte	Sonstige Wechsel		durch Rediskont	durch Fälligg. od. Rückgabe vor Verfall		eigene Akzepte	fremde Bank- akzepte	Debitoren- ziehungen

Monatliche Bankenstatistik für das westdeutsche Währungsgebiet*)
(Gesamterhebung der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken)

1948												
Oktober	1852,0	1685,1	1056,2	459,0	169,9	1841,3	1104,0	737,3	1695,8	.	.	.
November	1695,5	1671,2	1095,6	463,4	112,2	1872,8	1135,3	737,5	1493,9	373,1	138,0	107,1
Dezember	1492,1	1804,0	1254,4	473,9	75,7	1664,7	1011,1	653,6	1631,4	407,8	113,2	94,5
1949												
Januar	1631,6	1362,8	896,6	410,4	55,8	1309,6	695,1	614,5	1684,8	427,1	63,0	54,9
Februar	1684,8	1738,8	1121,6	551,9	65,3	1622,0	986,0	636,0	1801,6	431,8	75,2	51,6
März	1801,6	1913,9	1315,2	535,8	62,9	1836,3	1080,1	756,2	1879,2	464,2	86,2	51,0

Wöchentliche Bankenstatistik für das westdeutsche Währungsgebiet
(Repräsentativ-Erhebung der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken bei 112 Geldinstituten)

1949													
1. 3. — 7. 3.	1046,2	187,8	109,6	74,1	4,1	266,0	165,1	100,9	968,0	252,7	72,0	17,0	
8. 3. — 15. 3.	968,0	217,9	129,3	84,4	4,2	193,8	82,6	111,2	992,1	265,9	72,2	17,2	
16. 3. — 23. 3.	992,1	227,4	148,9	73,5	5,0	209,6	100,2	109,4	1009,9	275,7	79,2	17,1	
24. 3. — 31. 3.	1009,9	235,9	161,3	69,0	5,6	161,1	78,8	82,3	1084,7	292,1	81,0	17,8	
1. 4. — 7. 4.	1084,7	131,3	84,7	43,5	3,1	176,2	93,4	82,8	1039,8	286,4	78,1	16,2	
8. 4. — 15. 4.	1039,8	210,7	128,7	77,5	4,5	209,1	91,8	117,3	1041,4	285,0	75,9	16,2	
16. 4. — 23. 4.	1041,4	252,6	172,7	75,7	4,2	197,4	115,7	81,7	1096,6	280,4	79,0	16,3	

Anmerkung: Die Abweichungen zwischen dem Wechselbestand am Ende des einen und dem Beginn des folgenden Berichtsmonats sind auf nachträgliche Korrektüreingänge zurückzuführen.

*) Unberücksichtigt sind nur die Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Geldinstitute ist nicht von Bedeutung.

Bargeldverkehr mit der Nichtbankenkundschaft
in Mill. DM

Berichts- zeitraum	Bargeldverkehr insgesamt			Giro- und Kontokorrentverkehr						Sparverkehr		
	Ein- zahlungen	Aus- zahlungen	Saldo	Wirtschaftsunternehmen und Private			öffentliche Hand			Ein- zahlungen	Aus- zahlungen	Saldo
				Ein- zahlungen	Aus- zahlungen	Saldo	Ein- zahlungen	Aus- zahlungen	Saldo			

Monatliche Bankenstatistik für das westdeutsche Währungsgebiet*)
(Gesamterhebung der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken)

1948												
Oktober	2 729,6	3 010,1	-280,5	2 407,5	2 437,3	- 29,8	272,3	313,0	-40,7	49,8	259,8	-210,0
November	2 861,8	2 891,0	- 29,2	2 507,6	2 430,6	+ 77,0	306,1	290,4	+15,7	48,1	170,0	-121,9
Dezember	3 381,5	3 557,4	-175,9	3 008,6	3 027,3	- 18,7	314,5	378,2	-63,7	58,4	151,9	- 93,5
1949												
Januar	2 594,7	2 451,9	+142,8	2 210,8	2 068,8	+142,0	309,3	284,6	+24,7	74,6	98,5	- 23,9
Februar	2 610,6	2 581,1	+ 29,5	2 257,9	2 180,0	+ 77,9	275,2	300,2	-25,0	77,5	100,9	- 23,4
März	2 897,1	2 777,2	+119,9	2 517,2	2 338,9	+178,3	290,8	326,1	-35,3	89,1	112,2	- 23,1

Wöchentliche Bankenstatistik für das westdeutsche Währungsgebiet
(Repräsentativ-Erhebung der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken bei 112 Geldinstituten)

1949												
1.3.- 7.3.	156,0	146,5	+ 9,5	140,8	127,2	+ 13,6	11,2	15,7	- 4,5	4,0	3,6	+ 0,4
8.3.-15.3.	195,5	155,6	+ 39,9	165,6	129,9	+ 35,7	26,0	21,6	+ 4,4	3,9	4,1	- 0,2
16.3.-23.3.	183,0	139,5	+ 43,5	160,1	124,9	+ 35,2	19,3	10,3	+ 9,0	3,6	4,3	- 0,7
24.3.-31.3.	164,9	263,5	- 98,6	144,8	221,6	- 76,8	16,5	37,2	-20,7	3,6	4,7	- 1,1
1.4.- 7.4.	184,3	170,0	+ 14,3	164,9	145,7	+ 19,2	14,9	19,9	- 5,0	4,5	4,4	+ 0,1
8.4.-15.4.	193,5	185,0	+ 8,5	165,1	156,3	+ 8,8	24,9	24,3	+ 0,6	3,5	4,4	- 0,9
16.4.-23.4.	173,6	124,6	+ 49,0	150,2	109,3	+ 40,9	19,9	11,8	+ 8,1	3,5	3,5	-

*) Ohne die Postscheckämter Hannover und Freiburg i. B. Bis Dezember ohne Postsparkassenämter, ab Januar nur noch ohne Postsparkassenamt München.

*) Unberücksichtigt sind nur die Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Geldinstitute ist nicht von Bedeutung.

Mindestreserven der Geldinstitute im Währungsgebiet, aufgegliedert nach Bankengruppen
(Monatliche Reserve-Meldungen der Geldinstitute an die Landeszentralbanken)

Bankengruppen	Gesetzliche Mindestreserven (Reserve-Soll) in Mill. DM					Überschußreserven (Reservefehlbeträge —) in Mill. DM					Überschußreserven in v. H.									
											der gesetzlichen Mindestreserven (Reserve-Soll)					der Gesamtsumme der Überschußreserven aller Bankengruppen				
	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März
1. Nachfolgeinstitute von Großbankfilialen	186,2	279,7	280,9	283,0	287,4	77,3	116,1	73,1	27,5	35,6	41,5	41,5	26,0	9,7	12,4	22,5	30,9	17,9	10,4	13,1
2. Regionalbanken	115,7	162,4	166,2	166,3	166,8	50,5	31,5	108,7	65,1	50,9	43,6	19,4	65,4	39,1	30,5	14,7	8,4	26,7	24,7	18,7
3. Privatbanken	22,1	34,0	34,8	34,3	34,5	4,5	2,7	3,3	0,9	1,8	20,4	7,9	9,5	2,6	5,2	1,3	0,7	0,8	0,3	0,7
4. Girozentralen	73,4	88,2	91,9	100,0	102,7	135,9	156,3	149,2	108,0	137,6	185,1	177,2	162,4	108,0	134,0	39,6	41,5	36,6	41,0	50,5
5. Sparkassen	258,2	327,5	330,2	337,0	349,6	38,0	21,9	32,2	38,0	26,4	14,7	6,7	9,8	11,3	7,6	11,1	5,8	7,9	14,4	9,7
6. Hypothekenbanken	0,5	0,8	1,1	1,1	1,1	0,6	1,0	2,0	0,7	0,7	120,0	125,0	166,7	63,6	63,6	0,2	0,3	0,5	0,3	0,2
7. Ländl. Zentralkassen und ländliche Kreditgenossenschaften	59,4	71,4	75,2	75,4	75,6	6,2	5,4	5,6	-3,6	2,8	10,4	7,6	7,4	4,8	3,7	1,8	1,4	1,4	1,4	1,0
8. Gewerbl. Zentralkassen	1,1	1,3	1,4	1,6	1,9	1,7	1,3	1,3	0,6	1,1	154,5	100,0	92,9	37,5	57,9	0,5	0,3	0,3	0,2	0,4
9. Gewerbl. Kreditgenossenschaften	52,2	67,2	66,8	66,4	67,5	1,2	-2,6	0,3	-1,0	-1,3	2,3	-3,9	0,4	-1,5	-1,9	0,3	-0,7	0,1	-0,4	-0,5
10. Sonstige Geldinstitute	78,4	118,3	125,8	113,9	113,1	27,3	42,9	31,8	20,2	16,8	34,8	36,3	25,3	17,7	14,9	8,0	11,4	7,8	7,7	6,2
Bankengruppen insgesamt ¹⁾	847,2	1150,8	1174,3	1179,0	1200,2	343,2	376,5	407,5	263,6	272,4	40,5	32,7	34,7	22,4	22,7	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

¹⁾ Abweichungen der Gesamt-Mindest- und Überschußreserven in der Tabelle gegenüber den entsprechenden, unter dem Strich ausgewiesenen Positionen im Konsolidierten Ausweis beruhen auf der Miteinbeziehung der Mindest- und Überschußreserven der Deutschen Verkehrskreditbank in die obige Berechnung sowie auf der Berücksichtigung von nach der Erstellung des Konsolidierten Ausweises eingegangenen Nachmeldungen.

Mindestreservesätze
(in v. H. der reservspflichtigen Einlagen¹⁾)

Gültig ab	Sichteinlagen		Termineinlagen (einschließlich Spareinlagen)
	an Bankplätzen ²⁾	an Nichtbankplätzen	
1. Juli 1948	10	10	5
1. Dez. 1948	15	10	5

¹⁾ Reservspflichtig sind alle Einlagen auf Freikonto, Festkonto und Anlagekonto sowie der geschätzte DM-Betrag

der noch nicht umgestellten RM-Konten. Abgesetzt werden die Einlagen solcher deutscher Geldinstitute, die ihrerseits zum Halten von Mindestreserven bei Landeszentralbanken verpflichtet sind. Als Termineinlagen gelten: alle Einlagen mit fester Laufzeit oder Kündigungsfrist von mindestens einem Monat, alle Spareinlagen und die Einlagen auf Anlagekonto. Sichteinlagen sind alle übrigen Einlagen.

²⁾ Bankplätze sind Orte mit Landeszentralbank-Niederlassungen.

III. Das Geldvolumen im westdeutschen Währungsgebiet

Entwicklung, Struktur und Entstehung des Geldvolumens

in Mill. DM

Stand Ende	Geldvolumen insgesamt	Gesperres Geldvolumen (Anlage- und Festkonten)	Frei verfügbares Geldvolumen					
			insgesamt	Struktur		Entstehung		
				Notenumlauf	Bank-einlagen ¹⁾	Erstauss-tattung	Währungs-umstellung ²⁾	Kredit-schöpfung
1948								
Juli	11 495	1 533	9 962	3 831	6 131	5 541	3 066	1 355
August	14 206	2 363	11 843	4 178	7 665	5 719	3 756	2 368
September	16 903	2 849	14 054	5 358	8 696	6 743	4 161 ³⁾	3 150
Oktober	17 028	1 747	15 281	5 885	9 396	6 702	4 625	3 954
November	17 348	933	16 415	6 017	10 398	6 691	5 086	4 638
Dezember	17 859	751	17 108	6 319	10 789	6 689	5 413	5 006
1949								
Januar	18 034	667	17 367	6 167	11 200	6 689	5 508	5 170
Februar	18 589	606	17 983	6 216	11 767	6 691	5 771	5 521
März	18 948	545	18 403	6 188	12 215	6 690	5 748	5 965

¹⁾ Ohne Einlagen von Geldinstituten.

²⁾ Als Differenzposten zwischen Geldvolumen und den Beträgen aus Erstaussstattungen und Kreditschöpfung errechnet.

³⁾ Nach der monatlichen Bankenstatistik beträgt der Stand des Festkontos Ende September 2,85 Mrd. DM. Bis zu diesem Zeitpunkt muß der gleiche Betrag auf Freikonto geflossen sein. Nach der Tabelle beläuft sich dagegen der aus Währungsumstellung bis Ende September entstandene Teil des frei verfügbaren Geldvolumens auf 4161 Mill. DM; er liegt also mit rd. 1,3 Mrd. DM über dem statistisch ausgewiesenen Betrag. Diese Differenz ist damit zu erklären, daß die Banken vielfach Vorschüsse auf noch nicht umgewandelte Altgeldguthaben gegeben, diese Vorschüsse aber nicht als Kredite gemeldet haben.

Bankeinlagen¹⁾

in Mill. DM

Anlage 1 zur Tabelle „Entwicklung, Struktur und Entstehung des Geldvolumens“

Stand Ende	bei den Geschäftsbanken						im Zentralbank-system (BdL und LZB)	Insgesamt
	nach der monatlichen Bankenstatistik					Zuschlag für die statistisch nicht erfaßten Institute (Schätzung) ²⁾		
	Insgesamt	hiervon						
		Sicht-einlagen	Befristete Einlagen		Insgesamt			
		Spar-einlagen	Termin-einlagen					
1948								
Juli	4 001	3 604	313	84	59	4 060	2 071	6 131
August	5 509	4 631	686	192	82	5 591	2 074	7 665
September	6 662	5 339	958	365	99	6 761	1 935	8 696
Oktober	7 476	5 794	1 152	530	111	7 587	1 809	9 396
November	8 453	6 408	1 354	691	125	8 578	1 820	10 398
Dezember	9 094	6 650	1 599	845	135	9 229	1 560	10 789
1949								
Januar	9 417	6 599	1 767	1 051	139	9 556	1 644	11 200
Februar	9 905	6 731	1 936	1 238	147	10 052	1 715	11 767
März	10 339	6 875	2 108	1 356	153	10 492	1 723	12 215

¹⁾ Auf Freikonto; ohne die Einlagen von Geldinstituten.

²⁾ Statistisch nicht erfaßt sind lediglich diejenigen Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. März 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug.

Kreditschöpfung in Mill. DM

Anlage 2 zur Tabelle „Entwicklung, Struktur und Entstehung des Geldvolumens“

Stand Ende	durch Geschäftsbanken ¹⁾			durch Zentralbanksystem (BdL und LZB) ²⁾			Insgesamt
	Nach der monatlichen Bankenstatistik	Zuschlag für die statistisch nicht erfaßten Institute (Schätzung) ³⁾	Insgesamt	Schatzwechsel, Kassenvorschüsse und Direktkredite ⁴⁾ an die Wirtschaft	Saldo der vier Konten zur Abwicklung des Auslandsgeschäfts	Insgesamt	
1948							
Juli	1 339	12	1 351	4	—	4	1 355
August	2 378	22	2 400	40	— 72	— 32	2 368
September	3 196	30	3 226	44	— 120	— 76	3 150
Oktober	3 819	33	3 852	42	+ 60	102	3 954
November	4 333	35	4 368	113	+ 157	270	4 638
Dezember	4 684	40	4 724	114	+ 168	282	5 006
1949							
Januar	4 883	45	4 928	87	+ 155	242	5 170
Februar	5 251	48	5 299	69	+ 153	222	5 521
März	5 531	51	5 582	172	+ 211	383	5 965

¹⁾ Kredite an die Nichtbankenkundschaft; Kontokorrent-, Akzept-, Wechsel- und sonstige kurzfristige Kredite.

²⁾ Kreditgewährung an die Nichtbankenkundschaft.

³⁾ Vgl. Anmerkung ²⁾ in Tabelle 2.

⁴⁾ Diese Kredite dürfen nur von den Landeszentralbanken der französischen Zone gewährt werden.

IV. Sonstige Geld-
Zusammenstellung der im Währungsgebiet geltenden
in Prozenten

	Bayern		Hessen		Württemberg-Baden ¹⁾		Bremen		Nordrhein-Westfalen ²⁾	
	Sollzinsen									
Zinssätze der Landeszentralbanken										
Diskontsatz	5		5		5		5		5	
Lombardsatz	6		6		6		6		6	
	Kreditkosten im einzelnen insgesamt		Kreditkosten im einzelnen insgesamt		Kreditkosten im einzelnen insgesamt		Kreditkosten im einzelnen insgesamt		Kreditkosten im einzelnen insgesamt	
1. Kosten für Kredite in laufender Rechnung										
a) zugesagte Kredite										
Zinsen	7 ¹ / ₂		6 ¹ / ₂		7		6 ¹ / ₂		6 ¹ / ₂	
Kreditprovision	1 ¹ / ₆ p. M.		1 ¹ / ₄ p. M.		1 ¹ / ₅ p. M.		1 ¹ / ₄ p. M.		1 ¹ / ₄ p. M.	
b) Kontoüberziehungen										
Zinsen	7 ¹ / ₂		6 ¹ / ₂		7		6 ¹ / ₂		6 ¹ / ₂	
Überziehungsprovision	1 ¹ / ₈ p. T.		1 ¹ / ₈ p. T.		1 ¹ / ₈ p. T.		1 ¹ / ₈ p. T.		1 ¹ / ₈ p. T.	
2. Kosten für Wechselkredite										
a) Abschnitte von DM 20.000 und höher										
Zinsen	6 ¹ / ₂		5 ¹ / ₂		5 ¹ / ₂ - 6		5 ¹ / ₂ - 6		6 ¹ / ₂	
Diskontprovision	1 ⁰ / ₁₀₀ p. M.		1 ¹ / ₈ p. M.		1 ¹ / ₁₂ p. M.		1 ¹ / ₈ p. M.		1 ¹ / ₂₄ p. M.	
b) Abschnitte von DM 5.000 bis 20.000										
Zinsen	6 ¹ / ₂		5 ¹ / ₂		5 ¹ / ₂ - 6		5 ¹ / ₂ - 6		6 ¹ / ₂	
Diskontprovision	1 ⁰ / ₁₀₀ p. M.		1 ¹ / ₈ p. M.		1 ¹ / ₁₂ p. M.		1 ¹ / ₈ p. M.		1 ¹ / ₁₂ p. M.	
c) Abschnitte von DM 1.000 bis 5.000										
Zinsen	6 ¹ / ₂		6 ¹ / ₂		5 ¹ / ₂ - 6		5 ¹ / ₂ - 6		6 ¹ / ₂	
Diskontprovision	1 ¹ / ₈ p. M.		1 ¹ / ₈ p. M.		1 ¹ / ₈ p. M.		1 ¹ / ₈ p. M.		1 ¹ / ₈ p. M.	
d) Abschnitte unter DM 1.000										
Zinsen	6 ¹ / ₂		6 ¹ / ₂		5 ¹ / ₂ - 6		5 ¹ / ₂ - 6		6 ¹ / ₂	
Diskontprovision	1 ¹ / ₆ p. M.		1 ¹ / ₆ p. M.		1 ¹ / ₆ p. M.		1 ¹ / ₄ p. M.		1 ¹ / ₆ p. M.	
3. Akzeptkredite										
Zinsen	6 - 7		5 ¹ / ₂ - 6 ¹ / ₂		6 ¹ / ₂		5 ¹ / ₂ - 6 ¹ / ₂		5 ¹ / ₂ - 6 ¹ / ₂	
Akzeptprovision	1 ¹ / ₆ p. M.		1 ¹ / ₄ p. M.		1 ¹ / ₆ p. M.		1 ¹ / ₄ p. M.		1 ¹ / ₄ p. M.	
4. Akzept- und Trattenkredite für Export- und Importfinanzierung										
a) für allg. Warengeschäfte										
Zinsen	6		5 ¹ / ₂ - 6 ¹ / ₂		5 ¹ / ₂		5 ¹ / ₂		5 ¹ / ₂ - 6 ¹ / ₂	
Kreditprovision	1 ¹ / ₆ p. M.		1 ¹ / ₆ p. M.		1 ¹ / ₆ p. M.		1 ¹ / ₆ p. M.		1 ¹ / ₆ p. M.	
b) zur Finanzierung bevorzugter Warengruppen										
Zinsen	keine Vereinbarung		5 ¹ / ₂		5 ¹ / ₂		keine besonderen Vereinbarungen		keine besonderen Vereinbarungen	
Kreditprovision			1 ¹ / ₆ p. M.		1 ¹ / ₆ p. M.					
c) zur Finanzierung v. Importen v. Getreide, Getreiderzeugn., Futtermittel usw.										
Zinsen	L. Z. B.-Diskontsatz - 1 ⁰ / ₁₀₀		5		5		5 ¹ / ₂		5 ¹ / ₂ - 6 ¹ / ₂	
Kreditprovision	1 ¹ / ₈ p. M.		1 ¹ / ₈ p. M.		1 ¹ / ₈ p. M.		1 ¹ / ₈ p. M.		1 ¹ / ₆ p. M.	
5. Ziehungen auf Kundschaft										
Zinsen	6 - 7		6 ¹ / ₂ - 7 ¹ / ₂		keine Vereinbarung		keine Vereinbarung		keine Vereinbarung	
Kreditprovision	1 ¹ / ₆ p. M.		1 ¹ / ₄ p. M.		9 ¹ / ₂ - 10 ¹ / ₂					
Umsatzprovision	1 ¹ / ₈ p. Semester, minst. v. 3fachen des Höchstumsatzes		1 ¹ / ₈ p. mindestens aus doppeltem Kreditbetrag pr. Quartal		keine Angabe		1 ¹ / ₂ p. d. größeren Seite abzüglich Saldo vortrag, minst. 1 ¹ / ₂ p. pro Semest. a. Kreditbetrag		1 ⁰ / ₁₀₀ vom Umsatz der größ. Seite unter d. üblichen Bedingungen	
Minstdiskontspesen	DM 2.—		DM 2.—		DM 2 —		DM 2.—		DM 2.—	
Domizilprovision	1 ⁰ / ₁₀₀ min.DM-.50		1 ¹ / ₂ p. min.DM-.50		1 ¹ / ₂ p.		1 ¹ / ₂ p.		1 ¹ / ₂ p. min.DM-.50	

¹⁾ Abweichungen meldepflichtig ²⁾ bis 31. 3. 1949 verbindliche Mindestsätze bei Importen und angeordneter Vorratshaltung von Lebensmitteln, Saatgut und Düngemitteln ist Unterschreitung zulässig ³⁾ Sätze nur für Lübeck gültig ⁴⁾ Exportkredite ⁵⁾ Importkredite ⁶⁾ für Mineralöle nur „Erste Hand“ ⁷⁾ Nicht einheitlich und nicht verbindlich geregelt. ⁸⁾ Nettosatz (enthält Zinsen, Kredit- und Umsatzprovision). ⁹⁾ Neue Sätze werden in Kürze festgelegt.

und Kreditstatistik

Zinskonditionen - Stand am 31. März 1949

jährlich

Niedersachsen		Schleswig-Holstein ⁹⁾		Hamburg		Rheinland-Pfalz ⁷⁾		Baden		Württemberg-Hohenzollern	
Sollzinsen											
5 6 Kreditkosten im einzelnen		5 6 Kreditkosten im einzelnen		5 6 Kreditkosten im einzelnen		5 6 Kreditkosten im einzelnen		5 6 Kreditkosten im einzelnen		5 6 Kreditkosten im einzelnen	
insge- samt	insge- samt	insge- samt	insge- samt	insge- samt	insge- samt	insge- samt	insge- samt	insge- samt	insge- samt	insge- samt	insge- samt
6 ¹ / ₂ 1/4 ⁰ /0 p. M.	9 ¹ / ₂	6 ¹ / ₂ 1/4 ⁰ /0 p. M.	9 ¹ / ₂	6 ¹ / ₂ 1/4 ⁰ /0 p. M.	9 ¹ / ₂	6 1/8 ⁰ /0 p. M.	8 ² / ₅	6 1/4 ⁰ /0 p. M.	9	6 1/4 ⁰ /0 p. M.	9
6 ¹ / ₂ 1/8 ⁰ /00 p. T.	11	6 ¹ / ₂ 1/8 ⁰ /00 p. T.	11	5 ¹ / ₂ - 6 ¹ / ₂ 1/8 ⁰ /00 p. T. ⁸⁾	14 ² / ₅	6 1/8 ⁰ /00 p. T.	10 ¹ / ₂	6 1/8 ⁰ /00 p. T.	10 ¹ / ₂	6 1/8 ⁰ /00 p. T.	10 ¹ / ₂
6 ¹ / ₂ 1/8 ⁰ /0 p. M.	8	6 ¹ / ₂ 1/8 ⁰ /0 p. M.	8	5 ¹ / ₂ - 6 ¹ / ₂ 1/8 ⁰ /0 p. M.	7 - 8	6 1/24 ⁰ /0 p. M.	6 ¹ / ₂	5 1/8 ⁰ /0 p. M.	6 ¹ / ₂	5 1/8 ⁰ /0 p. M.	6 ¹ / ₂
6 ¹ / ₂ 1/8 ⁰ /0 p. M.	8	6 ¹ / ₂ 1/8 ⁰ /0 p. M.	8	5 ¹ / ₂ - 6 ¹ / ₂ 1/8 ⁰ /0 p. M.	7 - 8	6 1/24 ¹ -1/12 ⁰ /0 p. M.	6 ¹ / ₂ -7	5 1/8 ⁰ /0 p. M.	6 ¹ / ₂	6 1/12 ⁰ /0 p. M.	7
6 ¹ / ₂ 1/6 ⁰ /0 p. M.	8 ¹ / ₂	6 ¹ / ₂ 1/6 ⁰ /0 p. M.	8 ¹ / ₂	5 ¹ / ₂ - 6 ¹ / ₂ 1/6 ⁰ /0 p. M.	7 ¹ / ₂ -8 ¹ / ₂	6 1/8 ⁰ /0 p. M.	7 ¹ / ₂	5 1/6 ⁰ /0 p. M.	7	6 1/8 ⁰ /0 p. M.	7 ¹ / ₂
6 ¹ / ₂ 1/8 ⁰ /0 p. M.	8 ⁹ / ₁₀	6 ¹ / ₂ 1/4 ⁰ /0 p. M.	9 ¹ / ₂	5 ¹ / ₂ - 6 ¹ / ₂ 1/4 ⁰ /0 p. M.	8 ¹ / ₂ -9 ¹ / ₂	6 1/6 ⁰ /0 p. M.	8	5 1/4 ⁰ /0 p. M.	8	6 1/6 ⁰ /0 p. M.	8
5 ¹ / ₂ - 6 ¹ / ₂ 1/4 ⁰ /0 p. M.	8 ¹ / ₂ -9 ¹ / ₂	5 ¹ / ₂ 1/4 ⁰ /0 p. M.	8 ¹ / ₂	5 ¹ / ₂ - 6 ¹ / ₂ 1/4 ⁰ /0 p. M.	8 ¹ / ₂ -9 ¹ / ₂	5 ¹ / ₂ 1/6 ⁰ /0 p. M.	7 ¹ / ₂	5 - 6 1/8 ¹ -1/4 ⁰ /0 p. M.	6 ¹ / ₂ -9	5 ¹ / ₂ 1/6 ⁰ /0 p. M.	7 ¹ / ₂
5 ¹ / ₂ 1/6 ⁰ /0 p. M.	7 ¹ / ₂ ⁴⁾	5 ¹ / ₂ 1/6 ⁰ /0 p. M.	7 ¹ / ₂	5 ¹ / ₂ 1/6 ⁰ /0 p. M.	7 ¹ / ₂	5 1/6 ⁰ /0 p. M.	7	5 - 6 1/8 ¹ -1/4 ⁰ /0 p. M.	7 ² / ₅ -9	5 1/6 ⁰ /0 p. M.	7
5 ¹ / ₂ 1/6 ⁰ /0 p. M.	7 ⁹ / ₁₀ ⁵⁾	keine Vereinbarung		5 ¹ / ₂ 1/24 ⁰ /0 p. M.	6 ⁶⁾	keine besonderen Vereinbarungen		keine besonderen Vereinbarungen		keine besonderen Vereinbarungen	
keine Vereinbarung		5 ¹ / ₂ 1/8 ⁰ /0 p. M.	7	5 ¹ / ₂ 1/8 ⁰ /0 p. M.	7	keine besonderen Vereinbarungen		5 1/6 ⁰ /0 p. M.	7	5 1/8 ⁰ /0 p. M.	6 ¹ / ₂
keine Vereinbarung		keine Vereinbarung		keine Vereinbarung		6 1/8 ⁰ /0 p. M.	8 ² / ₅	6 1/4 ⁰ /0 p. M.	9	nicht einheitlich geregelt	
1 ⁰ / ₀₀		1 ¹ / ₂ ⁰ /00 vom Um- satz der größ. Seite		1 ¹ / ₂ ⁰ /00 v. d. größeren Seite (ohne Saldovortrag u. ohne d. übl. freizustellend. Post.)		1 ⁰ / ₀₀ v. d. größ. Seite mindest. a. d. zweifache Höchstsoll p. Quartal		1 ⁰ / ₀₀ mindestens a. d. 2 ¹ / ₂ fache Höchstsoll pro Quartal		1 ⁰ / ₀₀ vom dreifachen Kredit pro Halbjahr ⁷⁾	
DM 2.—		DM 2.—		DM 2.—		DM 2.—		DM 2.—		DM 2.—	
1/2 ⁰ /00 min. DM -.50		1/2 ⁰ /00 min. DM -.50		nicht festgesetzt		1/2 ⁰ /00 min. DM -.50		1/2 ⁰ /00 min. DM -.50		1/2 ⁰ /00 min. DM -.50	

Zusammenstellung der im Währungsgebiet geltenden
in Prozenten

	Bavarn	Hessen	Württemberg-Baden ¹⁾	Bremen	Nordrhein-Westfalen ²⁾
Habenzinsen					
1. für täglich fällige Gelder					
a) in provisionsfreier Rechnung	1	1	1	1	1
b) in provisionspflichtiger Rechnung	2	2	1 ¹ / ₂	1 ³ / ₄	2
2. Spareinlagen					
a) mit gesetzlicher Kündigungsfrist	2 ¹ / ₂	2 ¹ / ₂	2 ¹ / ₂	2	2 ¹ / ₂
b) mit 6—12monatiger Kündigungsfrist	3	3	3	3	3
c) mit über 12monatiger Kündigungsfrist	4	4	3 ¹ / ₂	4	4
3. für Kündigungsgelder					
a) 1— 3 Monate	2 ¹ / ₄	2 ¹ / ₄	2 ³ / ₈	2 ¹ / ₄	2 ¹ / ₄
b) 3— 6 Monate	2 ¹ / ₂	2 ³ / ₄	2 ⁵ / ₈	2 ¹ / ₂	2 ¹ / ₂
c) 6—12 Monate	2 ³ / ₄	3	2 ⁷ / ₈	2 ⁷ / ₈	2 ⁷ / ₈
d) über 12 Monate	3 ³ / ₄	3 ³ / ₄	3 ³ / ₈	3 ³ / ₄	3 ³ / ₄
4. für Festgelder					
a) bis 89 Tage	2	keine Vereinbarungen	2 ¹ / ₄	2 ¹ / ₄	2 ¹ / ₄
b) bis 179 Tage	2 ¹ / ₄		2 ¹ / ₂	2 ¹ / ₂	2 ¹ / ₂
c) bis 359 Tage	2 ¹ / ₂		2 ³ / ₄	2 ³ / ₄	2 ³ / ₄
d) über 359 Tage	3 ¹ / ₂		3 ¹ / ₄	3 ¹ / ₂	3 ¹ / ₂
Zinsvoraus bei Genossenschaften und Privatbanken	nicht festgesetzt	¹ / ₄	nicht festgesetzt	¹ / ₄ höchstens	¹ / ₄

¹⁾ Abweichungen meldepflichtig

²⁾ bis 31. 3. 1949 verbindliche Höchstsätze

³⁾ Sätze nur für Lübeck gültig

⁴⁾ der inländischen Bankierkundschaft außerhalb des Hamburger Ortsbereichs 1¹/₄%

⁵⁾ der Bankierkundschaft 1¹/₄%

Kursdurchschnitt der 4%igen Schuldverschreibungen
(Börsen: Düsseldorf, Frankfurt a. M., Hamburg, Hannover, München, Stuttgart)

Zeit	Pfandbriefe		Kommunalobligationen		Stadtanleihen	Industrieobligationen	Gesamtdurchschnitt
	Hypothekensbanken	öffentlich-rechtliche	Hypothekensbanken	öffentlich-rechtliche			
1936 M.-D.	88,9	89,6	90,6	89,2	88,4	93,3	90,0
1937 „	93,7	90,8	93,5	93,3	97,6	97,1	95,0
1938 „	95,2	94,9	94,5	94,7	94,9	97,5	95,6
1939 „	92,0	92,2	92,1	92,0	93,4	94,8	92,7
1940 „	98,9	98,4	99,7	98,0	98,8	105,3	100,2
1941 „	101,5	101,7	101,4	101,6	102,3	107,6	102,8
1942 „	102,5	102,6	102,4	102,5	103,3	103,7	102,8
1943 „	102,5	102,5	102,5	102,8	104,8	105,7	103,2
1944 „	102,5	102,5	102,5	102,9	105,4	107,2	103,6
1948 31. August	9,11	9,02	8,10	8,23	7,38	7,27	8,60
30. September	8,14	8,75	7,75	7,96	7,42	6,90	7,92
31. Oktober	7,83	8,01	7,20	7,52	7,45	6,66	7,56
30. November	6,98	7,36	6,45	7,17	7,41	5,88	6,79
31. Dezember	7,58	7,68	6,60	7,38	7,41	5,77	7,16
1949 15. Januar	7,65	7,73	6,62	7,38	7,31	5,89	7,24
31. „	8,05	8,03	6,98	7,79	7,39	6,25	7,61
15. Februar	8,24	8,27	7,58	8,00	7,47	6,48	7,82
28. „	8,03	8,09	7,35	7,85	7,39	6,34	7,64
15. März	7,82	7,87	7,32	7,79	7,37	6,28	7,47
31. „	7,77	7,85	7,28	7,79	7,38	6,16	7,42

¹⁾ Berliner Börse, neu berechnet.

Quelle: Bank deutscher Länder, Statistisches Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes.

Zinskonditionen - Stand am 31. März 1949

jährlich

Niedersachsen	Schleswig-Holstein ²⁾	Hamburg	Rheinland-Pfalz	Baden	Württemberg-Hohenzollern
Habenzinsen					
1	1	1 ⁴⁾	1	1 ⁵⁾	1
1 ^{3/4}	1	1 ^{1/2}	2	1 ^{1/2}	1 ^{1/2}
2 ^{1/2}	2 ^{1/2}	3	2 ^{1/2}	2 ^{1/2}	2 ^{1/2}
3	3	3 ^{1/2}	3	3	2 ^{3/4}
4	4	4 ^{1/2}	4	4	3 ^{1/4}
2 ^{1/4}	2 ^{1/4}	3	2 ^{1/4}	2 ^{1/4}	2
2 ^{1/2}	2 ^{1/2}	3 ^{1/4}	2 ^{1/2}	2 ^{1/2}	2 ^{1/4}
2 ^{7/8}	2 ^{7/8}	3 ^{1/2}	2 ^{7/8}	2 ^{7/8}	2 ^{1/2}
3 ^{3/4}	3 ^{3/4}	4 ^{1/2}	3 ^{3/4}	3 ^{3/4}	3
2 ^{1/4}	2 ^{1/4}	3	2 ^{1/4}	2 ^{1/4}	2
2 ^{1/2}	2 ^{1/2}	3 ^{1/4}	2 ^{1/2}	2 ^{1/2}	2 ^{1/4}
2 ^{3/4}	2 ^{3/4}	3 ^{1/2}	2 ^{3/4}	2 ^{3/4}	2 ^{1/2}
3 ^{1/2}	3 ^{1/2}	4 ^{1/2}	3 ^{1/2}	3 ^{1/2}	3
1/4	besondere Festsätze	nicht festgesetzt	nicht festgesetzt	nicht festgesetzt	1/4

Wertpapierkurse an der Frankfurter Börse
Monatsdurchschnitte

	1948						1949		
	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März
4% Hess. Ldbk.-Staatsbk.-Darmstadt	9.30	9.13	8.82	7.98	7.65	7.64	7.81	8.17	7.58
4% Landesbank zu Kassel Pfbr.	9.50	9.12	8.63	7.48	6.97	6.90	7.64	8.17	7.53
4% Nassauische Ldbk. Pfbr. v. 1927	9.41	9.34	8.78	8.24	7.89	7.86	7.97	8.19	7.74
4% Bayr. Hyp.- u. Wechselbk. München Gpfbr.	9.55	9.55	9.42	8.09	7.69	7.65	7.82	8.27	7.84
4% Frankfurter Hyp. Bk. Pfbr.	9.36	9.16	8.61	7.55	7.01	7.03	7.68	8.19	7.60
4% Daimler Benz Obl. v. 1942	8.24	7.99	7.88	7.92	7.68	7.50	7.50	7.65	7.71
4% Degussa Obl. v. 1943	8.85	8.61	8.41	8.19	7.84	7.57	7.79	8.29	8.09
4% Rhein.-Westf. El. Werk Essen Obl. v. 1944	8.02	8.05	7.98	7.13	6.89	6.49	6.94	7.24	6.97
3 1/2% Bayern Landesant. v. 1941	—	7.88	8.41	8.50	8.46	8.04	7.75	7.75	7.75
2 1/2% Rheinl.-Hessen-Nassau Schatzanweisungen von 1946	—	8.25	8.21	7.81	—	7.81	7.81	8.44	8.35
4% Darmstadt von 1928	—	7.00	7.00	7.02	7.02	7.00	7.00	7.00	7.00
Commerzbank	10.44	7.97	8.14	7.46	7.41	6.70	6.64	6.52	6.00
Deutsche Bank	8.46	6.75	6.62	6.73	6.80	6.40	6.31	5.84	5.30
Dresdner Bank	8.96	6.77	6.39	5.91	6.72	6.43	6.37	5.88	5.33
Frankfurter Bank	11.14	12.00	12.00	12.00	12.90	14.00	14.00	14.00	14.00
Accumulatoren	22.88	19.50	17.84	18.28	23.79	20.46	21.71	20.37	18.55
AEG	10.81	9.74	9.30	10.35	11.50	9.74	10.28	10.62	9.38
Brown, Boveri u. Cie.	48.00	55.58	50.95	51.97	59.45	56.52	55.93	55.85	54.33
R.W.E.	50.67	45.27	42.76	43.92	44.37	36.11	35.92	33.99	30.07
Adlerwerke	20.50	19.00	17.16	20.69	24.97	23.31	23.39	26.29	22.70
MAN	31.00	30.85	28.95	41.10	44.20	38.00	35.81	36.19	34.57
BMW	18.31	17.02	16.11	20.07	23.08	20.69	20.56	19.74	18.81
Daimler Benz A.G.	23.11	21.18	19.94	21.44	26.29	25.98	24.93	24.06	20.92
Deutsche Erdöl	18.25	19.52	17.41	17.33	19.06	15.92	15.08	14.42	11.99
Gutehoffnungshütte	39.31	31.33	33.92	33.49	30.49	25.53	23.96	23.36	20.73
Klöckner-Werke	21.56	20.17	20.36	20.32	20.58	16.91	16.17	15.87	14.77
Rheinische Braunkohlen	62.89	55.37	53.09	53.58	54.95	45.70	44.40	43.11	37.28
Rheinische Stahlwaren	19.89	18.85	20.89	23.49	22.85	19.52	17.00	16.22	14.73
AG f. Verkehrswesen	13.89	15.02	17.16	16.95	17.96	18.68	19.08	20.09	20.02
Continental	49.89	47.77	44.73	51.98	57.07	53.05	51.40	50.89	47.82
Heidelberger Zement	43.67	45.85	43.77	48.29	58.43	58.41	54.49	50.76	46.21
Süddeutsche Zucker	53.13	53.83	55.02	55.00	66.18	63.24	62.12	60.94	56.50
Löwenbräu	56.50	53.19	55.15	55.90	56.66	48.64	48.31	44.89	44.76

Umlauf deutscher Inlandsschuldverschreibungen am 1. März 1949¹⁾

I. Vor der Währungsreform 1948 ausgegebene Inlandsschuldverschreibungen

in Mill. RM

A. Im Gebiet der Westzonen ausgegebene Schuldverschreibungen

1. Pfandbriefe	4 946	
2. Kommunalobligationen ²⁾	779	
3. Industrieobligationen ²⁾	1 737	
4. Anleihen der Länder		
a) nach dem 8. 5. 1945 ausgegeben	195	7 657
b) bis zum 8. 5. 1945 ausgegeben	85	
5. Gesperrte Schuldverschreibungen ³⁾	310	395
Im Gebiet der Westzonen ausgegebene Schuldverschreibungen	8 052	8 052

B. Im Gebiet der Ostzone⁴⁾ und in Berlin ausgegebene Schuldverschreibungen

1. Pfandbriefe	5 357	
2. Kommunalobligationen	1 595	
3. Industrieobligationen	2 441	
4. Anleihen der Länder		
a) nach dem 8. 5. 1945 ausgegeben	300	9 693
b) bis zum 8. 5. 1945 ausgegeben ⁵⁾	732	
5. Schuldverschreibungen der Deutschen Rentenbank und der Deutschen Rentenbankkreditanstalt	325	1 057
Im Gebiet der Ostzone und in Berlin ausgegebene Schuldverschreibungen	10 750	10 750

West- und Ostpapiere zusammen 18 802

dazu: Bis jetzt nicht eingelöste, vor der Währungsreform
fällig gewordene Westzonenschuldverschreibungen rd. 1 000

Umlauf der vor der Währungsreform 1948 ausgegebenen deutschen Inlandsschuldverschreibungen⁶⁾ 19 802

II. Nach der Währungsreform 1948 in den Westzonen ausgegebene Schuldverschreibungen⁷⁾

in Mill. DM

1. Pfandbriefe	71,5	
2. Kommunalobligationen	11,0	
3. Industrieobligationen	75,0	157,5
Seit der Währungsreform bis zum 1. März 1949 ausgegebene Schuldverschreibungen	157,5	

¹⁾ Errechnet und teilweise geschätzt auf Grund der emittierten Beträge unter Berücksichtigung der bisher erfolgten Tilgungen. (Die Berechnungen und Schätzungen sind für die einzelnen Wertpapiere vom Verlag für Wertpapiermitteilungen, Frankfurt am Main, durchgeführt worden.)

Nicht erfaßt sind: Schuldverschreibungen des Deutschen Reiches
 „ der Reichspost
 „ „ Reichsbahn
 Auslandsanleihen
 auf ausländische Währungen lautende Anleihen.
 auf Waren lautende Anleihen.

²⁾ Ohne gesperrte Schuldverschreibungen (siehe 5)

³⁾ Schuldverschreibungen, für die seitens der Besatzungsmächte eine Sonderregelung vorgesehen ist und für die Zinsschein-
zahlungen zur Zeit nicht erfolgen können.

⁴⁾ Einschließlich der ehemaligen deutschen Ostgebiete

⁵⁾ Einschließlich Preußen (597 Mill. RM)

⁶⁾ Nicht berücksichtigt sind hierbei:

a) 4% Anleihen des Umschuldungsverbandes deutscher Gemeinden (Gesamtemission 3 200 Mill. RM
 davon getilgt bis Ende 1939 700 Mill. RM
 Umlauf Anfang 1940 2 500 Mill. RM

Bis zur Kapitulation dürften weitere 500 Mill. planmäßig und ein ebenfalls namhafter Betrag außerplanmäßig getilgt worden
sein. Vor der Währungsreform kauften Gemeinden größere Beträge scheinbar zu Tilgungszwecken an.)

b) Konversionskasse für deutsche Auslandsschulden RM-Schuldverschreibungen (Umlauf am 13. 12. 1939; 69 Mill. RM)

c) Deutsche Kommunalanleihen von 1942 1. Ausg. (diente zum Umtausch von Kommunalanleihen der eingegliederten Ostgebiete;
Emissionsbetrag unbekannt).

d) Genußrechte (Umlauf unbekannt).

e) Neubezugsanleihen (nur Anl. Abl. Schuld v. Ländern, Gemeinden usw.; Umlauf unbekannt).

f) Nicht öffentlich aufgelegte Anleihen.

g) Ohne kurzfristige Schuldverschreibungen.

V. Öffentliche Finanzen
Steueraufkommen der Länder im Währungsgebiet
in Mill. RM bzw. DM

	Rechnungsjahr 1947/48	1 9 4 8										1 9 4 9		
		April	Mai	Juni	Juli ¹⁾	August	Sept.	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März ²⁾	
1. Vereinigtes Wirtschaftsgebiet³⁾														
a) Besitz- und Verkehrssteuern	10 293,8	1 382,0	853,6	1 298,8	189,6	516,3	574,2	787,9	846,4	789,9	1 065,4	800,7	770,0	
b) Verbrauchssteuern u. Zölle	2 464,0	200,8	219,4	384,8	18,1	101,6	150,9	202,1	273,0	211,3	206,7	224,1	.	
Insgesamt	12 757,8	1 582,8	1 073,0	1 683,6	207,7	617,9	725,1	990,0	1 119,4	1 001,3⁴⁾	1 272,1	1 024,8	.	
2. Französ. Zone														
a) Besitz- und Verkehrssteuern	1 066,9	150,6	108,7	72,7	14,7	41,9	47,2	72,2	79,1	80,3	119,1	71,6	63,0	
b) Verbrauchssteuern u. Zölle	512,4	40,1	29,3	31,9	2,1	12,0	15,0	28,1	28,8	23,5 ⁵⁾	39,3	30,2	.	
Insgesamt	1 579,3	190,7	138,0	104,6⁵⁾	16,8	53,9	62,2	100,3	107,9	103,8	158,4	101,8	.	
3. Währungsgebiet³⁾ (1 + 2)														
a) Besitz- und Verkehrssteuern	11 360,7	1 532,6	962,3	1 371,5	204,3	558,2	621,4	860,1	925,5	870,2	1 185,2	872,3	833,0	
b) Verbrauchssteuern u. Zölle	2 976,4	240,9	248,7	416,7	20,2	113,6	165,9	230,2	301,8	234,8	246,0	254,3	.	
Insgesamt	14 337,1	1 773,5	1 211,0	1 788,2⁵⁾	224,5	671,8	787,3	1 090,3	1 227,3	1 105,1⁴⁾	1 428,6	1 126,6	.	

¹⁾ Einschl. 21.—30. Juni.

²⁾ Vorläufige Zahlen.

³⁾ Für Bayern jeweils die Zeit vom 26. des vorangegangenen bis zum 25. des laufenden Monats, für Württemberg-Baden analog vom 21. bis zum 20.

⁴⁾ Differenz durch Abrundung.

⁵⁾ Ohne Rheinland-Pfalz.

Quellen: Für die französische Zone vom April bis Dezember und Rechnungsjahr 1947/48: Statistisches Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes. Für die übrigen Zahlen: Verwaltung für Finanzen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes.

Steueraufkommen der Länder des Vereinigten Wirtschaftsgebiets nach Steuerarten
in Mill. DM

Steuerarten	1948	1949 ²⁾		
	21. 6.-31. 12. ¹⁾	Januar	Februar	März ³⁾
I. Besitz- und Verkehrssteuern				
Insgesamt	3 704,4	1 065,4	800,7	770,0
darunter				
Lohnsteuer	778,6	163,4	149,3	160,0
Veranlagte Einkommensteuer	1 008,4	323,0	236,3	200,0
Körperschaftsteuer	459,3	150,9	94,4	96,0
Vermögensteuer	121,5	6,5	.	.
Umsatzsteuer	1 170,9	309,6	251,2	266,0
II. Verbrauchssteuern und Zölle				
Insgesamt ⁴⁾	956,9	206,7	224,1	.
darunter				
Tabaksteuer	539,5	103,3	123,1	.
Biersteuer	69,0	12,9	11,4	.
Kaffeesteuer ⁵⁾	62,1	19,9	19,5	.
Zuckersteuer	129,6	28,6	23,9	.
Spiritus- u. Branntweinmonopol	35,9	14,8	18,8	.
Zölle	54,8	10,4	12,9	.
Steueraufkommen der Länder (I + II)	4 661,3	1 272,1	1 024,8	.

¹⁾ Württemberg-Baden nur bis einschl. 20. Dezember, Bayern nur bis 25. Dezember 1948.

²⁾ Für Bayern jeweils die Zeit vom 26. des vorangegangenen bis zum 25. des laufenden Monats, für Württemberg-Baden analog vom 21. bis zum 20.

³⁾ Vorläufige Zahlen.

⁴⁾ Einschl. Kriegszuschläge.

⁵⁾ Ab 1. 11. 1948 zur Finanzierung der Stadt Berlin an die Verwaltung für Finanzen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes abzuführen.

Quelle: Verwaltung für Finanzen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes.

VI. Produktion, Umsatz und Preise

Index der industriellen Produktion

(Vereinigtes Wirtschaftsgebiet)

1936 = 100

Zeit	Gesamt-Index	Investitionsgüter-Industrien								
		Insgesamt	darunter ausgewählte Industriegruppen							
			Eisenerz Fe-Gehalt	Eisen und Stahl	NE-Metalle	Steine und Erden	Säge- und Holzindustrie	Maschinenbau	Fahrzeugbau	Elektrotechnische Industrie
1946 M.-D.	34,4
1947 „	39,2	28,8	58,9	20,1	23,5	35,3	62,1	32,2	15,3	59,3
1948 „	60,0	50,0	96,7	35,8	44,4	63,6	75,0	51,4	39,2	105,6
1948 Januar	46,8	34,6	79,5	25,1	28,4	37,2	59,1	38,9	20,3	67,5
Februar	47,3	36,0	71,9	23,7	28,3	36,2	56,0	42,7	23,3	72,7
März	50,7	38,6	81,2	26,9	29,4	41,6	57,0	44,4	25,7	83,6
April	52,9	41,7	97,1	28,8	33,9	47,2	66,0	45,5	27,3	93,1
Mai	47,0	36,9	83,7	25,7	29,0	48,3	68,5	39,7	22,1	72,0
Juni	51,1	39,7	90,1	30,2	31,3	57,5	58,7	41,6	26,3	81,2
Juli	61,2	50,2	109,3	37,6	49,0	72,9	70,3	48,4	41,1	94,5
August	64,9	55,3	106,6	40,9	54,4	83,5	79,9	50,9	42,0	111,7
September	70,0	61,4	104,9	43,7	60,1	87,0	88,5	58,9	52,1	129,6
Oktober	73,7	65,5	110,3	48,1	60,9	90,0	98,2	63,2	58,5	141,9
November	75,4	68,4	110,7	47,9	63,6	85,5	99,1	71,3	62,9	153,3
Dezember	78,8	71,0	114,5	50,9	65,9	76,2	99,0	70,8	68,7	165,3
1949 Januar	81,0	72,2	115,4	51,8	65,9	66,8	105,0	77,3	69,4	170,1
Februar	80,0	73,0	109,0	53,0	67,0	64,0	107,0	80,0	72,0	174,0
März	89,0	80,0	127,0	60,0	77,0	77,0	107,0	84,0	85,0	178,0

Zeit	Allgemeine Produktionsgüter - Industrien					Verbrauchsgüter - Industrien						
	Insgesamt	darunter ausgewählte Ind.-Grupp.				Insgesamt	darunter ausgewählte Industriegruppen					
		Kohle	Strom	Gas	Chemie		Papier- Erzeugung	Leder- Erzeugung	Textilien (ohne Kunstseide und Zellwolle)	Keramik	Bereifung u. sonstige Kautschukwaren	Schuhe
1946 M.-D.
1947 „	64,7	65,2	111,3	47,9	40,2	33,3	30,7	29,0	27,5	38,6	48,3	34,8
1948 „	84,0	79,0	137,0	67,3	61,3	55,0	52,5	42,9	45,8	66,7	80,8	55,1
1948 Januar	76,8	73,0	142,2	57,7	46,3	39,8	38,2	32,9	31,8	46,3	60,2	40,9
Februar	73,6	70,0	129,7	57,1	48,2	42,6	40,1	33,0	34,6	50,3	70,1	44,6
März	79,9	77,8	136,3	63,1	52,8	44,6	41,0	33,7	36,4	52,1	71,2	46,0
April	79,4	76,2	131,4	63,3	55,6	47,9	45,3	32,8	39,0	52,4	79,4	47,4
Mai	72,7	66,1	121,3	64,5	51,8	40,5	36,4	27,8	32,2	48,8	61,7	35,5
Juni	77,6	79,5	121,3	64,5	53,1	44,8	42,6	28,8	36,2	51,9	63,8	28,6
Juli	84,7	83,4	126,1	69,2	64,5	58,3	58,2	49,1	48,1	67,9	90,2	61,1
August	85,8	81,1	129,1	70,6	67,6	62,8	59,9	56,7	53,4	75,3	92,3	64,0
September	90,5	82,5	145,3	70,2	70,4	66,2	63,9	55,2	55,5	80,1	96,8	72,4
Oktober	93,6	85,9	150,1	73,8	71,8	69,6	66,8	54,5	59,3	87,8	99,4	76,6
November	94,1	83,8	150,7	74,3	75,2	69,7	67,5	52,7	57,9	91,0	97,2	73,8
Dezember	99,2	88,6	166,1	79,5	75,6	73,0	69,4	58,2	61,9	96,8	100,9	75,7
1949 Januar	101,6	89,7	168,5	80,6	78,8	75,9	73,8	62,0	63,7	91,9	100,5	79,4
Februar	96,0	86,0	152,0	74,0	77,0	77,0	75,0	59,0	66,0	95,0	103,0	75,0
März	107,0	96,0	165,0	82,0	88,0	88,0	89,0	62,0	77,0	101,0	115,0	78,0

Quelle: Verwaltung für Wirtschaft

Steinkohlenförderung und -ausfuhrüberschuß
(Vereinigtes Wirtschaftsgebiet) in 1000 t

Zeit	Steinkohlenförderung		Ausfuhrüberschuß	
	im Monat	arbeits-täglich	Steinkohle	Koks
1946 M.-D.	4 495	177,8	.	.
1947 „	5 927	234,7	.	.
1948 „	7 253	285,1	.	.
1948 Januar	6 624	254,8	4 208	2 656
Februar	6 423	267,6		
März	7 203	288,1		
April	6 980	268,5		
Mai	5 931	265,8		
Juni	7 412	285,1		
Juli	7 761	287,4	786	675
August	7 456	286,8	627	662
September	7 567	291,0	743	631
Oktober	7 865	302,5	733	620
November	7 715	308,6	697	628
Dezember	8 096	311,4	632	626
1949 Januar	8 204	328,2	852	683
Februar	7 871	328,0	777	667
März ¹⁾	8 893	329,4	947	759

¹⁾ Vorläufig.

Quelle: Deutsche Kohlenbergbauleitung

Eisen- und Stahlerzeugung
(Vereinigtes Wirtschaftsgebiet) in 1 000 t

Zeit	Roheisen	Rohstahl	Walzwerks- erzeugnisse ¹⁾
1946 M.-D.	173	207	162
1947 „	189	246	175
1948 „	384	448	302
1948 Januar	266	304	215
Februar	262	299	198
März	297	343	223
April	313	363	241
Mai	313	324	211
Juni	336	378	253
Juli	402	457	320
August	434	510	345
September	469	572	363
Oktober	511	610	403
November	494	599	407
Dezember	514	612	439
1949 Januar	545	651	437
Februar	525	662	456
März	596	752	516

¹⁾ ohne unbearbeitetes Halbzeug

Quelle: Fachstelle Stahl und Eisen

Arbeitsmarkt (Vereinigtes Wirtschaftsgebiet)

Zeit	Erwerbstätige in 1000	Arbeitslose in 1000	Offene Stellen in 1000	Arbeitslosen- und Arbeitslosen- fürsorgeunterstützungsempfänger in 1000
1948 31. März	16 074,8	462,5	682,8	.
31. Mai	.	439,1	724,6	13
30. Juni	16 423,9	441,6	604,9	15
31. Juli	.	650,5	245,0	79
31. August	.	768,2	235,4	208
30. September	16 380,6	767,8	260,1	265
31. Oktober	.	723,2	268,8	288
30. November	.	701,1	245,2	311
31. Dezember	16 595,3	742,9	200,7	377
1949 31. Januar	.	937,8	192,9	514
28. Februar	.	1 038,2	187,9	640
31. März	.	1 132,1	172,1	737

¹⁾ Vorläufig.

Quelle: Verwaltung für Arbeit

Beschäftigte Arbeiter, Angestellte und Beamte im westdeutschen Währungsgebiet in 1000

Gebiet	Juni	1948 September	Dezember	1949 März
Nordrhein-Westfalen	3 858,5	3 962,8	4 072,2	4 088,9
Niedersachsen	1 969,7	1 907,0	1 897,1	1 815,8
Schleswig-Holstein	778,1	716,3	701,8	653,3
Hamburg	560,7	562,8	577,3	580,0
Bayern	2 528,9	2 472,7	2 516,2	2 401,2
Hessen	1 190,5	1 209,7	1 229,9	1 210,7
Württemberg-Baden	1 116,4	1 130,2	1 161,2	1 153,4
Bremen	211,9	217,0	218,6	215,9
Vereinigtes Wirtschaftsgebiet	12 214,7	12 178,5	12 374,3	12 119,2
Baden	315,2	324,6	339,7	344,5
Württemberg-Hohenzollern	286,6	298,0	312,6	316,5
Rheinland-Pfalz	680,3	697,0	708,1	703,0
Französische Zone	1 282,1	1 319,6	1 360,4	1 364,0
Währungsgebiet	13 496,8	13 498,1	13 734,7	13 483,2

Quelle: Verwaltung für Arbeit, Landesarbeitsämter, Statistische Landesämter.

Verkehrsentwicklung (Vereinigtes Wirtschaftsgebiet)

Zeit	Eisenbahn						Binnenschiffahrt
	Durchschnittliche arbeits-tägliche Güterwagen-gestellung	Umlaufzeit der Güterwagen in Tagen	Güterverkehr (ohne Express- und ohne Güterkraftverkehr) ¹⁾ in 1000 t	beförderte Personen in 1000	betriebs-fähige Güterwagen in 1000	betriebs-fähige Dampf-lokomotiven in 1000	beförderte Güter in 1000 t
1947 M.-D.	29 900	7,7	.	123 500	220,2	6,2	2 367
1948 "	40 278	6,1	16 461,4	121 256	235,7	7,1	4 058
1948 Januar	32 814	7,6	14 064,4	131 285	236,5	6,5	2 305
Februar	34 235	7,2	13 280,8	128 956	235,9	6,5	2 984
März	36 059	7,1	14 634,4	144 286	237,5	6,6	3 885
April	36 561	6,6	15 821,9	140 163	228,3	6,7	4 432
Mai	37 812	6,9	14 266,1	155 400	226,0	6,8	3 821
Juni	37 444	6,2	15 476,0	140 015	234,1	6,9	4 724
Juli	40 946	5,7	17 842,8	86 090	233,0	7,0	4 721
August	43 439	5,6	17 643,6	100 942	235,0	7,3	4 709
September	44 631	5,2	17 997,2	99 864	235,4	7,4	4 866
Oktober	46 086	5,2	19 153,2	109 329	235,5	7,6	4 497
November	48 418	5,1	19 045,5	111 335	243,4	7,8	4 245
Dezember	44 885	5,5	18 310,5	107 402	247,9	7,9	3 506
1949 Januar	45 857	5,4	18 306,6	116 967	243,2	7,8	3 903
Februar	46 839	5,1	.	100 030	244,4	7,9	3 859
März	46 464	4,8	18 961,8	102 345	235,2	7,9	4 700

¹⁾ Neuberechnung Quelle: Hauptverwaltung der Eisenbahn, Hauptverwaltung der Binnenschiffahrt

Außenhandel (Vereinigtes Wirtschaftsgebiet) in Mill. RM, ab Juli 1948 in Mill. DM

Zeit	Einfuhr (Kategorie A+B)			Ausfuhr			Einfuhr-überschuß
	insgesamt	davon		insgesamt	davon		
		Ernährungs-güter	gewerbl. Güter		Ernährungs-güter	gewerbl. Güter	
1948 Januar	116,3	71,7	44,7	43,0	1,9	41,1	73,3
Februar	145,1	94,7	50,3	67,7	10,8	56,9	77,4
März	148,2	89,8	58,4	77,4	7,3	70,2	70,8
April	204,6	126,3	78,3	97,2	2,9	94,3	107,4
Mai	226,5	145,0	81,4	89,6	3,5	86,1	136,9
Juni	330,1	219,7	110,4	109,6	1,0	108,6	220,5
Juli	290,9	177,8	113,2	170,5	0,5	170,0	120,4
August	331,4	188,0	143,4	223,5	1,4	222,1	107,9
September	364,2	228,0	136,3	205,8	0,4	205,3	158,4
Oktober	218,3	108,0	110,2	216,5	1,1	215,4	1,8
November	302,7	149,4	153,3	225,8	4,3	221,6	76,9
Dezember	485,5	226,6	258,9	290,2	13,5	276,7	195,3
Insgesamt	3 163,8	1 825,0	1 338,8	1 816,8	48,6	1 768,3	1 347,0
1949 Januar	315,3	147,0	168,3	253,9	12,4	241,5	61,4
Februar	476,4	219,0	257,4	276,5	8,8	267,7	199,9
März	445,8	174,8	271,0	309,2	8,2	301,0	136,6

Quelle: Statistisches Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes

Großhandelspreisindexziffern
wichtiger Länder

1938 = 100

Index der Grundstoffpreise
1938 = 100

Zeit	insgesamt	davon	
		Nahrungs- mittel	Industriestoffe (Rohstoffe und Halbzeuge)
1948 Juni ¹⁾	154,8	123,5	175,6
Juli	158,6	127,2	179,3
August	171,9	129,2	200,3
September	178,8	132,2	209,9
Oktober	187,7	148,6	213,7
November	190,1	150,6	216,5
Dezember	191,2	151,1	218,0
1949 Januar	190,6	152,2	216,2
Februar	189,7	155,5	212,5
März	188,5	155,8	210,3

¹⁾ Monatsmitte

Quelle: Statistisches Amt des Vereinigten
Wirtschaftsgebietes

Zeit	Groß- britannien (Economist)	Frankreich (Offiziel)	Vereinigte Staaten (Bureau of Labor)
1945 M.-D.	166	375	135
1946 „	176	648	154
1947 „	204	989	194
1948 „	225	1711	210
1948			
Januar	217	1463	211
Februar	220	1537	205
März	224	1536	205
April	223	1555	207
Mai	226	1653	209
Juni	228	1691	211
Juli	226	1698	215
August	225	1783	216
September	227	1791	215
Oktober	227	1884	210
November	228	1974	209
Dezember	231	1971	206
1949			
Januar	232	1947	204
Februar	231	1897	.
März	231	.	.

Preisentwicklung wichtiger Welthandelswaren

(Durchschnittspreise)

Zeit	Weizen	Mais	Kaffee	Zucker	Schweine	Baumwolle	Kautschuk	Kupfer	Zinn	Blei	Zink	Erdöl, roh
	Chikago 1 Bushel = 60 lbs. \$	Chikago 1 Bushel = 56 lbs. \$	NewYork 1 lb. \$ cents	NewYork 1 lb. \$ cents	Chikago 100 lb. \$	New Orleans 1 lb. \$ cents	New York 1 lb. \$	NewYork 1 lb. \$ cents	NewYork 1 lb. \$ cents	NewYork 1 lb. \$ cents	St. Louis 1 lb. \$ cents	Pensylvan. 1 Barrel = 1,59 hl \$
1946	1,98	1,63 ^{3/4}	17,61 ^{1/8}	4,43 ^{3/8}	18,68 ^{3/4}	29,57 ^{1/2}	0,22 ^{1/2}	13,06 ^{1/4}	52,00	7,68 ^{3/4}	8,81 ^{1/4}	3,15 ^{1/4}
1947	2,62	2,17	26,62 ^{1/2}	6,21	24,85	32,39	0,21	21,04	78,33	14,67	10,50	4,29
1948 Januar	3,20	2,81	26,50	5,60	27,50	33,70	0,22 ^{1/4}	21,37 ^{1/2}	94,00	15,00	10,50	5,00
Februar	2,53 ^{1/2}	2,07 ^{1/4}	26,25	5,50	22,45	30,20	0,20 ^{1/2}	21,37 ^{1/2}	94,00	15,00	12,00	5,00
März	2,56 ^{1/2}	2,37	26,25	5,45	23,05	31,65	0,20	21,37 ^{1/2}	94,00	15,00	12,00	5,00
April	2,61 ^{3/4}	2,42	26,50	5,37	20,45	35,35	0,23	21,37 ^{1/2}	94,00	17,50	12,00	5,00
Mai	2,49	2,36 ^{3/4}	27,00	5,15	19,20	35,65	0,23 ^{1/2}	21,37 ^{1/2}	94,00	17,50	12,00	5,00
Juni	2,39 ^{1/2}	2,33	27,00	5,20	23,35	35,15	0,22 ^{7/8}	21,37 ^{1/2}	103,00	17,50	12,00	5,00
Juli	2,29 ^{1/2}	2,20	27,00	5,70	25,65	30,50	0,23	21,37 ^{1/2}	103,00	17,50	12,00	5,00
August	2,21 ^{1/4}	2,07	27,00	5,78	27,40	28,05	0,23	23,37 ^{1/2}	103,00	19,50	15,00	5,00
September	2,25 ^{1/2}	1,95	26,50	5,65	27,50	31,15	0,27 ^{7/8}	23,37 ^{1/2}	103,00	19,50	15,00	5,00
Oktober	2,26	1,55	27,00	5,60	25,50	27,85	0,22 ^{5/8}	23,37 ^{1/2}	103,00	19,50	15,00	5,00
November	2,26 ^{1/2}	1,39	27,25	5,68	21,25	29,05	0,19 ^{5/8}	23,37 ^{1/2}	103,00	21,50	15,50	5,00
Dezember	2,26 ^{1/2}	1,45	27,00	5,60	20,55	29,80	0,18 ^{3/8}	23,37 ^{1/2}	103,00	21,50	17,50	5,00
1949 Januar	2,34	1,44 ^{1/4}	27,00	5,70	19,90	30,30	0,19 ^{1/4}	23,37 ^{1/2}	103,00	21,50	17,50	4,50
Februar	2,25	1,30	26,50	5,65	20,00	30,50	0,18 ^{1/4}	23,37 ^{1/2}	103,00	21,50	17,50	4,00
März	2,19 ^{1/2}	1,32	26,50	5,65	20,25	30,35	0,19 ^{1/8}	23,37 ^{1/2}	103,00	18,00	17,50	4,00

Quelle: DBD - Preisdienst (Deutscher Börsen-Dienst)